

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Krieg in der Ukraine

*Gwendolyn Sasse ·
Volodymyr Yermolenko · Tanja Penter*

24. FEBRUAR 2022:
EIN JAHR DANACH

Nicole Deitelhoff
WIE LÄSST SICH
DER KRIEG BEENDEN?

*Michael Müller · Peter Brandt ·
Reiner Braun*
FRIEDEN SCHAFFEN

Franziska Davies
ENDE DER OSTPOLITIK?

*Julia Grauvogel ·
Christian von Soest*

ERFOLG UND GRENZEN
DER SANKTIONSPOLITIK

André Härtel
DIMENSIONEN
DES WIEDERAUFBAUS

Martin Wengeler
REDEN ÜBER
DEN KRIEG

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



Krieg in der Ukraine

APuZ 10–11/2023

**GWENDOLYN SASSE · VOLODYMYR
YERMOLENKO · TANJA PENTER**

24. FEBRUAR 2022: EIN JAHR DANACH

Das Kriegsjahr 2022 in der Ukraine war geprägt von großem Leid. Zugleich brachte es neue und mitunter überraschende Erkenntnisse. Drei unterschiedliche Perspektiven auf einen Krieg, den vor einem Jahr nur die wenigsten für möglich gehalten hatten.

Seite 04–11

JULIA GRAUVOGEL · CHRISTIAN VON SOEST
**ERFOLG UND GRENZEN DER
SANKTIONSPOLITIK**

Westliche Staaten haben bemerkenswert schnell mit harten Sanktionen auf die Invasion Russlands in die Ukraine reagiert. Nach einem Jahr zeigen sich erste Wirkungen der Zwangsmaßnahmen, die Erwartungen an dieses Instrument sollten aber realistisch bleiben.

Seite 33–39

NICOLE DEITELHOFF

WIE LÄSST SICH DER KRIEG BEENDEN?

Ein baldiges Ende des Krieges in der Ukraine wird zunehmend unwahrscheinlicher. Statt einer Verhandlungslösung zeichnet sich ein langer Abnutzungskrieg ab, in dem die Ukraine auf Jahre hinaus wirtschaftlich, finanziell und militärisch unterstützt werden muss.

Seite 14–19

ANDRÉ HÄRTEL

DIMENSIONEN DES WIEDERAUFBAUS

Anders als in der Ukraine selbst hat die Wiederaufbaudebatte international an Schwung verloren. Dabei wären wegen der Komplexität des Unterfangens frühzeitige Planungen notwendig, um die Wiederaufbaukampagne mit den 2014 begonnenen Reformen zu verknüpfen.

Seite 40–45

**MICHAEL MÜLLER · PETER BRANDT ·
REINER BRAUN**

FRIEDEN SCHAFFEN

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht zu rechtfertigen, aber er hat eine komplexe und komplizierte Vorgeschichte sowie weitreichende Folgen für die zusammengewachsene Welt. Gerade Deutschland muss mehr tun für eine gesamteuropäische Friedensarchitektur.

Seite 20–26

MARTIN WENGELER

REDEN ÜBER DEN KRIEG

Die „Zeitenwende“-Reden aus dem Februar 2022 reihen sich trotz mancher Unterschiede in die Tradition deutscher Kriegs- und Aufrüstungsreden ein. Die politischen Herausforderungen mögen neue sein, auf sprachlich-rhetorischer Ebene ist vieles schon einmal dagewesen.

Seite 47–53

FRANZISKA DAVIES

ENDE DER OSTPOLITIK?

Die Ostpolitik der 1970er und 1980er Jahre hat nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, sondern auch die gesamte Außenpolitik über viele Jahre nachhaltig geprägt. Die mit ihr verbundene Russlandfixierung hat sowohl der Ukraine als auch uns selbst geschadet.

Seite 28–32

EDITORIAL

Seit mehr als einem Jahr herrscht Krieg in der gesamten Ukraine. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen und von westlichen Geheimdiensten sind dem russischen Angriffskrieg bislang Zehntausende Frauen, Männer und Kinder in der ukrainischen Zivilgesellschaft und noch einmal deutlich mehr Soldaten auf beiden Kriegsseiten zum Opfer gefallen. Fast acht Millionen Menschen haben die Ukraine mittlerweile verlassen, weitere sechs Millionen wurden zu Binnenflüchtlingen. Der Alptraum, der für viele Menschen in der Ukraine bereits 2014 begann, hält unvermindert an. Sein Ende ist nicht abzusehen.

Selten war in der jüngeren europäischen Geschichte die Illegitimität eines kriegerischen Angriffs so eindeutig wie in diesem Fall, waren Aggressor und Opfer so klar identifizierbar. Die moralische Pflicht, den Angegriffenen zur Seite zu stehen, kann daher nicht infrage stehen. Dass aber über Ausmaß, Form und Ziel der Hilfe diskutiert, mitunter auch heftig polemisiert wird, gehört in einer offenen Gesellschaft zur Auseinandersetzung dazu. Auch die Frage, wie es zu diesem Krieg gekommen ist und welche Lehren daraus für die Zukunft gezogen werden können, ist legitimer Gegenstand konstruktiven Streits in einer liberalen Demokratie. Die jeweils andere Seite wahlweise als „Kriegstreiber“ oder „Russlandverstehler“ zu diskreditieren, trägt gleichwohl kaum zur Verständigung bei.

Auch nach einem Jahr „Zeitenwende“ tasten sich Politik, Wissenschaft und Gesellschaft mehr oder weniger langsam und vorsichtig an die neuen Realitäten heran. Dabei ist es eigentlich keine Schwäche der Demokratie, sondern ihre Stärke, dass sie sich für solch fundamentale Entscheidungen, wie sie heute von ihr verlangt werden, Zeit nimmt und Argumente abwägt. Dass die Menschen in der Ukraine für solche Abwägungsprozesse faktisch keine Zeit haben, gehört allerdings ebenfalls zur Wahrheit – und zeigt das ganze Dilemma demokratischer Politik in Zeiten des Krieges.

Sascha Kneip

24. FEBRUAR 2022: EIN JAHR DANACH

Das Kriegsjahr 2022 in der Ukraine war geprägt von großem Leid. Zugleich brachte es neue und mitunter überraschende Erkenntnisse. Gwendolyn Sasse, Volodymyr Yermolenko und Tanja Penter blicken aus unterschiedlichen Perspektiven auf einen Krieg, den vor einem Jahr nur die wenigsten für möglich gehalten hatten.

Von erwartbaren und überraschenden Entwicklungen

Gwendolyn Sasse

Der Beginn des Angriffskriegs Russlands auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 markiert eine Zäsur. Ein langes Jahr später sind die Dimensionen dieses Krieges und seine Folgen greifbarer geworden, übersteigen in ihrer Gesamtheit jedoch noch immer die individuelle Vorstellungskraft. Ein Gefühl von Unsicherheit prägt die Politik und die Gesellschaften in Europa und anderen Teilen der Welt, und die Schwächen internationaler Institutionen wie der UNO sind allzu offensichtlich. Noch dazu zeichnet sich kein Ende dieses Krieges ab. Das zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlichste Szenario ist ein noch Monate, vielleicht Jahre andauernder Krieg. Die kürzlich beschlossene Lieferung von Kampfpanzern westlicher Bauart aus Europa und den USA reicht in ihren Umsetzungsplänen ebenfalls schon bis ins Jahr 2024.

Der vor allem in der deutschen Debatte immer wieder präsen- tete Ruf nach Verhandlungen über einen Waffenstillstand oder gar ein Kriegsende ist vom Grundverständnis her nachvollziehbar, verkennt aber die derzeitige Situation. Die Führung Russlands zeigt keinen politischen Willen für Verhandlungen und Kompromisse – und die ukrainische Regierung sieht nach den von der russischen Armee verübten Kriegsverbrechen in

Irpin, Butscha, Mariupol und vielen anderen Orten ohne die weitere Rückeroberung von Gebieten keine Basis für Verhandlungen. So sieht es ukrainischen Meinungsumfragen zufolge auch die große Mehrheit der Ukrainer*innen. Die in der westlichen öffentlichen Debatte unnötig zugespitzte Dichotomie von „Krieg versus Verhandlungen“ ist irreführend: Westliche militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine zielt darauf ab, sie in eine Position zu bringen, von der aus sie verhandeln kann. Verhandlungen über Teilaspekte des Krieges finden darüber hinaus statt, so zum Beispiel über Gefangenenaustausch oder den Export von Getreide. Westliche Regierungschefs strecken in Abständen ihre Fühler gen Moskau aus, um den Moment für sinnvolle Verhandlungen beziehungsweise Veränderungen im politischen System Russlands nicht zu verpassen. Länder wie China, Indien und die Türkei pflegen weiterhin enge wirtschaftliche Beziehungen mit Russland, und ihre Beteiligung an Vermittlungsversuchen ist ebenfalls nicht ausgeschlossen. Die Türkei etwa hatte in den ersten Wochen nach der Invasion vom Februar 2022 bereits eine aktive Vermittlerrolle eingenommen.

FEHLPERZEPTIONEN

Trotz grundlegender Veränderungen im Selbstverständnis westlicher Regierungen und Gesellschaften im Laufe des vergangenen Jahres haben sich einige falsche Vorstellungen über die Ukraine erstaunlich beharrlich gehalten. Die Terminologie, mit der dieser Krieg beschrieben wird, bleibt weiterhin problematisch. Die Begriffe „Ukraine-Krieg“ oder „Ukraine-Konflikt“ sind nach wie vor omnipräsent in den Medien und öffentlichen Debatten. Begrifflichkeiten prägen den Vorstel-

lungshorizont und damit auch die Schlussfolgerungen, die gezogen werden. Der Begriff „Ukraine-Krieg“ vermittelt den Eindruck, dass es sich um eine interne Auseinandersetzung in der Ukraine handle. Nichts wäre weiter entfernt von der täglichen Realität in der Ukraine – vor und seit dem 24. Februar 2022. Das Bild eines in sich gespaltenen Landes bemüht auch die russische Regierung seit Jahrzehnten und hat es mit dem Begriff des „Bürgerkriegs“ zugespitzt. Stattdessen handelt es sich um Russlands Krieg gegen die Ukraine. Es geht der Führung Russlands um die Zerstörung des ukrainischen Staates und der ukrainischen Nation, der ganz offen ihr Existenzrecht abgesprochen wird. Die begriffliche Verengung auf „Putins Krieg“ greift dabei ebenfalls zu kurz. Dem Präsidenten und Oberbefehlshaber kommt selbstverständlich eine Schlüsselrolle zu, doch das durch ihn und seine Eliten ausgebaut autoritäre System sowie die autoritäre Gesellschaft, die von diesem System geprägt wurde und die die Entscheidungen der Staatsspitze ermöglicht und mitträgt, sind Teil dieses Krieges.

Ebenso notwendig ist es, den Krieg genau zu datieren. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat nicht im Februar 2022 begonnen, auch wenn dieser Satz immer wieder fällt. Der Krieg begann im Februar und März 2014 mit der Besetzung und Annexion der Krim durch Russland, setzte sich im von Russland von Anfang an militärisch und finanziell kontrollierten Krieg in Teilen des Donbass von 2014 bis 2022 fort und kulminierte in der groß angelegten Invasion ab dem 24. Februar 2022. Diese sukzessive Ausweitung des Krieges durch Russland brachte sowohl auf russischer als auch auf westlicher Seite Zeit und Raum für Anpassungen mit sich. Russland hat diese Spielräume ausgetestet und ausgenutzt, während der Westen seine Fähigkeiten, die Situation zu stabilisieren oder die Beziehungen zu Russland kontrollierbar zu halten, überschätzt hat. Deutschlands Nord-Stream-2-Politik ist das eklatanteste Beispiel dieser Fehlkalkulation.

Trotz der Warnungen westlicher Geheimdienste blieb Russlands Entschluss zur militärischen Eskalation in der Form eines Großangriffs auf die Ukraine bis zuletzt für viele kaum vorstellbar. Noch überraschender war – auch für westliche Geheimdienste – das Ausmaß des militärischen und zivilen Widerstands der Ukrainer*innen. In ukrainischen Meinungsumfragen war in den Monaten vor dem 24. Februar 2022 der An-

teil derer, die sich für zivilen oder militärischen Widerstand im Falle eines weiteren Angriffs Russlands auf die Ukraine aussprachen, deutlich angestiegen, aber ob eine gesellschaftliche Stimmung politisch aktiviert wird, zeigt sich erst im Testfall selbst.

WIDERSTANDSKRAFT

Die Resilienz der Ukrainer*innen ist nicht bloß eine plötzliche Reaktion auf das Kriegsgeschehen. Ihr liegt ein Selbstverständnis der Menschen als ukrainische Staatsbürger*innen zugrunde, das insbesondere durch Zyklen von Massenprotesten – die Orangene Revolution 2004 und den Euromaidan 2013/14 – gestärkt wurde. Massenmobilisierung ist ein seltenes Phänomen. Wenn es noch dazu wiederholt auftritt, verändert sich die Gesellschaft – auch über die direkt Beteiligten hinaus. Direkte und indirekte Erfahrungen, Hoffnungen, Erwartungen, Ideen und eine kollektive Erinnerung an diese Schlüsselmomente wirken lange nach, nicht zuletzt in sozialen und institutionellen Netzwerken, die zu einem späteren Zeitpunkt reaktiviert oder neu aufgestellt werden können. Die Erfahrungen aus den Massenprotesten stehen auch in direkter Verbindung zur wachsenden Bedeutung des nicht institutionalisierten sozialen Engagements (Volunteering). Die Akteure hinter dieser Art des Engagements gehörten in den vergangenen Jahren ukrainischen Umfragen zufolge regelmäßig zu den vertrauenswürdigsten „Institutionen“ – nach Armee, NGOs und, je nach Zeitpunkt der Umfrage, den Kirchen oder dem Präsidenten. Dieses Engagement und seine gesellschaftliche Anerkennung bildeten eine wichtige Grundlage, auf der verschiedene Formen des Widerstands aufbauen konnten.

Im Zuge dieser Entwicklungen war eine auf den Staat fokussierte Identität längst zur wichtigen Bezugskategorie geworden. Die ukrainische Staatsnation entstand somit nicht erst im Februar 2022, auch wenn dies häufig behauptet wird. Von außen wurde die Ukraine zu häufig als ein ethnisch, sprachlich und regional gespaltenes Land wahrgenommen. Dieser Blick hat viel mit einem kolonialen Blick auf Osteuropa zu tun, der ethnische und sprachliche Diversität problematisiert und als zwangsläufig konfliktbehaftet wahrnimmt. Die Überlappung und Kompatibilität unterschiedlicher Identitäten in der Ukraine ist weithin unterschätzt worden, obwohl sozialwis-

senschaftliche Forschung diesen Trend seit vielen Jahren empirisch dokumentiert. Dieses Wissen in den Mainstream der Wissenschaft, aber auch in die Politik und Öffentlichkeit zu transferieren, war strukturell bedingt schwierig. Seit Februar 2022 wurde für Einordnungen auf der Grundlage dieser Forschung im öffentlichen Diskurs mehr Raum geschaffen. Die direkte Begegnung von Menschen mit „der Ukraine“ in Form von geflüchteten Ukrainer*innen im privaten und professionellen Umfeld vermittelt nicht nur direkte Kontakte, sondern weckt auch Interesse und schließt Wissenslücken.

Das eigentlich Überraschende im ersten Kriegsjahr war die Tatsache, dass Wladimir Putin und die ihn umgebenden Eliten die Ukraine so gründlich missverstanden haben. Allen Anzeichen zufolge hat man an Schlüsselstellen im System wirklich geglaubt, dass der Durchmarsch nach Kyjiw mit Panzerkolonnen innerhalb weniger Tage gelingen würde und die russischen Truppen dort zumindest von Teilen der Gesellschaft und der Eliten willkommen geheißen würden. Daraus spricht rückblickend einmal mehr die koloniale Arroganz dem vermeintlich „kleinen Bruder“ gegenüber. Damit verbunden sind die selbst für westliche Geheimdienste und Verteidigungsministerien überraschenden offensichtlichen Schwächen in der russischen Kriegsführung, insbesondere in der Logistik, der inflexiblen Befehlsstruktur, der fehlenden Vorbereitung der Soldaten und im Rekrutierungsprozess insgesamt, aber auch im Ausmaß der Gewaltbereitschaft der Truppen. Was als schneller Sieg konzipiert war, ist nun zum Test für das politische System unter Putin geworden.

FAKTOR ZEIT

Seit Februar 2022 sind zwischen einem Viertel und einem Drittel der Bevölkerung der Ukraine in Bewegung, darunter geschätzt 7 bis 8 Millionen Binnenflüchtlinge und etwa 5 Millionen Geflüchtete im westlichen Ausland. Sie sind ein wichtiger Teil der veränderten sozialen Struktur der Ukraine – dadurch, dass vor allem Frauen und Kinder geflüchtet sind, aber auch durch die Rekonfiguration von persönlichen und sozialen Netzwerken. Diese Netzwerke sind translokal und multidirektional. So greifen Unterstützung bei Flucht und Angriffen sowie Crowdfunding für die militärische Ausrüstung der Armee oder für Gene-

ratoren ineinander. Diese translokale ukrainische Gesellschaft zeichnet heute ein hoher Mobilisierungs- und Vernetzungsgrad aus. Auf nationaler Ebene hat hingegen eine Zentralisierung politischer Entscheidungsprozesse stattgefunden.

Die Ukraine hat sich auf tragische Weise in die mentale Landkarte Europas eingeschrieben. Solidarität und Engagement für die Geflüchteten haben der Ukraine in der Mitte der europäischen Gesellschaften eine dauerhafte Präsenz verschafft. Eine „Zeitenwende“ in der öffentlichen Wahrnehmung erfolgte schnell, auch im Hinblick auf die militärische Unterstützung für die Ukraine. Die Ankündigung der politischen Zeitenwende durch Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 im Deutschen Bundestag erfolgte, gemessen an der deutschen Nachkriegsgeschichte, ebenfalls schnell. Doch für die Ukraine und ihre mittel- und nordeuropäischen Nachbarn kam die darauf aufbauende militärische Unterstützung dennoch zu langsam. Dies ist ein Teil des Dilemmas der Gleichzeitigkeit in diesem Krieg, in dem Zeit bereits seit seinem Beginn 2014 ein entscheidender Faktor ist.

GWENDOLYN SASSE

ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Bei C.H.Beck erschien im Herbst 2022 ihr Buch „Der Krieg gegen die Ukraine“.
gwendolyn.sasse@zois-berlin.de

Fünf Lehren aus der russischen Invasion

Volodymyr Yermolenko

Ein Jahr ist vergangen, seit Russland einen großen Krieg begonnen hat, einen Krieg des 21. Jahrhunderts. Dieser Krieg hat gezeigt, dass wir nicht aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Aber das sollten wir. Wir sollten lernen, aus diesen Fehlern zu lernen. Ich möchte versuchen, einige Schlussfolgerungen zu ziehen – in der Hoffnung, dass irgendetwas jemanden einen Nutzen davon hat.

ERSTENS: DEMOKRATIEN KÖNNEN STÄRKER SEIN ALS AUTOKRATIEN

Im Gegensatz zu den wachsenden Selbstzweifeln und der zunehmenden Skepsis, die in den vergangenen 20 Jahren in den Demokratien weltweit zu beobachten waren, zeigt der Krieg, dass sich Demokratien wehren und stärker als Autokratien sein können. Autokratien stützen sich auf Angst, Strafe, Gewalt und Ordnung; Demokratien auf die Ermächtigung ihrer Bürgerinnen und Bürger und die individuelle Initiative. Der ukrainische Widerstand gegen die russische Invasion zeigt, dass die Ermächtigung der Menschen die größte Stärke einer Demokratie ist und sie in die Lage versetzt, auch großen aggressiven Mächten die Stirn zu bieten. Wenn eine Gesellschaft so gestaltet ist, dass die einzelnen Bürgerinnen und Bürger daran gewöhnt sind, die Initiative zu ergreifen, wenn sie ihre eigene Macht kennen und wissen, dass sie selbst Veränderungen bewirken können, dann kann das einen großen Unterschied ausmachen im Kampf gegen Regime, in denen die Bürger ihre Verantwortung abgegeben haben und nur aus Angst vor Strafe und/oder der Bereitschaft kooperieren, die Augen vor der brutalen Realität ihres Lebens zu verschließen. Demokratien sind stärker, als viele Menschen glauben; das zeigt das Beispiel der Ukraine und die weltweite Solidarität mit ihrem Kampf.

ZWEITENS: DER NIEDERGANG DER VERNUNFT ÖFFNET DER GEWALT TÜR UND TOR

Fast jeder „Beginn eines neuen Jahrhunderts“ hat, wie wir aus der jüngeren Geschichte wissen, eine Gegenbewegung zur Vernunft und Rationalität hervorgebracht. Wir kennen diesen Backlash aus dem frühen 20. Jahrhundert mit dem Aufleben irrationaler Philosophien und der Kritik an der Aufklärung – eine Haltung, die am Ende den Faschismus, Nationalsozialismus und Stalinismus an die Macht brachte. Eine ähnliche Gegenreaktion können wir zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit dem Aufkommen der Romantik und der Restauration erkennen, in deren Folge wieder antidemokratische monarchische Autokratien mit ihren ausgeklügelten Unterdrückungssystemen das Sagen in Europa hatten. Heute erleben wir eine ähnliche Gegenbewegung der Irrationalität. Rationalität wird kritisiert, und man entdeckt das Animalische im Menschen wieder. Irrationale Impulse – Instinkte, Emotionen, die Intuition und anderes mehr – sind rehabilitiert; der Unterschied zwischen dem Menschen und anderen Tieren wird reduziert. Dieser „biophilosophische“ Backlash hat in vielen Ländern ein Klima geschaffen, in dem Sektierertum, Unnachgiebigkeit und Voluntarismus über die Ideale der rationalen Diskussion gesiegt haben und der „Kampf“ im Mittelpunkt steht. In Russland hat diese Gegenbewegung ein revanchistisches Regime hervorgebracht, das die Welt als großen Kampf ums Überleben interpretiert und den Kult um eine „starke Hand“ und einen „männlichen Führer“ propagiert (an anderer Stelle habe ich einmal von „Zoopolitics“ gesprochen).⁰¹

Doch all diese Epochen haben auch gezeigt, dass der Niedergang der Vernunft grausame Konsequenzen hat. Die „Biologisierung“ des Menschen, die Reduzierung der Gesetze unseres Zusammenlebens auf die Gesetze der Biologie, der Kampf um „Lebensraum“ und ums Überleben bilden die Grundlage für eine überaus grausame Ideologie, in der das Töten des Gegners mit der Zeit zur Norm und Krieg (real oder symbolisch) als Sinn des Lebens betrachtet wird. Wir müssen zu den Idealen der Aufklärung mit ihrem Fokus

⁰¹ Vgl. Volodymyr Yermolenko, *Russia, Zoopolitics, and Information Bombs*, 26.5.2015, <https://euromaidanpress.com/2015/05/26/russia>.

auf Pluralismus und Rationalität zurückkehren, der Gültigkeit von Ideen und Argumenten und dem grundlegenden Unterschied zwischen unserer menschlichen Welt und der Tierwelt. Doch dafür müssen wir die Herausforderung annehmen und gegen die neue Grausamkeit der russischen „Zoopolitics“ angehen.

**DRITTENS:
DER KAMPF GEGEN DIE TYRANNEI
IST TEIL DER UKRAINISCHEN
POLITISCHEN KULTUR**

Der ukrainische Widerstand lässt sich weder mit kurzfristigen Ursachen noch mit der Rolle einzelner Personen erklären. Es gibt etwas in unserer Nation, das Millionen Menschen durchdringt und sie dazu gebracht hat, sich sofort nach dem Überfall freiwillig zu melden und ihr komfortables Leben – und in vielen Fällen auch ihre Gesundheit und ihr Leben – für ihr Land aufs Spiel zu setzen oder gar zu opfern. Dieses „Etwas“ ist eine tiefsitzende Abscheu vor der tyrannischen Politik, die der russische Imperialismus seit Jahrhunderten verkörpert. Diese Haltung ist seit Generationen in der ukrainischen Gesellschaft lebendig, auch wenn immer wieder versucht wurde, sie auszurotten. Sie hat sich regeneriert und entfaltet heute eine neue, tiefgreifende Kraft. Die politische Kultur der Ukraine basiert im Gegensatz zur russischen auf der Idee, dass Tyrannei illegitim ist, dass Freiheit das höchste Gut ist, zivile Gewalt nicht tolerierbar ist, die Gesellschaft pluralistisch sein und jeder Mensch in seiner Würde geschützt werden sollte. Diese Werte – die ich als „republikanisch“ bezeichne, abgeleitet von *res publica*, dem „Gemeinwesen“, das wiederum auf die griechische *politeia* zurückgeht, die politische Gemeinschaft, die all ihren Mitgliedern die Mitwirkung ermöglicht – existierten in Osteuropa schon viele Jahrhunderte, bevor das russische Reich im 18. Jahrhundert expandierte und die Staaten der Polen, Ukrainer und Krimtataren zerstörte. Heute besteht die Chance, diese republikanische Kultur wieder aufleben zu lassen.

**VIERTENS:
DIE RUSSISCHE GESELLSCHAFT
IST DURCHDRUNGEN VOM KULT
DER GEWALT**

Es ist falsch, diesen Krieg als „Putins Krieg“ zu bezeichnen. Putin ist nur ein Symptom der rus-

sischen Gesellschaft, in der sich in den vergangenen Jahrzehnten eine Kultur des Revanchismus mit dem Ziel entwickelt hat, die Niederlage Russlands im Kalten Krieg auszumerzen. In diesem Weltbild gilt das Recht des Stärkeren, regieren Macht und Gewalt. Die erstaunliche Unterstützung für den Krieg in der russischen Gesellschaft, das Ausbleiben massiver Proteste nicht nur innerhalb Russlands, sondern auch bei den russischen Bürgern, die Russland seit Beginn des Krieges verlassen haben, zeigt, wie tief diese Haltung bereits geht. Die Ursachen dafür sind in der allgegenwärtigen Gewalt zu suchen – Gewalt in der Familie, beim Militär, bei der Arbeit, im Verhältnis zwischen dem Staat, der Polizei und den ganz normalen Menschen –, die die gesamte Gesellschaft durchdringt. Dieser Masochismus der Zivilgesellschaft wird zum Sadismus, wenn Bürger als Opfer wiederholter Gewalt und Erniedrigung instinktiv versuchen, die Gewalt, die er oder sie erlebt hat, auf andere zu übertragen, oder, um sich als Teil eines größeren Ganzen zu fühlen, Gewalt gegen andere ausüben. Masochismus, der zu Sadismus wird, ist ein Symptom dieser Entwicklung. Ein weiteres Symptom ist der angesprochene Hass auf den Rationalismus, der auch in Kernelementen der russischen Literatur und Kultur (angefangen bei Wladimir Solowjew und Fjodor Dostojewski) zum Ausdruck kommt und oft so weit geht, dass der westliche „Rationalismus“ zugunsten der „russischen Seele“ abgelehnt wird. Das dritte Element ist die Vernachlässigung des Individualismus, wie man ihn in der russischen intellektuellen Tradition und der Vorstellung einer größeren „panideologischen Gemeinschaft“ findet.

Politischer und gesellschaftlicher Sadomasochismus, Hass auf die Vernunft und die Vernachlässigung des Individualismus sind Symptome einer Krankheit, die die russische kulturelle und politische Tradition befallen hat, und die mitverantwortlich für den aktuellen Krieg ist.

**FÜNFTENS:
EINE GESUNDE GESELLSCHAFT
WAHRT DIE BALANCE ZWISCHEN
AGORA UND AGON**

Die republikanische politische Kultur hat zwei Säulen: die Agora und den Agon. Auf der Agora, dem Marktplatz, trifft man sich und tauscht sich aus – Waren, Worte, Ideen, Gefühle, Erfahrungen

und Geschichten. Auf dem Agon, dem Schlachtfeld, kämpft man. Auf der Agora gewinnen beide Seiten, auf dem Agon nur eine. Weisheit in einer Gesellschaft bedeutet, zu wissen, wo der Agon seinen Platz hat und wo die Agora.

Wenn der Agon das einzige Prinzip einer Gesellschaft ist, wird eine Unterhaltung unmöglich. Dann ist der Kampf die einzige Form der Interaktion. Daraus entstehen in der Regel faschistische Ideologien, die Verehrung eines Kriegers als Anführer und ein Kult der Gewalt. Wenn die Agora das einzige Prinzip ist, besteht das Risiko, dass man auch Kompromisse mit dem Bösen eingeht, man sich also auf einen Pakt mit dem Teufel einlässt. Das Beispiel der Ukraine zeigt, dass sich Agora und Agon kombinieren lassen. Diese Synthese ist schwierig, aber möglich. Nach innen schätzt man die Agora, die Pluralität innerhalb der Gesellschaft, ist aber gleichzeitig auch in der Lage, die eigenen Grenzen nach außen zu verteidigen, sich dem Kampf, dem Agon, zuzuwenden, wenn es nötig ist.

Das sind die fünf Lehren, die ich aus dem vergangenen Jahr gezogen habe. Es gibt jedoch noch eine sechste, und sie ist vielleicht sogar die wichtigste: Es gibt keinen höheren Wert als das menschliche Leben. Es gibt keine größere Tragödie als den Verlust des Lebens. Es gibt keine größere Ungerechtigkeit als die, dass eine Mutter ihr Kind verliert. Wir brauchen diesen Krieg nicht, um all das zu lernen.

Und die letzte Schlussfolgerung: Das Gute wird siegen. Die Ukraine wird siegen. Die Freiheit wird siegen. Doch für diesen Sieg braucht die Ukraine Unterstützung. Es gibt Zeiten, in denen die Agora sich selbst verteidigen muss, in denen sie kämpfen muss. Sonst wird sie verschwinden.

Übersetzung aus dem Englischen: Heike Schlatterer, Pforzheim.

VOLODYMYR YERMOLENKO

ist Philosoph und Essayist, Chefredakteur der Onlineplattform „UkraineWorld“ und Leiter der Abteilung für politische Analysen bei „Internews Ukraine“. Er lehrt an der Mohyla-Akademie in Kyjiw und ist Präsident des PEN Ukraine.
vyermolenko@internews.ua

Aus Krisen lernen

Tanja Pentter

Das schlimme erste Jahr des Krieges in der Ukraine war auch ein Jahr voller Überraschungen. Zu diesen Überraschungen zählen die Brutalität des russischen Angriffs und die zahlreichen Kriegsverbrechen ebenso wie der starke Widerstandswille der Ukrainer:innen und ihre schnelle Selbstbehauptung im internationalen Kommunikations- und Informationsraum. Ebenso unerwartet waren die entschlossene Reaktion der Nato und ihrer Mitgliedstaaten, die rasche Eini-gung der europäischen Regierungen auf Sanktionen und Waffenlieferungen an die Ukraine, die Bereitschaft der europäischen Zivilgesellschaften, Millionen von ukrainischen Geflüchteten aufzunehmen, aber auch die offenkundigen Schwächen des russischen Militärs, das bei seinen Planungen offenbar deutlichen Fehleinschätzungen über die Ukraine aufgesessen ist. Der Schrecken über den Grad der „Zombisierung“⁰¹ der russischen Gesellschaft ging zugleich mit der Erkenntnis einher, dass auch unter der mit nackter Gewalt regierenden Putinschen Diktatur ziviler Protest niemals vollständig ausgeradiert werden kann.⁰²

Die Geschichte, deren Ende 1989 von Francis Fukuyama voreilig vorausgesagt worden war,⁰³ ist 2022 mit solcher Wucht zurückgekehrt, dass selbst Historiker:innen überrascht waren. Das Ausmaß und die extreme Geschwindigkeit, mit der die „Zeitenwende“ voranschritt und neue Tatsachen von voraussichtlich langanhaltender Wirkung schuf, kam auch für viele Osteuropaexpert:innen unerwartet. Der entscheidende Treiber für die gewalttätige Rückkehr der Geschichte war ein russischer Präsident, der seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in bizarren Geschichtsaufsätzen und Reden mit historischen Bezügen zu legitimieren versuchte und seine Politik unter anderem in die Tradition der Expansionspolitik des Russi-

01 Der Begriff der Zombisierung steht für die Manipulation der russischen Gesellschaft durch die Staatspropaganda.

02 Einige mutige Beispiele finden sich bei Michael Thumann, *Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat*, München 2023, Kapitel 12.

03 Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

schen Imperiums seit Peter I. stellte.⁰⁴ Geschichte war von Wladimir Putin bereits vor seinem Angriff auf die Ukraine instrumentalisiert worden, um von wachsenden innergesellschaftlichen Problemen und der gescheiterten Modernisierung des Landes abzulenken.⁰⁵ Während ideologisch aufgeladene Geschichtsbilder und -klitterungen in Putins Russland zunehmend als Legitimationsquelle für staatliche Politik instrumentalisiert wurden, wuchs auch das Berufsrisiko strafrechtlicher Verfolgung für kritische Historiker:innen.⁰⁶

BESCHLEUNIGTE VERFLECHTUNG UND ENTFLECHTUNG

Der russische Angriffskrieg setzte auf vielen gesellschaftlichen Ebenen eine ukrainisch-deutsche Verflechtung in Gang oder beschleunigte sie, die in der Wissenschaft erst nach 2014 langsam begonnen hatte. Viele deutsche Universitäten nahmen geflüchtete ukrainische Wissenschaftler:innen und Studierende auf; deutsche Stiftungen starteten bemerkenswert schnell und unbürokratisch entsprechende Hilfsprogramme.⁰⁷ Ein Nebeneffekt dieser Entwicklung ist, dass die Internationalisierung und Vernetzung der ukrainischen Geschichtswissenschaft, die Stärkung der Ukraineexpertise an deutschen Universitäten und der Aufbau zukünftiger neuer Kooperationen beschleunigt und befördert wurde.

Mit ebenso großer Geschwindigkeit vollzog sich zugleich, vorangetrieben durch Putins Politik der Isolation, eine Entflechtung der russisch-deutschen Beziehungen, von der auch die

04 Vgl. Andreas Kappeler, Revisionismus und Drohungen. Vladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern, in: Osteuropa 7/2021, S. 67–76; siehe auch Putins Reden vom 21. sowie vom 24. Februar 2022 in: Osteuropa 1–3/2022, S. 119–135, S. 141–148.

05 Vgl. Klaus Gestwa, Putin, der Cliotherapeut. Überdosis an Geschichte und politisierte Erinnerungskonflikte in Osteuropa, in: Neue Politische Literatur 67/2022, S. 15–53; Guido Hausmann/Tanja Pentter, Der Gebrauch der Geschichte. Ukraine 2014: Ideologie vs. Historiographie, in: Osteuropa 9–10/2014, S. 35–50.

06 Davon zeugen zum Beispiel die regelmäßigen Länder- und Jahresberichte des Network of Concerned Historians, www.concernedhistorians.org.

07 Dazu zählen große Stiftungen wie etwa die VW-Stiftung, die schon 2016 ein Programm zur Förderung ukrainisch-russisch-deutscher Forschungskooperationen aufgelegt hatten, oder die Philipp-Schwartz-Initiative der Humboldt-Stiftung für verfolgte Wissenschaftler:innen, aber auch die kleinere Vector-Stiftung, die bis dahin hauptsächlich Forschung und Bildung im MINT-Bereich förderte.

Wissenschaft betroffen ist. So ist es etwa schwieriger geworden, Visa und Fördermittel für russische Kolleg:innen zu bekommen. Gleichwohl ist es wichtig, die letzten Brücken nicht abzureißen, sondern die Kontakte zu kritischen russischen Wissenschaftler:innen aufrechtzuerhalten. Nicht wenige von ihnen sind inzwischen in Staaten des Kaukasus und Zentralasiens migriert, die sich zu neuen Zentren des russischen Massenexodus entwickeln. Die georgische Hauptstadt Tiflis, die bereits einige internationale Organisationen beherbergt, könnte zukünftig noch stärker in den Fokus der internationalen Wissenschaftskooperation rücken und zu einer Art Begegnungsort für Forscher:innen aus dem postsowjetischen Raum werden.⁰⁸

Wir lernen aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres, dass Prozesse der Verflechtung und Entflechtung, wenn sie auf einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens beruhen, mit großer Geschwindigkeit erfolgen können. In der Krise ist schnelles Handeln möglich, wie nicht zuletzt die erfolgreiche Abwendung der Energienotlage und die Verringerung der deutschen Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen verdeutlichen. Dies lässt hoffen, dass mit diesen Erfahrungen und Lerneffekten auch andere internationale Großkrisen zukünftig gemeistert werden können.

LERNPROZESSE

Ich möchte den Blick auf diese Lernprozesse richten, weil sie, trotz aller berechtigten düsteren mittelfristigen Zukunftsprognosen, auch etwas Hoffnung machen. Zu Beginn des Krieges waren es vor allem die Lehren und Erfahrungen aus der Corona-Pandemie, die uns halfen, die neuen Herausforderungen anzugehen. Die digitale Kommunikation in Form von Video-Konferenzen, Webinaren oder der Nutzung von Messenger-Diensten war in der Pandemie für uns selbstverständlich geworden, und daran konnte nach dem 24. Februar 2022 angeknüpft werden: Vom ersten Kriegstag an hielten wir Historiker:innen und Osteuropa-Expert:innen enge Kontakte zu unseren ukrainischen Kolleg:innen, die auf zahlreichen Videokonferenzen

08 In Tiflis plant nun auch die Max Weber Stiftung, ein neues Büro zu eröffnen. Ein dringendes Desiderat bleibt die Einrichtung eines Standortes der Stiftung in Kyjiw.

zen das Publikum unmittelbar an ihren Kriegserfahrungen teilhaben ließen und diese zugleich wissenschaftlich einzuordnen versuchten. Allen russischen Angriffen zum Trotz konnten ukrainische Kolleg:innen weiterhin am internationalen wissenschaftlichen Austausch teilhaben und hier wichtige Impulse setzen.⁹ Bemerkenswert ist auch, wie es ukrainischen Autor:innen, die kraftvoll gegen den Krieg anschreiben, in kurzer Zeit gelungen ist, den deutschen Buchmarkt zu erobern.¹⁰

In der deutschen Osteuropawissenschaft hat der Ukrainekrieg nicht nur eine kritische Selbstreflexion im Hinblick auf die bisherige starke Russland-Fokussierung und Diskussionen über eine notwendige Dekolonisierung der Osteuropäischen Geschichte angestoßen,¹¹ sondern auch das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Wissenstransfers in eine breite Öffentlichkeit geschärft. Angesichts der Vielzahl neuer Aufgaben, die der Krieg mit sich brachte – angefangen bei der Wissensvermittlung in die Öffentlichkeit über die Präsenz in (digitalen) Medien bis hin zur konkreten Unterstützung geflüchteter Kolleg:innen und Studierender –, erwies es sich als hilfreich, die Ressourcen und Kompetenzen in gemeinsamen (digitalen) Veranstaltungsformaten zu bündeln. Zudem reifte die Erkenntnis, dass wir als Fach enger zusammenstehen müssen, um medienwirksamen „Expert:innen“ auch öffentlich stärker zu widersprechen.¹² Dahinter steht

auch die Feststellung eines Vermittlungsproblems und die Einsicht, dass die Osteuropawissenschaft nicht erst seit 2014 mit ihren Forschungserkenntnissen Politik und Öffentlichkeit nicht ausreichend erreicht hat. Im Ergebnis könnte der Krieg in der Ukraine also positive Impulse sowohl für den Zusammenhalt im Fach als auch für den Wissenstransfer in die Öffentlichkeit setzen.

AUSBLICK

Nur eine Randnotiz war in diesem schlimmen vergangenen Jahr der Tod von Michail Gorbatschow am 30. August, der im Schatten der Zeitenwende des 24. Februars ebenfalls das Ende einer Epoche besiegelte. Die Erinnerung an Gorbatschow, der, wie der russische Friedensnobelpreisträger Dmitrij Muratov in einem Nachruf festhielt, den Krieg verachtete und seinem Land und der Welt das unglaubliche Geschenk des Friedens bereitet hatte,¹³ lässt hoffen, dass in Russland irgendwann in der Zukunft auch wieder friedliche Entwicklungen möglich sein werden. Vielleicht kann dann nachgeholt werden, was 1991 nach dem Ende der Sowjetunion nicht gelungen ist und sich heute als hochexplosives Erbe der Sowjetepoche erweist: die gemeinsame Aufarbeitung der geteilten Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts durch Historiker:innen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion – mit dem Ziel, Verständigung und Aussöhnung zu befördern und zu einer geteilten Erinnerungskultur zu finden. Angesichts des andauernden Krieges, der den Menschen in der Ukraine größte Opfer abverlangt, ist dies derzeit aber nur eine ferne Wunschvorstellung.

9 Siehe zum Beispiel die Online-Seminarreihe der Deutsch-Ukrainischen Historischen Kommission „Historians and the War: Rethinking the Future“, www.duhk.org/historians-and-war.

10 Siehe zum Beispiel die Teilnehmer:innen des deutsch-ukrainischen Schriftsteller:innentreffens in Weimar: www.klassikstiftung.de/ihr-besuch/veranstaltung/eine-bruecke-aus-papier. Auch in der russischsprachigen Literatur erfährt Antikriegslyrik eine expressive Blüte. Siehe z. B. den Sammelband „Poesie der Endzeit“: Jurij Leving, *Poezija poslednego vremeni*. Chronika, St. Petersburg 2022.

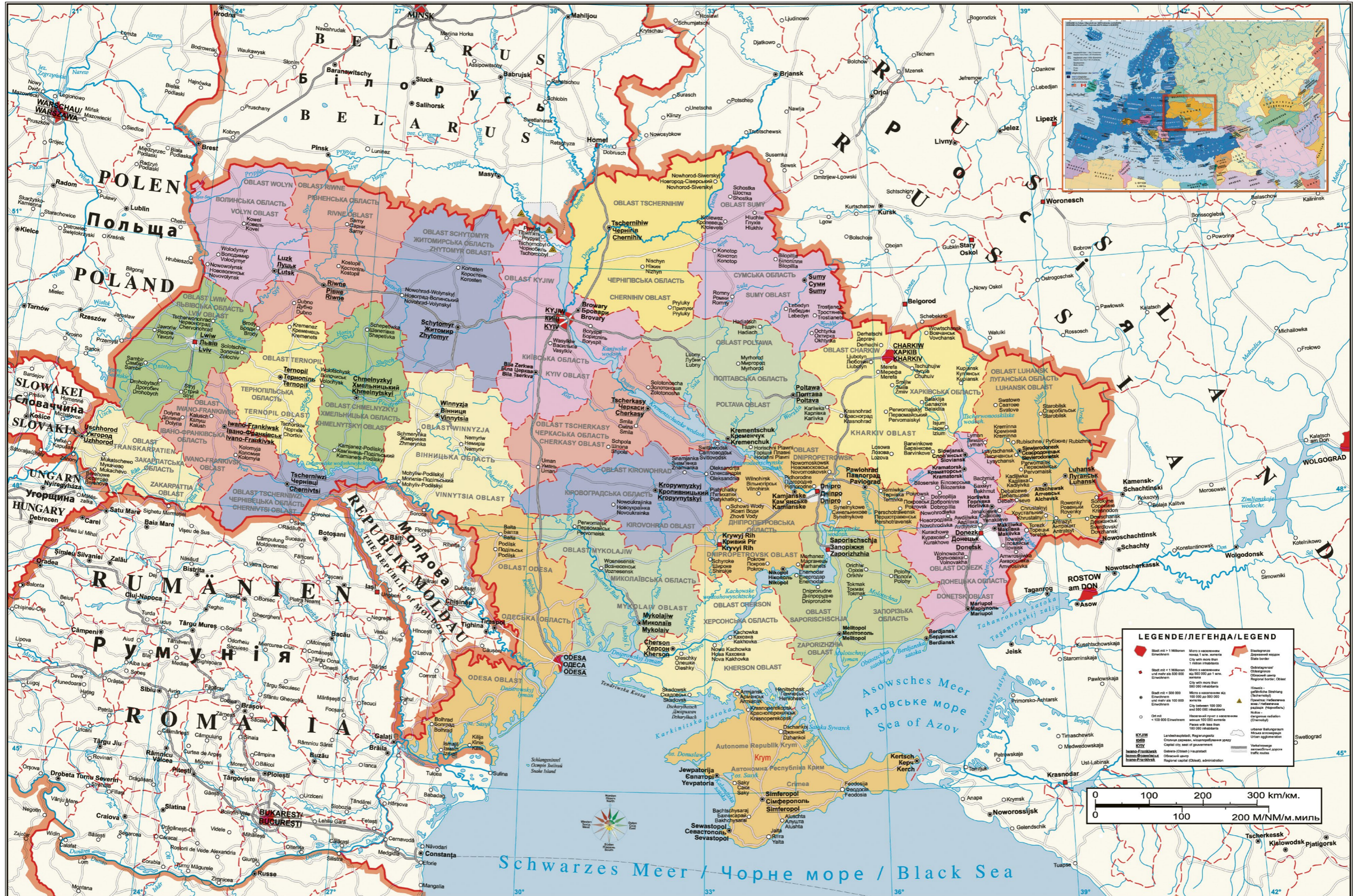
11 Siehe unter anderem die Diskussionsbeiträge zur Lage des Faches in *Ab Imperio* 1/2022, der *Historischen Zeitschrift* 2/2022 sowie im demnächst erscheinenden Band der *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas (JGO)* 1/2023.

12 Siehe zum Beispiel die Wortmeldungen von Fachvertreter:innen zu den Vorträgen von Gabriele Krone-Schmalz: Franziska Davies, Desinformationsexpertin. *Russland, die Ukraine und Frau Krone-Schmalz*, in: *Osteuropa* 9–10/2022, S. 245–265; Heidelberger Podiumsdiskussion „Desinformation, Social Media und die Rolle von Expert:innen“, www.youtube.com/watch?v=Lw72t0ohfyQ.

13 Vgl. Dmitrij Muratov, Gorbatschow, 31.8.2022, <https://novayagazeta.ru/articles/2022/08/31/gorbachev>.

TANJA PENTER

ist Professorin für Osteuropäische Geschichte an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.
tanja.penter@zegk.uni-heidelberg.de



© H. STEFFEL Eurocart GmbH, 85101 Leiting, www.steffel-online.de / 10/22
 Hinweis: Als Orientierung für die Transfektion wurde die DIN 1460 verwendet.
 Mit den verwendeten Bezeichnungen und kartographischen Darstellungen wird nicht zum Rechtstatus von Hoheitsgebieten oder Grenzen Stellung genommen.
 The designations and cartographic representations used do not take a position on the legal status of territories or borders.

WIE LÄSST SICH DER KRIEG IN DER UKRAINE BEENDEN?

Nicole Deitelhoff

Der berühmte Militärtheoretiker Carl von Clausewitz formulierte einmal, der Krieg beginne erst mit der Verteidigung.⁰¹ Dieses Bonmot muss dem frisch gewählten brasilianischen Präsidenten Lula da Silva im Ohr geklungen haben, als er Ende Januar 2023 den deutschen Bundeskanzler bei einer gemeinsamen Pressekonferenz zur Frage der Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland wissen ließ, dass sich zwei nicht streiten könnten, wenn einer nicht wolle.⁰² Die Logik ist bestechend, und man hört sie bisweilen auch im deutschen Mediendiskurs. Würde die Ukraine die Kampfhandlungen einstellen, hätte sie sie gar nicht erst aufgenommen oder würde der Westen seine Unterstützung der Ukraine einstellen, so die Argumentation, gäbe es diesen Krieg nicht, würde er die Welt nicht so in Mitleidenschaft ziehen oder wäre er doch längst mit weit weniger Opfern beendet worden. In ihrer Konsequenz und nach allem, was sich in der Ukraine seit Ausbruch dieses Krieges beobachten lässt und vom Angreifer, Russland, zu hören ist, wäre es wohl darauf hinausgelaufen, dass es die Ukraine als unabhängigen Staat heute nicht mehr gäbe. Nicht der Streit wäre verschwunden, sondern der Streitgegner. Und auch hinsichtlich der Frage, wie viele Opfer dieser Krieg kostet, gibt es mit Blick auf die russische Militär- und vor allem Besatzungspraxis in der Ukraine keine eindeutige Antwort.

Das alles weist darauf hin, dass die Frage, wie sich dieser Krieg beenden lässt, nicht losgelöst von der Frage erörtert werden kann, welches Ende man dafür in Kauf zu nehmen bereit ist. Enden gibt es viele, aber nicht alle sind gleichermaßen wünschenswert. Aus der Perspektive einer auf Status quo, Kooperation und Menschenrechtsschutz setzenden europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung ist das oben skizzierte Ende nicht akzeptabel, würde es doch die grundlegenden Prinzipien der europäischen und der internationalen Friedensordnung mit Füßen treten: das Prinzip, dass Grenzen nicht mit Gewalt verändert werden dürfen, das damit einhergehende Recht auf

territoriale Integrität, das allen Staaten gleichermaßen zukommt, und nicht zuletzt das Bekenntnis zu Menschenrechten. Es würde mithin die Sicherheit aller europäischen Staaten gefährden.

Wie steht es aus dieser Perspektive um die Frage, wie dieser Konflikt beendet werden kann? Der Blick auf die Entwicklungen in der Ukraine und ein knapper Durchgang durch die Forschung zu Kriegsbeendigungen legen nahe, dass ein baldiges Ende des Konflikts zu Beginn des Jahres 2023 unwahrscheinlicher wird. Stattdessen zeichnet sich ein langer Abnutzungskrieg ab, in dem die westlichen Staaten die Ukraine auf Jahre hinaus massiv wirtschaftlich, finanziell und vor allem militärisch unterstützen müssen.

WIE KRIEGE ENDEN

Die Wege, auf denen Kriege enden können, sind zahlreich: Sie reichen von der militärischen Entscheidung, im Sinne einer Entscheidungsschlacht oder schlicht einer erdrückenden militärischen Überlegenheit, über Waffenstillstände und Demobilisierungsmaßnahmen zu Friedensabkommen mit und ohne Vermittlung Dritter bis hin zur Erschöpfung beziehungsweise dem Einfrieren von Konflikten ohne eindeutiges Ergebnis. Diese unterschiedlichen Enden – oder besser: Ausgänge – sind nicht vollständig unabhängig voneinander, sondern stehen in vielfältigen Beziehungen zueinander. Während in Verhandlungen um ein Friedensabkommen gerungen wird, gehen oftmals die Kämpfe weiter, weil die Parteien hoffen, einen entscheidenden militärischen Vorteil auf dem Schlachtfeld erringen zu können, der ihre Verhandlungsposition stärkt.⁰³ Waffenstillstände leiten oftmals keinen Frieden ein, sondern eher eine Ruhephase in einem Abnutzungskrieg, die dann endet, wenn eine oder beide Parteien wieder über hinreichend Ressourcen verfügen, um die Kämpfe fortzuführen. Viele Kriege haben kein eindeutiges Ergebnis, sondern gehen eher durch

eine Reihe von Kriegsepisoden, die unterschiedliche Formen der (Zwischen-)Beendigungen aufweisen, bevor es zu einem dauerhaften Frieden kommt. Beispiele dafür sind etwa die Konflikte zwischen Israel und seinen Nachbarn, die teilweise bis heute keinen formalen Friedensschluss kennen oder erst jüngst in einen Friedensprozess überführt wurden.

Obwohl eine breite, datengestützte Forschung zu Gewaltkonflikten existiert, gilt das nicht in gleichem Maße für die spezifische Analyse von Kriegsbeendigungen. Allerdings gibt es Datensätze und -analysen, die sich mit der Frage der Beendigung von Gewaltkonflikten befassen. Dazu zählen beispielsweise das Conflict Termination Dataset des Uppsala Conflict Data Project (UCDP)⁰⁴ oder auch die Daten der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) der Universität Hamburg.⁰⁵ Die Datensätze weisen zwar einige Unterschiede hinsichtlich der Zählung (Kodierung) gewaltsamer Konflikte und Konfliktbeendigungen auf, dennoch lassen sich grobe Muster der Kriegsbeendigung aus ihnen ablesen.

Um das mit Blick auf den aktuellen Konflikt in der Ukraine zu tun, muss aber beachtet werden, dass die Datensätze differenziert nach Konflikttypen ausgewertet werden müssen. Das ist wichtig, weil dort weitaus mehr innerstaatliche Konflikte als zwischenstaatliche kodiert sind. Schon seit Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich das Kriegsgeschehen immer mehr zu innerstaatlichen Konflikten hin verlagert, während zwischenstaatliche Kriege, wie jener zwischen Russland und der Ukraine, kontinuierlich in ihrem Anteil am Kriegsgeschehen abgenommen haben.⁰⁶ Da zu

vermuten ist, dass die beiden Kriegsformen unterschiedliche Dynamiken in ihren Ursachen, Verläufen und eben auch Enden aufweisen, ist es wichtig, zwischen ihnen zu differenzieren, um eine Verzerrung in den Ergebnissen zu vermeiden. Tut man das, gibt es aber gleichwohl einige Erkenntnisse, die auch für die aktuelle Debatte um den Russischen Angriffskrieg in der Ukraine von Relevanz sind.

Anders als vielfach argumentiert, wird dann deutlich, dass fast die Hälfte der vom UCDP kodierten Ausgänge zwischenstaatlicher Konflikte auf eine Form von Verhandlung verweisen. Die Kriegsbeendigungen durch Verhandlung steigen dabei nach Ende des Kalten Krieges in den 1990er Jahren deutlich an, pendeln sich aber in den 2000er Jahren wieder auf dem Niveau des Kalten Krieges ein. Zu den Kriegsbeendigungen, die mit Verhandlungen zusammenhängen, zählt der Conflict-Termination-Datensatz sowohl begonnene und beendete Friedensverhandlungen beziehungsweise Abkommen (16 Prozent) als auch Waffenstillstandsabkommen (30 Prozent).⁰⁷

Nur 20 Prozent der zwischenstaatlichen Konflikte enden dagegen mit einem militärischen Sieg beziehungsweise einer Niederlage.⁰⁸ Das steht in deutlicher Diskrepanz zu innerstaatlichen Konflikten, bei denen militärische Entscheidungen immerhin mehr als 30 Prozent der Fälle ausmachen.⁰⁹ Für beide gilt aber, dass ein erheblicher Anteil der Konflikte ohne klares Ergebnis endet: Bei zwischenstaatlichen Konflikten sind es über 30 Prozent, bei innerstaatlichen Konflikten 40 Prozent. Hierbei handelt es sich um Konflikte, bei denen die Kriegshandlungen eher aus Erschöpfung erlahmen, aber bei entsprechendem Ressourcenzufluss auch schnell wieder aufflammen können. Es sind mithin eingefrorene Konflikte, wie wir

01 Vgl. Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, hrsg. von Werner Hahlweg, Bonn 1980, S. 644.

02 Vgl. Matthias Wyssuwa, Lulas „Friedensklub“ soll den Krieg beenden, 31. 1. 2023, www.faz.net/-18642288.html.

03 Vgl. Nicole Deitelhoff, Verhandlungen unter Feinden. Warum im Ukrainekrieg Gespräche unbedingt geboten sind, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2022, S. 49–55.

04 Vgl. Joakim Kreutz, How and When Armed Conflicts End: Introducing the UCDP Conflict Determination Dataset, in: *Journal of Peace Research* 2/2010, S. 243–250.

05 Vgl. www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/professuren/jakobeit/forschung/akuf.html sowie Wolfgang Schreiber, Die Ukraine wird gewinnen. Einschätzungen aus der Forschung zu Kriegsbeendigungen, in: *Wissenschaft & Frieden* 3/2022, S. 12 ff.

06 Vgl. Shawn Davies/Therese Pettersson/Magnus Öberg, Organized Violence 1989–2021 and Drone Warfare, in: *Journal of Peace Research* 4/2022, S. 593–610.

07 Viele Konflikte enden nicht mit einem abgeschlossenen Friedensabkommen, sondern eher mit umfassenden Waffenstillstandsabkommen und eventuellen weiteren Abkommen zu Demobilisierungsmaßnahmen. Vgl. dazu auch Tanisha Fazal, The Demise of Peace Treaties in Interstate War, in: *International Organization* 4/2013, S. 695–724.

08 Vgl. Kreutz (Anm. 4), S. 246. Auch hierbei ist anzumerken, dass „militärische Niederlage“ in den allerseltensten Fällen eine bedingungslose Kapitulation bezeichnet, sondern meist einen Rückzug aufgrund deutlicher militärischer Überlegenheit der Gegenseite meint.

09 Vgl. ebd., S. 246; Schreiber (Anm. 5).

sie in Russlands Nachbarschaft, etwa im Kaukasus, vielfach beobachten.

Allerdings sagen diese Zahlen nur wenig über die Nachhaltigkeit von Kriegsbeendigungen aus. Dazu zeichnen die jeweiligen Datensätze kein allzu optimistisches Bild: Wenn wir als Grundlage für einen dauerhaften Frieden annehmen, dass fünf Jahre keine Kriegshandlungen mehr stattfinden, so zeigt sich, dass in innerstaatlichen Konflikten militärische Siege beziehungsweise Niederlagen die höchste Wahrscheinlichkeit für einen nachhaltigen Frieden nach sich ziehen.¹⁰ In zwischenstaatlichen Konflikten, in denen militärische Siege noch einmal seltener auftreten und Verhandlungslösungen stärker vertreten sind, führen immer noch 37 Prozent aller Verhandlungslösungen zu einem Rückfall in die Gewalt.¹¹

Insgesamt weisen innerstaatliche Kriege durchschnittlich eine höhere Dauer auf als zwischenstaatliche Kriege.¹² Dabei zeigt sich, dass Kriege, die mit einer militärischen Entscheidung (Sieg oder Niederlage) enden, statistisch gesehen von kürzerer Dauer sind, während solche, die in Verhandlungen enden, länger andauern. Das lässt sich umdrehen: Kommt es binnen der ersten Wochen und Monate nicht zu einer klaren militärischen Entscheidung zugunsten einer Seite, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass der jeweilige Konflikt von langer Dauer sein wird. Das gilt auch für asymmetrische Kriege, bei denen eine Großmacht gegen einen konventionell stark unterlegenen Gegner antritt. Kommt es in solchen Konflikten nicht zu einer schnellen militärischen Entscheidung, ziehen sie sich lange hin, weil Großmächte, mit asymmetrischer Kriegsführung konfrontiert, lange brauchen, um eine Niederlage zu akzeptieren beziehungsweise die Unmöglichkeit des Gewinnens einzusehen und einen Rückzug einzuleiten.¹³

10 Vgl. Kreutz (Anm. 4), S. 247. Allerdings argumentieren Gromes und Ranft unter Zuhilfenahme eines neueren Datensatzes zu Bürgerkriegen, dass Friedensabkommen ein ähnliches Potenzial zur Senkung des Rückfallrisikos aufweisen wie militärische Siege. Vgl. Thorsten Gromes/Florian Ranft, Preventing Civil War Recurrence: Do Military Victories Really Perform Better Than Peace Agreements? Causal Claims and Underpinning Assumptions Revisited, in: *Civil Wars* 4/2021, S. 612–636.

11 Vgl. Therese Pettersson/Magnus Öberg, Organized Violence, 1989–2019, in: *Journal of Peace Research* 4/2020, S. 597–613.

12 Vgl. Kreutz (Anm. 4), S. 246.

13 So Wolfgang Schreiber (Anm. 5).

Kommt es nicht zu einem raschen Sieg einer Seite in einem Konflikt, steigt die Wahrscheinlichkeit einer Verhandlungslösung, wenn für beide Konfliktparteien die Kosten der Kriegsführung jene der Verhandlungen systematisch übersteigen. Das ist der sogenannte Reifungsmoment in einem Konflikt,¹⁴ der allerdings theoretisch sehr viel klarer erscheint, als er empirisch zu beobachten, geschweige denn zu prognostizieren ist. Der klassische Fall für einen solchen Reifungsmoment ist der sogenannte *mutually hurting stalemate*, der dann entsteht, wenn die Konfliktparteien in einem Patt gefangen sind, in dem keine Seite mehr nennenswerte militärische Erfolge erzielt, aber beide erhebliche Verluste erleiden.

Ebenfalls möglich sind Situationen, in denen sich Präferenzen der Kriegsparteien deutlich verändern. Das kann zum Beispiel geschehen, wenn es auf einer Seite zum Regierungswechsel kommt oder die innenpolitische Unterstützung für den Kriegskurs zusammenbricht – oder auch durch das Verhalten dritter Akteure, die Druck ausüben können, indem sie Sanktionen verhängen oder militärisch unterstützen, und damit Anreize für Verhandlungen setzen. Dazu kann auch die Androhung der Beendigung externer Unterstützung zählen. Mit Blick auf die AKUF-Daten zeigt sich etwa, dass es bei externem Druck gerade der Wegfall dieses Drucks ist, der eine Kriegsbeendigung beschleunigt.¹⁵

DIE LAGE AM ENDE DES ERSTEN KRIEGSJAHRES

Was bedeuten nun diese Trends und Muster für eine Beendigung des Krieges in der Ukraine? Sie sind zuallererst das: Trends und Muster, die keine konkrete Vorhersage für einen speziellen Konflikt zulassen. Was sie aber erlauben, sind Aussagen über eher wahrscheinliche und eher unwahrscheinliche Szenarien für einen konkreten Konflikt, und um die soll es im Folgenden gehen.

Russlands Krieg gegen die Ukraine dauert mittlerweile seit mehr als einem Jahr an, obwohl diese „militärische Spezialoperation“ nach den Vorstellungen des Kremls in wenigen Wochen hätte erfolgreich beendet sein sollen. Für diese

14 Vgl. William Zartman, The Timing of Peace Initiatives: Hurting Stalemates and Ripe Moments, in: *Global Review of Ethnopolitics* 1/2001, S. 8–18.

15 Vgl. Schreiber (Anm. 5).

Entwicklung, die mit Blick auf die Kräfteverhältnisse zwischen den Gegnern – eine militärische Großmacht gegen eine „Nicht-mal“-Mittelmacht – für viele überraschend ist, sind mindestens zwei Faktoren mitverantwortlich: zum einen der Widerstandswille der ukrainischen Bevölkerung und seines Militärs, der vor allem den Kreml, aber auch viele Beobachter:innen im Westen verblüfft hat, zum anderen, und nicht unbedingt minder verblüffend, die schnelle und bis heute anhaltende politische, ökonomische, finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine durch westliche Staaten.

Der Krieg war in den vergangenen Monaten von großer Dynamik geprägt. Nach anfänglichen Erfolgen der russischen Seite in der Eroberung großer Teile des Donbass kam es im Frühherbst 2022, nach der Regruppierung ihrer Kräfte im Osten, zu einer erfolgreichen Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte. Seit Spätherbst/Winter ist diese Offensive ins Stocken geraten, was einerseits an den winterlichen Bedingungen, andererseits an der systematischen Bombardierung der ukrainischen zivilen Infrastruktur durch die russische Seite und dem Nachschub an russischen Soldaten infolge der Teilmobilisierung im Herbst liegt. Mittlerweile hat die Kriegsdynamik stark nachgelassen. Obgleich es gerade im Osten des Landes in der Gegend um Bachmut mit dem Jahreswechsel zu schweren Kämpfen mit erheblichen Verlusten für beide Seiten gekommen ist, verändern sich die Frontlinien nur mehr wenig. Es hat eine Abnutzungsdynamik eingesetzt, die gegenwärtig vor allem die russische Seite begünstigt, weil sie weit mehr Soldaten mobilisieren kann als die ukrainische und weil sie bereit ist, auch massive Verluste hinzunehmen.

SZENARIEN FÜR EIN ENDE DES KRIEGES

Diese knappe Lagebeschreibung verdeutlicht, dass aus Sicht der Kriegsbeendigungsforschung ein schneller Sieg für eine der beiden Seiten eher unwahrscheinlich ist. Eine eindeutige militärische Überlegenheit gab es schon in den ersten Monaten der Auseinandersetzung nicht, stattdessen ist auch über die Unterstützung der Ukraine durch den Westen eine Situation entstanden, in der keine Seite einen eindeutigen Vorteil hat. Das spricht für einen langwierigen Konflikt.

Sieg oder Niederlage

Die Unterstützung der Ukraine seitens des Westens ist in der Summe und in ihrer Konstanz zwar enorm, sie reicht aber gegenwärtig nicht aus, um das Kräfteverhältnis entscheidend zu verändern. Auch die Entscheidung im Januar 2023, Kampfpanzer in die Ukraine zu schicken, ändert daran vermutlich wenig. Die Kampfpanzer, die mit einiger Verzögerung vor Ort sein können, werden die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine sicherstellen – das heißt: verhindern helfen, dass sie den militärischen Konflikt verliert –, ihr aber nicht zum Sieg verhelfen.

Eine massive Steigerung gerade der militärischen Unterstützung der Ukraine ist derzeit unwahrscheinlich und wäre auch durchaus problematisch. Eine rasche und deutliche Steigerung der militärischen Unterstützung, etwa durch die Lieferung von Kampfflugzeugen, U-Booten oder Langstreckenwaffen, würde die Ukraine in eine deutlich bessere Position bringen. Dabei werden aber häufig zwei Aspekte vergessen: Zum einen die schwierige Materiallage vieler Bündnispartner, Deutschland eingeschlossen, was verfügbares Material betrifft sowie die Fähigkeit, schnellen Ersatz für die eigenen Streitkräfte zu beschaffen. Es herrscht schlicht ein Mangel an Munition und Ersatzteilen. Zum anderen besteht das Risiko einer ungewollten Entgrenzung des Konflikts auf Nato-Gebiet. Seit Beginn des Krieges hat Wladimir Putin auf jede Entscheidung westlicher Staaten, ein neues Waffensystem an die Ukraine zu liefern, mit der Drohung reagiert, man betrachte einen solchen Schritt als Kriegseintritt der Nato. Auf keine dieser Drohungen sind bislang Taten gefolgt. Das heißt jedoch nicht, dass das so bleiben wird. Eine massive Unterstützung durch zahlreiche Waffensysteme, die das Potenzial haben, tief in das russische Territorium vorzudringen, könnte einen Kipppunkt auslösen – oder auch nicht. Wir wissen es einfach nicht. Gerade in einer solchen Lage ist ein schrittweises Vorgehen ratsam, bei dem immer wieder geprüft wird, welche Konsequenzen Entscheidungen haben und ob sich die Lage dadurch verändert. Das führt nicht in die Selbstabschreckung, bremst aber die Dynamik der Waffenlieferung, wie sich an den Positionen wichtiger Unterstützerländer ablesen lässt, etwa, wenn US-Präsident Joe Biden deutlich macht, dass er keine Waffen liefern will, die die Ukraine nutzen könnte, um tief in russisches Territorium

vorzudringen.¹⁶ Ähnlich äußerten sich auch der französische Präsident Emmanuel Macron¹⁷ und Bundeskanzler Olaf Scholz.¹⁸ Die Nato wird nicht direkt in diesen Krieg eingreifen, solange es nicht zu einem Angriff auf Nato-Territorium kommt, und die Nato-Staaten werden, mit guten Gründen, alles tun, um genau dies zu verhindern. Zu groß ist das Risiko einer nuklearen Auseinandersetzung. Trotz aller Unterstützung für die Ukraine gilt, dass die Nato-Staaten zuallererst eine Verantwortung für ihre Bevölkerungen tragen, die sie nicht suspendieren können oder sollten.

Auch für die russische Seite ist ein militärischer Sieg derzeit nicht sehr wahrscheinlich. Russland hat mit massiven Nachschubproblemen im Bereich Material, sowohl bei der Bereitstellung von Ersatz als auch von Ersatzteilen, zu kämpfen. Ebenso schwierig dürfte es hinsichtlich der Munitionslage aussehen. Daher ist auch von russischer Seite eine erfolgreiche Offensive in der nächsten Zeit eher nicht zu erwarten. Entsprechend lässt sich seit Längerem beobachten, dass Russland seine Verteidigungsstellungen ausbaut. Es stellt sich also weniger auf eine Offensive, sondern eher auf eine Langzeitverteidigung ein.

Ebenso unwahrscheinlich ist der kurzfristige Entzug der westlichen Unterstützung für die Ukraine, der ebenfalls, wie die Kriegsforschung zeigt, einen Einfluss auf eine schnelle Beendigung des Krieges haben könnte. In einem solchen Szenario, in dem der Westen Waffenlieferungen und finanzielle Unterstützung kappt, würde sich die Ukraine vermutlich nicht mehr lange behaupten können und auf eine militärische Niederlage zusteuern. Angesichts der bisherigen Kriegstaktiken der russischen Streitkräfte sowie der Äußerungen des Kremls zu den Kriegszielen ist in einem solchen Fall nicht davon auszugehen, dass die russische Seite sich mit den erreichten Gebietsge-

winnen zufriedengeben würde. Wahrscheinlicher wäre eine Einnahme Kyjiws, der Sturz der Regierung und die Einsetzung einer russlandfreundlichen beziehungsweise von Russland gelenkten Regierung, die im nächsten Schritt dann – analog zu den kürzlich widerrechtlich annektierten Regionen im Donbass – einen Antrag auf Aufnahme in die Russische Föderation stellen würde. Dieses Ergebnis ist aus Sicht westlicher Staaten, die an einer regelbasierten europäischen und internationalen Ordnung festhalten, inakzeptabel. Daher ist auch dieses Szenario eher unwahrscheinlich.

Verhandlungslösung

Aber was bleibt dann noch? Ein Reifungspunkt, der Verhandlungen hervorbringen könnte, ist im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine gegenwärtig nicht zu erkennen. Zwar erlahmt die Dynamik des Konflikts seit dem Jahreswechsel deutlich, und die Verluste an Material und Personal nehmen auf beiden Seiten enorm zu, sodass wir es durchaus in Grundzügen mit einem Abnutzungskrieg zu tun haben. Aber beide Seiten setzen (noch) darauf, im Frühjahr die Dynamik wieder zu ihren Gunsten verändern zu können: Russland, indem es immer mehr Soldaten an die Front bringt und diese rücksichtslos als Kanonenfutter verschleißt, um die ukrainischen Streitkräfte durch schiere Masse zu erschöpfen; und die Ukraine, indem sie darauf hofft, so lange gehalten zu können, bis weitere Waffenlieferungen aus dem Westen eintreffen. Darüber hinaus haben sich beide Seiten auch öffentlich so stark hinsichtlich ihrer Kriegsziele gebunden, dass sie kaum noch Zugeständnisse machen können. Das gilt für Putin, der mit der Anerkennung der vier „Volksrepubliken“ in der Ostukraine als russisches Territorium und seine fortwährende Propaganda Hardliner gezüchtet und gefördert hat, die ihm ein Zurückweichen kaum mehr gestatten würden, selbst wenn er es denn wollte. Das gilt aber ebenso für den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der per Dekret festgelegt hat, dass mit Putin nicht verhandelt werden darf. Auch hier steht zu vermuten, dass seine Regierung Zugeständnisse in dieser Frage politisch nicht überleben würde.

Ohne eine deutliche Einflussnahme von außen – die entweder aus guten Gründen nicht gewünscht ist, wenn sie mit einer Verringerung der Unterstützung der Ukraine einherginge, oder nicht absehbar ist, weil etwa der „Friedensclub“,

16 Vgl. Steve Holland, U.S. Will Not Send Ukraine Rocket Systems That Can Reach Russia, Says Biden, 30. 5. 2022, www.reuters.com/world/europe/us-will-not-send-ukraine-rocket-systems-that-can-reach-russia-says-biden-2022-05-30.

17 Vgl. Anna Myroniuk, Macron Believes Ukraine Will Receive Candidate Status Next Week, Conditions to Follow, 17. 6. 2022, <https://kyivindependent.com/national/macron-believes-ukraine-will-receive-candidate-status-next-week-conditions-to-follow>.

18 Vgl. Scholz: Bleiben bei Waffenlieferungen in Ukraine besonnen, 25. 8. 2022, www.sueddeutsche.de/politik/bundesregierung-magdeburg-scholz-bleiben-bei-waffenlieferungen-in-ukraine-besonnen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220825-99-516271.

wie er Lula da Silva vorschwebt, aufgrund des mangelnden Interesses wesentlicher Akteure wie China nicht zu erkennen ist – sind die Chancen für Verhandlungen gegenwärtig gering. Dennoch bleibt es wichtig, Gesprächskanäle mit der russischen Führung offenzuhalten, um zum einen deutlich zu machen, dass es für Russland immer noch einen gangbaren Weg aus diesem Konflikt gibt, wenn es Grundbedingungen erfüllt (den Rückzug seiner Truppen aus ukrainischem Staatsgebiet), und zum anderen Kommunikationsroutinen aufrechtzuerhalten, um zu verhindern, dass Missverständnisse über Schritte der anderen Seite in Eskalationsspiralen führen.¹⁹ Denn diese Gefahr steigt, je länger der Krieg andauert.

Kein Ende

Angesichts dieser Ausgangslage ist gegenwärtig eine Nichtbeendigung des Konfliktes, der zwischen eingefrorenen und heißen Phasen wechselt, ein wahrscheinliches Szenario. In diesem wird der derzeitige Frontverlauf – von punktuellen Durchbrüchen abgesehen – relativ stabil bleiben, und beide Seiten werden vor allem in die Verteidigung gehen. Ein formales Ende des Konfliktes würde das nicht bedeuten, sondern ein bewusstes Offenhalten, was für beide Seiten auf lange Zeit mit hohen Verlusten einhergehen wird.

Für die westlichen Verbündeten, insbesondere die EU-Mitgliedstaaten, heißt das in der Konsequenz, dass sie die Ukraine einerseits noch sehr lange mit erheblichen ökonomischen, finanziellen und militärischen Mitteln unterstützen müssen, damit sich diese gegen Russland behaupten kann und perspektivisch EU-, eventuell auch Nato-fähig wird. Andererseits wird es darum gehen, Russland weiterhin militärisch effektiv abzuschrecken, zugleich politisch zu isolieren und ökonomisch maximal zu schwächen, damit sich dessen Wirtschaft und insbesondere seine Rüstungswirtschaft nicht wieder erholen kann. Das wird den Unterstützerstaaten erhebliche Mittel abverlangen, die für andere Ziele und Herausforderungen nicht zur Verfügung stehen. Politisch wird wichtig sein, gerade auch die Länder des Globalen Südens für sich zu gewinnen. Wie sich Ende Januar bei der Reise des Bundeskanzlers nach Lateinamerika deutlich zeigte, vermeiden viele noch eine klare Parteinahme gegen Moskau. Daher gilt es, sie zumindest davon zu überzeugen,

dass eine Anlehnung an Russland nicht in ihrem Interesse sein kann, weil damit die regelbasierte internationale Ordnung selbst zur Disposition steht. Dafür braucht es aber glaubwürdige Angebote an diese Länder, die deutlich machen, dass sie Russland (und China) für ihr Wohlergehen nicht benötigen. Der Westen müsste insbesondere deutlich mehr in den (Wieder-)Aufbau und die Pflege der Beziehungen zu Ländern des Globalen Südens auf allen Kontinenten investieren und endlich auf Augenhöhe mit ihnen über vertiefte Kooperationen verhandeln.

FAZIT

Die Lage in der Ukraine ist für einen Friedensschluss gegenwärtig nicht günstig, eine Beendigung des Krieges unter akzeptablen Bedingungen für eine stabile europäische Friedensordnung eher unwahrscheinlich. Das kann sich ändern. Gewaltkonflikte stellen hochdynamische Konstellationen dar, deren Verlauf und Ergebnis sich selten genau prognostizieren lassen. Dennoch oder gerade deswegen ist es von Bedeutung, in Szenarien zu denken und die Implikationen dieser Szenarien zu durchdenken und vor auszuplanen. Derzeitig wird öffentlich kaum über die Implikationen einer Langzeitkonfrontation diskutiert, obwohl sie ein wahrscheinliches Szenario darstellt. Das ist verständlich, weil man die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Ukraine nicht gefährden will. Zugleich aber wäre die öffentliche Diskussion einer Langzeitstrategie wichtig, um für Verständnis für zukünftige Belastungen zu werben und zugleich der russischen Seite zu signalisieren, dass man auch langfristig nicht nachgeben wird.

NICOLE DEITELHOFF

ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Professorin für Internationale Beziehungen und Theorien Globaler Ordnungen an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

deitelhoff@hsfk.de

¹⁹ Vgl. Deitelhoff (Anm. 3).

FRIEDEN SCHAFFEN

Europas Verantwortung für eine gemeinsame Sicherheit

Michael Müller · Peter Brandt · Reiner Braun

In seinem Werk „Das Jahrhundert der Extreme“, einer Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, zeigte sich der britische Universalhistoriker Eric J. Hobsbawm besorgt darüber, dass die historische Erinnerung immer weniger lebendig ist. Die Auflösung der alten Sozialstrukturen gehöre zu den gravierendsten Veränderungen unserer Zeit: „Die Zerstörung der Vergangenheit oder vielmehr des sozialen Mechanismus, der die Gegenwartserfahrung mit denen früherer Generationen verknüpft, ist eines der charakteristischsten und unheimlichsten Phänomene.“ Die meisten Menschen wachsen, so Hobsbawm, „in einer Art permanenter Gegenwart auf, der jegliche Verbindung zur Vergangenheit fehlt“.⁰¹

Wesentliche Ursachen dafür liegen in der fortschreitenden Individualisierung und der einzigartigen Geschwindigkeit des technischen Fortschritts im Kommunikations- und Transportwesen. Ein neues Zeitregime ist entstanden, das alles radikal auf die Gegenwart programmiert. Diese „Diktatur der kurzen Frist“ rüttelt an den anthropologischen Konstanten unseres Lebens. Wenn aber Instabilität zur Norm wird, torpediert das die Verbindung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, die für Aufklärung und Vernunft unabdingbar ist.⁰²

Gerade am Beginn einer Zeit, die aus gewichtigen Gründen bereits nach zwei Jahren als „Jahrzehnt der Extreme“ bewertet werden kann, müssen wir begreifen, wie es zu den Gefahren und Bedrohungen kommen konnte, die auf uns einströmen. Das Jahrzehnt der Extreme begann 2020 mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie, die den Unterschied zwischen Arm und Reich massiv verschärft hat. Es setzte sich 2022 fort mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der nicht nur gewaltiges menschliches Leid verursacht, sondern erstmals seit der Kuba-Krise von 1962 auch die Gefahr eines Atomschlags eröffnet. Zudem nimmt die Konfrontation zwischen den USA und China besorgniserregend zu.

Die größte globale Gefahr jedoch, die mit großer Wucht auf uns zukommt, ist die globale Klimakrise. Spätestens 2024 wird in der Troposphäre die anthropogene Kohlendioxid-Konzentration den Wert von 420 ppm erreicht haben. In der Folge wird es zu einer globalen Erwärmung um 1,5 Grad Celsius kommen. Dann rücken die gefürchteten Kipppunkte im Erdsystem schnell näher, die den Prozess beschleunigen, Wetterextreme verstärken und menschliches Leben vernichten.⁰³

Es drohen erbitterte Verteilungskämpfe – zwischen Arm und Reich, zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Nord und Süd. Die Welt braucht Zusammenarbeit, um die Konflikte, die sich aus den globalen Herausforderungen ergeben, bewältigen zu können.

Vor dem Ende der in Ost und West geteilten Welt hatten in den 1980er Jahren drei unabhängige UN-Kommissionen wichtige Grundlagen für eine derartige „Weltinnenpolitik“ geschaffen:⁰⁴ Willy Brandt 1980 mit dem Report „Gemeinsames Überleben“ für eine faire Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden;⁰⁵ Olof Palme 1982 mit „Gemeinsame Sicherheit“ für eine friedliche Zukunft der Weltgemeinschaft;⁰⁶ und Gro Harlem Brundtland 1987 mit dem Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“, der von der Leitidee der Nachhaltigkeit ausgeht.⁰⁷ Diese Berichte stehen in einem gemeinsamen Zusammenhang, gerieten nach 1990 aber in den Hintergrund oder wurden umgedeutet, wie die Idee der Nachhaltigkeit, von der zwar viel die Rede ist, die aber zu einem beliebigen Plastikwort geworden ist. Doch die Berichte sind wichtiger denn je.

ERSTE EBENE: DER RUSSISCHE ANGRIFFSKRIEG

Die erste Ebene der Betrachtung des Krieges in der Ukraine ist vergleichsweise einfach:⁰⁸ Russland hat am 24. Februar 2022 einen Angriffskrieg auf die Ukraine gestartet, auf ein souveränes Land,

das das Recht zur Selbstverteidigung hat. Der Krieg begann mit einer gezielten Täuschung der Öffentlichkeit. Noch Tage vor dem Kriegsbeginn sprach Moskau lediglich von einer „militärischen Übung“ im Westen Russlands. Der russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, wies jede Kritik zurück. Es gehe allein um eine Übung, zu der über 100 000 Soldaten aus allen Teilen Russlands zusammengezogen worden waren.⁰⁹

Dann aber erklärte Wladimir Putin, dass Russland auf diplomatischem Wege keine Möglichkeit mehr sehe, sich Respekt für seine „roten Linien“ zu verschaffen. Damit waren vor allem die Osterweiterung der Nato und der „Bruderkrieg“ im Donbass gemeint. Die beiden „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk wurden von Russland anerkannt. Danach begann der Angriff auf die Ukraine, der mit jedem Tag mehr Leid, Elend, Zerstörung und Tod bringt. Und mit jedem Tag wächst das Risiko, dass sich der Krieg ausweitet.

Nicht nur in unserem Land ist zu beobachten, wie der Ukraine-Krieg „eine Militanz erzeugt und zu einer Polarisierung von Positionen führt, die ein gemeinsames Nachdenken durchkreuzt“, wie der Historiker Joachim Radkau jüngst feststellte.¹⁰ In der öffentlichen Debatte geht es fast ausschließlich um den Aggressor und nicht um die Entwicklungsprozesse, die zu dem bewaffneten Konflikt geführt haben. Doch auch sie müssen gesehen werden, um den Konflikt zu verstehen. Hätten nicht auch andere Präsidenten Russlands die zunehmende Ausweitung der Nato nach Osten als ein schwerwiegendes Sicherheitsrisiko für ihr Land angesehen? So sahen es jedenfalls auch Michail Gorbatschow und Boris Jelzin.

01 Eric Hobsbawm, *Das Jahrhundert der Extreme*, München 1995, S. 17.

02 Vgl. Klaus Dörre, *Das Regime der flexiblen Zeit*, in: *Widerspruch* 36/1998, S. 169–172.

03 Vgl. Jörg Sommer/Michael Müller, *Unter 2 Grad? Was der Weltklimavertrag wirklich bringt*, Stuttgart 2016.

04 Vgl. Ulrich Bartosch/Klaudius Gansczyk (Hrsg.), *Weltinnenpolitik für das 21. Jahrhundert*, Berlin 2007.

05 Vgl. Vereinte Nationen, *Nord-Süd-Bericht*, New York 1980.

06 Vgl. Dies., *Our Common Security*, New York 1982.

07 Vgl. Volker Hauff (Hrsg.), *Unsere Gemeinsame Zukunft*, Greven 1987.

08 Siehe hierzu und zum Folgenden Michael Müller/Peter Brandt/Reiner Braun, *Selbstvernichtung oder Gemeinsame Sicherheit*, Frankfurt/M. 2022.

09 Zitiert nach ZDF-Info, 10. 2. 2022.

10 Joachim Radkau, *Hin und her gerissen im Anblick des Friedens – als Historiker und Mensch*, unveröff. Manuskript, Bielefeld 2022, S. 5.

Wut über den Krieg darf nicht zu Hass werden, für seine Beendigung und die Zeit danach muss die Politik friedensfähig bleiben. Der Krieg zerreißt einen. Das Verhältnis vieler Deutscher zu Russland lässt sich vermutlich am besten mit „Hassliebe“ beschreiben, hin- und hergerissen zwischen der großen Kultur, den historischen Verbindungen und der Rolle der UdSSR bei der Befreiung vom Faschismus einerseits und dem Stalinismus und der Unterdrückung von Demokratie und Freiheit andererseits. Und nun dieser unvorstellbare Krieg zwischen den zwei ungleichen Brüdern, deren gemeinsamer Ursprung in der Region um Kiew lag.

Während die Sprache des Militärs dominiert, belegen Meinungsumfragen gleichzeitig, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Auffassung ist, dass die Diplomatie viel zu kurz kommt. Gerade in Europa heißt die historische Erfahrung doch: Krieg ist nie die Lösung. Auch der Krieg in der Ukraine wird letztlich keinen Sieger finden. Moskau glaubte an einen schnellen Sieg durch die „Enthauptung“ der Staatsspitze in Kiew, ohne die Wirkungen zu reflektieren. Aber daraus ist ein Zermrbungskrieg geworden. Das Schlachtfeld mitten in Europa hinterlässt unzhliche Tote. Am 30. Tag des Überfalls wurden von ukrainischer Seite rund 100 000 getötete russische Soldaten gezählt. Allein beim Kampf um die ostukrainische Stadt Bachmut sterben täglich bis zu 100 russische Soldaten. Auch US-Generalstabschef Mark Milley schtzt die Zahl der toten oder schwer verwundeten russischen Soldaten auf „deutlich mehr als 100 000“. Und fügt hinzu: Das Gleiche gilt für die ukrainische Seite.

Angesichts starker Befestigungsanlagen und Abwehrsysteme steht das blutige Ringen derzeit nahezu still, verläuft ohne deutliche Gewinne für Russen oder Ukrainer. Die russische Armee istverstrkt zu Drohnenangriffen auf die Infrastruktur übergegangen, um in der Ukraine die Strom-, Wärme- und Wasserversorgung zu zerstören. Von den Folgen ist in erster Linie die Zivilbevölkerung betroffen. In einigen Regionen droht eine humanitäre Katastrophe. Menschen leben in Kellern und verbrennen ihre Möbel, um sich ein wenig zu wärmen.

Ist es angesichts dessen wirklich vertretbar, wenn von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Medien, aber auch von namhaften Politikern, die Lieferung schwerer Waffen, vor allem von Kampfpanzern, unterstützt wird, während

von diplomatischen Initiativen kaum etwas zu vernehmen ist? Müsste es nicht Aufgabe der Politik sein, schnellstmöglich Frieden zu schaffen, statt den Krieg zu verlängern?

Die Konsequenz aus dem Krieg darf auch nicht eine Spirale der Erhöhung der Militärausgaben und eine milliarden schwere Aufrüstung der Bundeswehr sein. Der Ukraine-Krieg hat der Aufrüstung zweifellos einen starken Schub gegeben, doch die Folgen der Militarisation der internationalen Politik blockieren die Diplomatie, verschwenden wertvolle Finanzmittel und verhindern notwendige globale Kooperationen. Dabei entfallen nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri bereits 75 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben auf nur zehn Länder, an der Spitze stehen die USA, China und Indien.¹¹ Deutschland steht derzeit auf Platz 7 und kann mit der beschlossenen Erhöhung der Rüstungsmittel auf Platz 4 vorrücken.

Willy Brandt forderte bei der Verleihung des Friedensnobelpreises im Dezember 1971: „Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht darum, Kriege abzuschaffen, nicht nur, sie zu begrenzen.“¹² Vom Krieg kann man nur eines lernen: Frieden schaffen.

ZWEITE EBENE: DIE VORGESCHICHTE

Der osteuropäisch-slawische Bereich Europas war lange Zeit unter Russland, Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich aufgeteilt. Die Nationsbildung vollzog sich hier erheblich komplizierter als anderswo, besonders in der Ukraine. Für Russland war die Ukraine immer etwas Besonderes: Russland, Belarus und die Ukraine haben einen gemeinsamen Ursprung; die Geschichte dieser drei Brüder begann in der gemeinsamen Wiege der mittelalterlichen Kiewer Rus. Von dort breitete sich das ostslawische orthodoxe Christentum und die damit verbundene Kultur aus.

Der größte Teil der Ukraine war jahrhundertlang ein Teil Russlands. Einen selbstständigen Staat gab es vor 1991 zweimal für eine kurze Zeit: 1648 mit dem Hetmanat von Chmelnyzkyi und 1917 nach der Februarrevolution. Im Jahr 1920 setzten sich die Bolschewiki durch, und die Ukraine wurde Teil der UdSSR. Auch die West-

ukraine, die zum österreichischen Teil der Donaumonarchie gehörte, fiel nach dem russisch-polnischen Krieg 1920 an Polen und kam 1939 zur Sowjetunion, als Hitler und Stalin die Grenzen neu zogen.

Dieser kursorische Rückblick zeigt, dass die Ukraine bis 1991 keine einheitliche Identität hatte, aber eng mit der Geschichte Russlands verbunden war. Die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine vom 28. August 1991 war die Folge des Zerfalls der Sowjetunion. Der Prozess der Identitätsbildung verlief schleppend, die Macht der Oligarchen wurde etabliert und konsolidierte sich. Korruption und Vetternwirtschaft waren weit verbreitet und sind es noch immer. Im „Korruptionswahrnehmungsindex“ von Transparency International lag die Ukraine im Jahr 2021 zusammen mit dem südafrikanischen Königreich Eswatini auf Platz 122.¹³

Auch nach 1991 blieb das Land politisch und kulturell gespalten. Bei der Stichwahl zur Präsidentschaft im November 2004 erreichte der „pro-westliche“ Kandidat Wiktor Juschtschenko im Westen und Zentrum des Landes bis zu 91 Prozent der Stimmen, der „prorussische“ Wiktor Janukowytsch kam im Osten und Süden auf bis zu 96 Prozent. Vor diesem Hintergrund musste ein geplanter wirtschaftlicher Zusammenschluss mit Russland ebenso zurückgezogen werden wie eine Assoziierung mit der EU. Die Spaltung deckte sich weitgehend mit der konfessionellen Trennungslinie im Land.

Für die Konfrontation mit Russland sind vor allem sechs Ereignisse zu nennen:

- Der *Nato-Gipfel 2008* in Bukarest setzte auf Druck des US-Präsidenten George W. Bush gegen die Warnung Russlands und trotz der Bedenken Frankreichs und Deutschlands den Beschluss durch, der Ukraine, Moldau und Georgien eine Beitrittsperspektive zu eröffnen. Heraus kam ein explosiver Kompromiss. Die Nato war 1949 in der Absicht gegründet worden, die Elbe zur westlichen Grenze des sowjetischen Machtbereichs zu machen, heute steht sie auf der Türschwelle Russlands.
- Die *Maidan-Bewegung* begann mit dem 21. November 2013. Vor allem Studenten und

¹¹ Siehe die Daten unter www.sipri.org/databases.

¹² Willy Brandt, *Friedenspolitik in unserer Zeit*, Oslo 1971, S. 1.

¹³ Der Index wird seit 1995 jährlich von Transparency International erstellt.

Studentinnen demonstrierten, weil Präsident Janukowytch unter russischem Druck seine Unterschrift unter das EU-Assoziierungsabkommen verweigert hatte. Im Januar 2014 flammten die Proteste auf dem Platz der Unabhängigkeit erneut auf und schlugen in Gewalt um, als Spezialeinheiten der Polizei und bewaffnete Rechtsradikale auf Demonstranten schossen. Rund 100 Ukrainer wurden getötet, nahezu 1000 verletzt. Bis heute überwiegt die Einschätzung, dass der Euro-Maidan von weiten Teilen der Bevölkerung nicht getragen wurde, Ablehnung und Kritik kamen vor allem aus dem Osten und Süden des Landes.

- Russland reagierte auf die Konflikte mit der *Annexion der Krim*. Am 27. April 2014 umstellten bewaffnete Männer das Regionalparlament, eine international nicht anerkannte „Volksabstimmung“ fiel zugunsten Russlands aus.
- Bereits am 12. April 2014 begann der *Krieg an der Ostgrenze* der Ukraine. Russland stationierte rund 40000 Soldaten vor dem Donbass, dem „Ruhrgebiet der Ukraine“, zu dem die beiden überwiegend russisch ausgerichteten Regionen Donezk und Luhansk gehören. Die Konflikte eskalierten, nach kurzer Zeit waren 1000 Ukrainer getötet und fast eine Million vertrieben worden.
- Nach einem Waffenstillstand und Gefangenenaustausch nahmen 2021 die *Spannungen* wieder zu. Dazu trugen neben gewaltsamen Auseinandersetzungen auch die Ausgabe von russischen Pässen in der Ostukraine einerseits und das Verbot von prorussischen Sendern andererseits bei.
- Auf der Basis von Verhandlungen zwischen Putin, dem damaligen Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, und der OSZE wurde am 5. September 2014 das *Minsker Abkommen* unterzeichnet, das am 17. Februar 2015 vom UN-Sicherheitsrat als völkerrechtlich verbindlicher Vertrag anerkannt wurde. Dennoch flammten am 28. September 2015 die Kämpfe wieder auf. Unter der Moderation von Angela Merkel und François Hollande kam es zu „Minsk II“, um die Konflikte zu deeskalieren. In großen Teilen der Ukraine

wurden die Minsker Abkommen abgelehnt, weil sie vermeintlich zulasten der Ukraine gingen. National und international wurde wenig getan, um die Abkommen umzusetzen.

US-Präsident Barack Obama begann 2014 mit Waffenlieferungen an die Ukraine, anfangs handelte es sich vor allem um Panzerabwehrraketen und Drohnen. Die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Washington und Kiew sind nicht nur direkte Hilfen, sondern auch der „Lend and Lease Act 2022“. Demnach werden Kriegsgerät und Ausrüstung verliehen oder verpachtet und müssen nach dem Krieg zurückgeführt werden. Ähnliche Vereinbarungen gab es schon früher. Die USA haben ein Interesse daran, dass diese Leasing-Verträge pünktlich erfüllt werden – weshalb US-Regierungsvertreter ihren Unmut über schleppende EU-Zahlungen an Kiew geäußert haben.¹⁴

Schon seit 2008 wurden in der Ukraine Nato-Übungen abgehalten. Der Graben zu den nach Russland orientierten Teilen der Ukraine wurde tiefer, die Fronten verhärteten sich. In osteuropäische Nato-Staaten wurden Einsatztruppen verlegt. Vor allem die USA, aber auch andere westliche Länder sehen offenkundig in der Ukraine einen militärischen und politischen „Puffer“ gegen Russland. Ideen wie die des ehemaligen EU-Erweiterungskommissars Günter Verheugen, die Ukraine als Bindeglied zwischen Ost und West zu betrachten, fanden keine Unterstützung.

Nach der Wahl Wolodymyr Selenskyjs zum Präsidenten der Ukraine 2019 kam es zu neuen Verhandlungen mit Russland, um den Krieg in der Ostukraine beizulegen. Im Herbst 2020 stockte dieser Prozess, 2021 verschärften sich die Spannungen. Kiew sah die anvisierten Abkommen als zu einseitig zugunsten Russlands an, auch Selenskyjs Amtsführung wurde zunehmend kritisch bewertet.¹⁵ Sein Versprechen, eine Befriedung des Landes mit Russland aktiv zu betreiben, konnte er nicht erfüllen.

In Russland und in Teilen Europas wiederum waren die Hoffnungen mit dem Amtsantritt Putins im Jahr 2000 groß gewesen. So hielt der neu

¹⁴ Vgl. Michael Maier, USA fordern EU auf, der Ukraine endlich Geld zu überweisen, 28. 9. 2022, www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/ukraine-braucht-dringend-geld-li.271538.

¹⁵ Vgl. z. B. Florian Hassel, Korrupt wie eh und je, 25. 2. 2021, www.sueddeutsche.de/1.5217924.

gewählte Präsident der Russischen Föderation am 25. September 2001 eine Rede vor dem Deutschen Bundestag,¹⁶ auf die die Abgeordneten aller Fraktionen mit Standing Ovations reagierten. „Ohne eine moderne, dauerhafte und standfeste internationale Sicherheitsarchitektur schaffen wir auf diesem Kontinent nie ein Vertrauensklima, und ohne dieses Vertrauensklima ist kein einheitliches Gesamteuropa möglich“, so Putin damals. Doch die Chancen und Angebote für eine neue gesamteuropäische Ordnung wurden nicht genutzt, vor allem von den USA vielleicht auch nie gewollt.

Im zurückliegenden Jahrzehnt sind dann die Hoffnungen auf eine gesamteuropäische Friedensordnung verfliegen. In Russland kam es zu einem gravierenden Autokratisierungsschub; von Glasnost und Perestroika war nichts mehr zu sehen, Oppositionelle wurden zunehmend unterdrückt, Reformen abgelehnt. Putin wandelte sich zu einem Autokraten. Zugleich gewann ein Konglomerat aus antiwestlichen, nationalistischen und militaristischen Ideologien großen Einfluss, auch auf die russische Führung. Seine Grundlage ist die Sehnsucht nach früherer Größe und Bedeutung des Großrussischen Reiches, was so auch in Artikel 67 der russischen Verfassung verankert wurde. Die heutige Ukraine wird dagegen als eine Art „Anti-Russland“ angesehen.

DRITTE EBENE: INTERNATIONALE EINORDNUNG

Nach den großen Hoffnungen auf ein friedliches Europa ist es in den vergangenen drei Jahrzehnten versäumt worden, auf eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur hinzuarbeiten. Im „Zwei-plus-vier-Vertrag“ vom 12. September 1990, der von den beiden damaligen deutschen Staaten sowie Frankreich, dem Vereinigten Königreich, der Sowjetunion und den USA unterzeichnet wurde, verständigten sich die beteiligten Staaten darauf, die „Sicherheit zu stärken, insbesondere durch Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung, und sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten“.¹⁷ Als Reaktion auf Michail Gorbatschows

„Politik der ausgestreckten Hand“ versprachen Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und US-Außenminister James Baker, dass es keine Osterweiterung der Nato gegen den Willen Moskaus geben würde. Einen Vertrag gab es dafür freilich nicht.

Der Geist der Zusammenarbeit wurde auch zur Grundlage der „Charta von Paris für ein neues Europa“, die 1990 von 34 Regierungschefs auf einer Sonderkonferenz der OSZE in Paris unterzeichnet wurde.¹⁸ Allerdings war es die große Sorge der USA, dass es durch eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung zu einer Schwächung der Nato kommen könnte. Washington sah die Nato nicht nur als Gegenmacht zum „Ostblock“, sondern auch als Instrument amerikanischer Hegemonie. Die Charta hingegen zielte auf eine Stärkung Europas. Zu einem echten Dialog und einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland kam es jedoch nicht. Gorbatschow war bis zuletzt verbittert darüber, wie hochmütig der Westen mit Russland umging.¹⁹

Gorbatschow wurde 1991 gestürzt, Boris Jelzin der neue starke Mann im Kreml. Am 26. Dezember 1991 endete die Existenz der UdSSR. Der Westen nutzte in der Folgezeit die Schwäche Russlands, um seinen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einfluss nach Osten zu erweitern. Russland und die Ukraine, beide damals in guter Beziehung zueinander, schlossen am 7. März 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU ab. Wladimir Putin justierte nach seinem Amtsantritt 2000 die russische Außen- und Sicherheitspolitik neu und suchte anfangs enge Beziehungen zur EU und den USA. In Moskau gab es sogar Überlegungen, Mitglied der EU zu werden. Putins Ziel war es, mit pragmatischer Politik wieder zu einem vollwertigen Mitspieler in der Weltpolitik zu werden. Besonders deutlich wurde dies 2001 in seiner Rede vor dem Bundestag: „Europa [wird] seinen Ruf als mächtiger und selbständiger Mittelpunkt der Weltpolitik nur festigen (...), wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidi-

¹⁶ Vgl. Wortprotokoll der Rede Wladimir Putins im Deutschen Bundestag am 25.9.2001, www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966.

¹⁷ Vgl. Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, unterzeichnet am 12. September 1990 in Moskau.

¹⁸ Vgl. OSZE, Charta von Paris für ein neues Europa, Paris, 21. 11. 1990.

¹⁹ Vgl. Peter Brandt, Die Ukraine-Krise – Innere und äußere Ursachen, 28. 2. 2022, www.globkult.de/politik/europa/2172.

gungspotenzialen Russlands vereinigen wird.“²⁰ Der russische Präsident setzte seine Hoffnung damals auf ein „gesamteuropäisches Haus“ und besonders auf ein Deutschland, das in der EU eine Führungsrolle einnimmt. Die „Europäisierung“ der Politik widersprach vor allem den Interessen der USA, aber auch die deutsche Politik war kein Motor für die Weiterentwicklung der europäischen Friedens- und Entspannungspolitik. Im Gegenteil: Aus „Wandel durch Annäherung“ wurde „Wandel durch Handel“, was eine grobe und falsche Vereinfachung ist.

Mit dem Krieg in der Ukraine hat sich in den westlichen Ländern ein Bellizismus ausgebreitet, vor dem nicht nur die „New York Times“ nachdrücklich warnt.²¹ Russland wird mit harten Sanktionen belegt, Waffenlieferungen in die Ukraine werden massiv ausgeweitet. Die Forderung nach einer Friedens- und Entspannungspolitik und nach einer kooperativen Weltinnenpolitik klingt seitdem wie die Melodie aus einer anderen Welt. Dieser Kurs der Nato-Staaten wird vor allem in den bevölkerungsreichen Schwellenländern – insbesondere in den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), in denen deutlich mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung leben, aber auch in der Shanghai-Gruppe (China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan) – überaus kritisch gesehen. Sanktionen gegen Russland lehnen diese Länder ab. Aus dem Krieg in Europa droht ein Weltordnungskrieg zu werden.

Damit stellt sich die grundsätzliche Frage, wie in einer Welt, die wegen der globalen Herausforderungen auf Zusammenarbeit angewiesen ist, eine „Weltinnenpolitik“ möglich werden kann. Denn auch die Klimakrise kann nur durch internationale Zusammenarbeit abgewendet werden.²² Die absehbaren Verteilungskämpfe um Rohstoffe brauchen eine weltweit solidarische Verteilung ihrer begrenzten Vorräte, zumal die Welt zeitlich, regional und sozial höchst unterschiedlich von den Folgen der Klimakrise und der Rohstoffverknappung betroffen sein wird. Es wächst die Ge-

fahr, dass sich grüne Oasen des Wohlstands von einer zunehmend unwirtschaftlichen Welt abzuschottern versuchen.²³

Die doppelte Gefahr eines Selbstmordes der Menschheit ist durchaus real: einerseits durch die atomare Rüstung, andererseits durch die globale Erderwärmung. Die Zeit, Katastrophen zu verhindern, wird knapp – und sie wird nicht gegen Russland, dem größten und ressourcenreichsten Land der Erde, zu verhindern sein, sondern nur mit ihm. Das Schlüsselwort unserer Zeit heißt „Zusammenarbeit“.

PLAN FÜR DEN FRIEDEN

Überlegungen für eine gemeinsame Sicherheit sind unverändert aktuell. Ihre Grundlagen und Strukturmerkmale haben Egon Bahr und Dieter S. Lutz ausführlich beschrieben.²⁴ Eine Weiterentwicklung dieser Leitidee hat es zuletzt mit dem Konzept „Gemeinsame Sicherheit 2022“ gegeben.²⁵ Doch der aktuelle Krieg beschleunigt die Aufrüstung. Nicht zuletzt die Nato treibt sie mit der Vorgabe voran, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär bereitzustellen. Mit dem Konzept „Nato 2030“, das im Juli 2022 in Madrid beschlossen wurde,²⁶ sind die Weichen für eine globale Nato gestellt.²⁷

Nach der kurzen Phase der Entspannung ist es mit dem Ukraine-Krieg zu einer neuen Phase der Konfrontation gekommen. Die Welt steht am „Rande des Friedens“, wie Siegfried Lenz bereits 1988 feststellte. Daran ändert auch das unbedarfte Argument nichts, wir lebten in einer neuen Zeit, die neue Antworten erfordere. Diese neuen Antworten dürfen nicht der Rückfall in das alte Freund-Feind-Denken sein, sondern sie erfordern eine Weiterentwicklung der UN-Konzept-

²⁰ Vgl. Wortprotokoll Putin (Anm. 16).

²¹ Vgl. The War in Ukraine Is Getting Complicated, and America Isn't Ready, 19.5.2022, www.nytimes.com/2022/05/19/opinion/america-ukraine-war-support.html.

²² Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin 2007.

²³ Vgl. Mike Davies, Wer baut die Arche?, in: Paul J. Crutzen et al. (Hrsg.), Das Raumschiff Erde hat keinen Notausgang, Berlin 2011, S. 60–92.

²⁴ Vgl. Egon Bahr/Dieter S. Lutz, Gemeinsame Sicherheit. Idee und Konzept. 3 Bd., Hamburg 1986.

²⁵ Vgl. Internationaler Gewerkschaftsbund/Olof Palme Institut/Internationales Friedensbüro, Gemeinsame Sicherheit 2022, Stockholm 2022.

²⁶ Vgl. Bundesministerium für Verteidigung, Neues strategisches Konzept der Nato: Die Allianz in 2030, www.bmvg.de/de/aktuelles/neues-strategisches-konzept-der-nato-5265958.

²⁷ Vgl. C. J. Polychroniou, Noam Chomsky: The „Historic“ NATO Summit in Madrid Shored Up US Militarism, 6.7.2022, <https://truthout.org/articles/noam-chomsky-the-historic-nato-summit-in-madrid-shored-up-us-militarism>.

te der 1980er Jahre, vor allem der Ideen der gemeinsamen Sicherheit, der Verständigung und der Nachhaltigkeit. Die damaligen Ideen waren nicht rückblickend gemeint, sondern auf die Herausforderungen einer globalen Welt ausgerichtet, ihrer Zeit also voraus.

Die Frage ist, wer heute diese neuen Brücken bauen soll, solange die Kriegsparteien dazu nicht fähig erscheinen. Aus den ersten Versuchen, zu einem Frieden zu kommen, wurde bekanntlich nichts. Der mit den Minsker Abkommen angestoßene Prozess scheiterte, war aber auch unzureichend. Gleichwohl mangelt es nicht an Vorschlägen: Bei Verhandlungen in Istanbul zum Beispiel legte die ukrainische Delegation am 29. März 2022 einen 10-Punkte-Plan für neue Sicherheitsgarantien vor, der eine Einigung mit Russland möglich zu machen schien. Doch die Verhandlungen wurden abgebrochen, begründet durch den unsicheren Kriegsverlauf, verstärkte westliche Waffenlieferungen und laut ukrainischen Medienberichten auch durch Interventionen verschiedener Regierungschefs. Im Mai 2022 legte UN-Generalsekretär António Guterres einen Friedensplan vor, der in enger Abstimmung mit EU und OSZE ein vierstufiges Konzept für die Verhandlungen mit Russland und der Ukraine vorsah: Waffenstillstand, kein Nato-Beitritt der Ukraine, Selbstbestimmung in territorialen Fragen und eine internationale Sicherheitsgarantie unter der Aufsicht der OSZE. Im Kern ging es darum, die Ukraine zu einem Brückenstaat zwischen West- und Osteuropa zu machen statt zu einem Prellbock gegen Russland. Und auf Initiative des Vatikans erarbeitete im Juni 2022 eine internationale Expertengruppe unter der Leitung des US-amerikanischen Ökonomen Jeffrey Sachs einen Acht-Punkte-Vorschlag für einen dauerhaften und gerechten Frieden in der Ukraine. Dazu gehörten neben einer militärischen Neutralität der Ukraine und internationalen Sicherheitsgarantien ein schrittweises Ende der Sanktionen, ein multilateraler Wiederaufbaufonds und ein internationaler Überwachungsmodus unter dem Dach der Vereinten Nationen. Zuletzt hat Brasiliens Präsident Lula da Silva angeboten, zusammen mit den G-20-Staaten China, Indien und Indonesien eine Vermittlerrolle zu übernehmen.

Es ist kein Merkmal einer liberalen Demokratie, dass diejenigen, die eine solche Friedenslogik fordern, heftiger öffentlicher Kritik ausgesetzt

sind. Die Lage ist zu ernst, um sie den Bellizisten zu überlassen. Die Frage ist: Wie kann mithilfe der Vermittler aus den G-20-Staaten ein Waffenstillstand möglich werden – und welchen Friedensplan haben die Regierungen „Kerneuropas“, der eine nachhaltige Sicherheitsarchitektur Europas aufzeigt?

Im Ukraine-Krieg geht es nicht zuletzt um die Selbstbehauptung Europas. Wenn die EU nicht dazu in der Lage ist, müssen europäische Regierungen zeigen, dass sie eine gewichtige friedenspolitische Rolle einnehmen wollen. Die EU-Mitglieder bekennen sich in der Präambel des EU-Vertrags ausdrücklich dazu, den „Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas (...) weiterzuführen“. Diese Idee der gemeinsamen Sicherheit ist eine europäische Idee, die sich neu bewähren muss. Deutschland kann hier – wie bei der Friedens- und Entspannungspolitik der 1970er Jahre – eine Schlüsselrolle einnehmen. Das verlangt ein historisches Bewusstsein für eine historische Verantwortung.

MICHAEL MÜLLER

ist Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands. Er war von 1983 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium.
mueller@naturfreunde.de

PETER BRANDT

ist Publizist, Historiker und Professor im Ruhestand für Neuere und Neueste Geschichte an der Fernuniversität Hagen. Er gehört der Initiative „Entspannungspolitik jetzt!“ an und ist Mitautor von „Gemeinsame Sicherheit 2022“.
peter.brandt@fernuni-hagen.de

REINER BRAUN

war Geschäftsführer verschiedener nationaler und internationaler Friedensorganisationen. Zuletzt war er Executive Director des Internationalen Friedensbüros (IPB), stellvertretender Vorsitzender der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative sowie Mitglied der „Kooperation für den Frieden“.
hr.braun@gmx.net

Der APuZ-Podcast

1 Thema, 30 Minuten, jeden 1. Mittwoch im Monat



Im Podcast »Aus Politik und Zeitgeschichte« suchen wir Antworten aus unterschiedlichen Perspektiven – von Historikerinnen, Politikwissenschaftlern und Soziologen, Wirtschaftsexpertinnen und Juristen, aber auch Weltraumforschern, Stadtplanerinnen und Literaten.

In jeder Folge geht es 30 Minuten lang um ein komplexes Thema – mit Hintergründen und Einblicken, wissenschaftlich fundiert, kontrovers und überraschend. Moderiert von Holger Klein.

bpb.de/apuz-podcast
und überall, wo Sie Podcasts hören.

ENDE DER OSTPOLITIK?

Zur historischen Dimension der „Zeitenwende“

Franziska Davies

Am 27. Februar 2022 hielt der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz seine vielbeachtete Rede im Deutschen Bundestag, in der er eine nun schon fast sprichwörtlich gewordene „Zeitenwende“ für Deutschland und Europa verkündete. „Der 24. Februar 2022“, so Scholz damals, „markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin kaltblütig einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen – aus einem einzigen Grund: Die Freiheit der Ukrainerinnen und Ukrainer stellt sein eigenes Unterdrückungsregime infrage. Das ist menschenverachtend. Das ist völkerrechtswidrig. Das ist durch nichts und niemanden zu rechtfertigen.“⁰¹

Die Totalinvasion der Ukraine durch Truppen der Russländischen Föderation kann in der Tat als „Zeitenwende“ verstanden werden, stellt sie doch den Versuch dar, einen souveränen europäischen Staat im 21. Jahrhundert von der Landkarte zu tilgen. Zugleich zeigt die Rede von Scholz aber auch, dass die Zeithorizonte in Deutschland und in der Ukraine unterschiedliche sind. Zweifelsohne hat dieser Krieg das Leben von Millionen Menschen in der Ukraine auf grausame Art und Weise verwüstet. Millionen sind auf der Flucht, Abertausende sind ermordet worden. Städte wie die Industriemetropole Mariupol am Schwarzen Meer sind von den russischen Truppen zu Geisterstädten gemacht worden. Zugleich aber war dies die Eskalation eines Krieges, der nicht erst 2022, sondern schon 2014 begann. In der deutschen Öffentlichkeit war die russische Besetzung von Teilen des ukrainischen Donbas und der Krim aber in den Hintergrund geraten. Die Totalinvasion hat den Krieg ins Bewusstsein zurückgeholt.

Es ist bemerkenswert, dass Scholz in seiner Rede nicht davon sprach, dass Russland die Ukraine faktisch bereits im Februar 2014 angegriffen hat. Auch dieser Angriff war eindeutig völkerrechtswidrig und menschenverachtend. Auf der Halbinsel Krim waren es besonders die Krimtatar:innen, die unter der russischen Besatzung litten, insgesamt aber wa-

ren all diejenigen, die die gewaltsame Einverleibung ihrer Heimat durch Russland abgelehnt hatten, der gezielten Verfolgung ausgesetzt, oder sie entschlossen sich in Anbetracht dessen zur Flucht.⁰² Der Regisseur Oleg Senzow, der von Russland verschleppt und zu mehreren Jahren Lagerhaft verurteilt wurde, ist dafür lediglich das bekannteste Beispiel.⁰³

DIE MYSTIFIZIERUNG DER OSTPOLITIK UND DIE RADIKALISIERUNG DES PUTIN-REGIMES

Etwa sechs Jahre nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine und zwei Jahre vor der Totalinvasion im Februar 2022 veröffentlichte Matthias Platzeck, ehemaliger DDR-Bürgerrechtler und zwischen 2002 und 2013 Ministerpräsident Brandenburgs, ein Buch mit dem Titel „Wir brauchen eine neue Ostpolitik. Russland als Partner“. Ausführlich legte Platzeck dar, warum aus seiner Sicht die Notwendigkeit bestehe, an einer deutsch-russischen Partnerschaft festzuhalten.⁰⁴ Bemerkenswert an diesem Buch war, dass Platzeck die zahlreichen innen- und außenpolitischen Aggressionen Russlands seit dem Machtrtritt Wladimir Putins 1999/2000 praktisch ausspart: die Kriegsverbrechen in Tschetschenien, den Einmarsch in Georgien 2008, die Zerschlagung der russischen Opposition, die systematischen Bombardierungen der syrischen Zivilbevölkerung, um das menschenverachtende Regime Baschar al-Assads zu retten – all das kam in Platzecks Buch kaum vor.

Das Festhalten am „Dialog“ und der Glaube, dass enge wirtschaftliche Beziehungen – etwa durch die Lieferung fossiler Energie von Russland nach Deutschland durch die Nord-Stream-Pipelines – wichtig und im deutschen Interesse seien, waren dabei keine eigentümliche Phantasie eines Ex-Politikers, sondern wurden von weiten Teilen der politischen Eliten in den demokratischen Parteien mitgetragen. Unter solchen Vorzeichen

stand schon die Russlandpolitik der Bundesregierung unter Gerhard Schröder, der nur wenige Monate vor Putins Ernennung zum russischen Ministerpräsidenten deutscher Bundeskanzler geworden war. Zwar begannen die Planungen für Nord Stream 1 und Nord Stream 2 schon vor dem Regierungsantritt der rot-grünen Regierung, sie wurden unter Schröder und Putin aber formalisiert. Mit der Schaffung des „Petersburger Dialogs“ 2001, einem Forum, das die zivilgesellschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Russland fördern sollte, suchte Schröder ebenfalls die Kontinuität mit der Ostpolitik der SPD während der Zeit des Kalten Krieges.⁰⁵

Die Regierungszeit von Angela Merkel setzte kaum neue Akzente in der deutschen Russlandpolitik, und sie bedeutete sicher keinen grundsätzlichen Bruch mit der Linie ihrer Vorgänger. Zwar offenbarte sich bei Merkel ein deutlich kritischerer Blick auf Putins Russland als bei Schröder, aber zu einer grundsätzlichen Kursänderung führte das nicht. In ihrer Regierungserklärung am 26. März 2009 im Deutschen Bundestag anlässlich des Nato-Gipfels in Kehl und Straßburg erklärte die Bundeskanzlerin, die Zusammenarbeit mit Russland im wenige Monate zuvor ausgesetzten Nato-Russland-Rat wieder aufnehmen zu wollen, und fügte hinzu: „Wir setzen als atlantische Partner darauf, dass sich Russland kooperativ verhält. Die Nato-Partner und Russland stehen zum großen Teil vor den gleichen sicherheitspolitischen Bedrohungen.“⁰⁶

Noch expliziter stellte sich Frank-Walter Steinmeier, Bundesaußenminister im ersten und dritten Kabinett Merkel, in die Tradition der sozialdemokratischen Ostpolitik. So initiierte er 2008 die „Modernisierungspartnerschaft“ mit Russland und hielt selbst nach dem Angriff Russlands auf die

Ukraine 2014 an den Ideen der 1970er und 1980er Jahre fest. In einem Interview mit dem „Spiegel“ im Dezember 2014 machte er deutlich, dass er sich auch persönlich der Ostpolitik in „höchstem Maße verbunden“ fühle und weiterhin auf „Dialog“ setze. Schlüsselbegriff für die Beschreibung der Krise deutsch-russischer Beziehungen war für Steinmeier jener der „Sicherheit“: Diese sei „in Europa (...) ohne Russland nicht möglich, Sicherheit für Russland nicht ohne Europa. Deshalb müssen wir die beschädigte europäische Sicherheitsarchitektur wieder in Ordnung bringen.“⁰⁷

Der Begriff der „Sicherheitsarchitektur“ tauchte Anfang April 2022 wieder auf, als er seine eigene außenpolitische Bilanz angesichts der russischen Totalinvasion der Ukraine nochmals reflektierte: „Wir sind gescheitert mit dem Ansatz, Russland in eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur einzubinden.“⁰⁸ Dieser Satz, der zeigt, dass Steinmeier seine Zeit als Außenpolitiker durchaus selbstkritisch in den Blick nimmt, offenbart zugleich, dass der ehemalige Außenminister und derzeitige Bundespräsident den Abschied von den Deutungsmustern der Ostpolitik auch nach dem 24. Februar 2022 nicht vollständig vollzogen hat. Immer noch macht er implizit den kollektiven Westen beziehungsweise Deutschland und Europa („wir“) für die Eskalation der russischen Gewalt in der Ukraine mindestens mitverantwortlich, immer noch denkt er in den Kategorien einer „Sicherheitsarchitektur“, in die Putins Russland möglicherweise doch hätte eingebunden werden können. Dabei hätte spätestens seit dem Angriff auf die Ukraine 2014 klar sein müssen, dass es dem Putin-Regime gerade um die gezielte Zerstörung jener Sicherheitsarchitektur ging – und um neoimperiale Ambitionen. Steinmeiers politischer Umgang mit Russland und seine Analysen des deutsch-russischen Verhältnisses zeigen eindrücklich, dass das Festhalten an Deutungsmustern und politischen Ansätzen der deutschen Ostpolitik der 1970er und 1980er Jahre mitursächlich für das Festhalten Deutschlands an einer politischen Strategie gegenüber Russland war, die zunehmend von der Realität überholt worden war.

01 Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Reden zur Zeitenwende, Berlin 2022, S. 7.

02 Vgl. Uwe Hallbach, Repression nach der Annexion. Russlands Umgang mit den Krimtataren, in: Osteuropa 9–10/2014, S. 179–190.

03 Vgl. Oleg Senzow, Haft. Notizen und Geschichte, Leipzig 2021. Senzow kam im September 2019 im Rahmen eines Gefangenenaustauschs frei.

04 Vgl. Matthias Platzeck, Wir brauchen eine neue Ostpolitik. Russland als Partner, Berlin 2020.

05 Nach der russischen Totalinvasion wurde der Petersburger Dialog ausgesetzt.

06 Bulletin der Bundesregierung, Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Nato-Gipfel vor dem Deutschen Bundestag am 26. März 2009, S. 10.

07 „Entspannung kommt nicht von selbst“, Interview mit Frank-Walter Steinmeier, 22. 12. 2014, www.bundesregierung.de/bregde/service/archiv/-entspannung-kommt-nicht-von-selbst-437524.

08 Zit. nach Georg Ismar, Steinmeiers Fehleranalyse in Bellevue, 5. 4. 2022, www.tagesspiegel.de/politik/-4320661.html.

BLINDE FLECKEN: DIE GRENZEN DER OSTPOLITIK IM KALTEN KRIEG

Die eindeutig positive Konnotation sozialdemokratischer Ostpolitik ist für die SPD eng verbunden mit der Person Willy Brandt. Der erste sozialdemokratische Bundeskanzler ist bis heute eine Konsens- und Integrationsfigur für die Partei, und bekanntermaßen war er es, der schon früh für eine Neugestaltung der Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks eintrat. Die zweite Person, mit der in öffentlichen Debatten bis heute die Schlagworte „Wandel durch Annäherung“ und „Entspannungspolitik“ verbunden sind, ist Egon Bahr, der unter anderem außenpolitischer Berater Brandts war und der die Formel erstmals 1963 in einer Rede vor der Akademie in Tutzing formulierte.⁰⁹

Konkret schlugen sich die Ideen Brandts und Bahrs 1972 zunächst in den sogenannten Ostverträgen mit der Sowjetunion und Polen nieder, die vor allem darauf abzielten, den Status quo erst einmal anzuerkennen. Nur so bestehe die Chance, ihn langfristig zu überwinden, und nur durch eine Entspannung zwischen den Blöcken, einem Ende der direkten Systemkonfrontation, könne die Spaltung des Kontinents überwunden werden. Tatsächlich setzte damit ein allmählicher Wandel ein, nicht nur in den deutsch-sowjetischen und deutsch-polnischen Beziehungen, sondern auch zwischen den beiden deutschen Staaten.¹⁰ Verbunden ist die Ostpolitik bis heute mit einer berühmten Geste Brandts, als er bei seinem Besuch in Warszawa 1971 vor dem Denkmal der Kämpfer des jüdischen Ghettos auf die Knie sank. Inzwischen ist diese Geste – auch wenn Brandt vor den Opfern des Holocausts kniete – zu einem Symbol der deutsch-polnischen Versöhnung geworden. Auch auf dieser symbolischen Ebene ist die Ostpolitik mithin mit Werten verbunden, die bis heute als Teil des sozialdemokratischen Selbstverständnisses gelten: die Überwindung der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands und der Erhalt des europäischen Friedens.

Zugleich beansprucht die SPD bis heute für sich, mit der Ostpolitik wesentlich zur Überwindung der Spaltung der Welt in „Ost“ und „West“

beigetragen zu haben – eine Überzeugung, die auch Steinmeier im Dezember 2014 äußerte: „Ohne [die Ostpolitik] hätte die Mauer keine Risse bekommen.“¹¹ Freilich ist der Einfluss der sozialdemokratischen Ostpolitik auf den Fall der Mauer schwer zu bemessen. Wesentlich war sie wohl nicht, denn die Sowjetunion brach vor allem an ihren inneren Widersprüchen zusammen.¹² In einem Essay über das Jahr 1989 verwies der polnische Intellektuelle Adam Michnik darauf, dass man im heutigen Europa ganz unterschiedliche Antworten auf die Frage hören könne, durch wen der Kommunismus zu Fall gebracht wurde: Die Deutschen würden auf ihre „vernünftige ‚Ostpolitik‘“ verweisen, die Polen auf die *Solidarność*, der Vatikan auf die katholische Kirche.¹³ Bei der bis heute überwiegend in Deutschland und insbesondere in der Nachkriegsgeneration positiv erinnerten Ostpolitik gerät allzu schnell in den Hintergrund, dass diese bereits in den 1980er Jahren in Selbstwidersprüche geriet, als 1980 in Gdańsk mit der *Solidarność* die erste freie Gewerkschaft in einem staatssozialistischen Land entstand. Hatte Bahr in seiner Rede in Tutzing noch den Gedanken formuliert, dass gerade die Akzeptanz des Status quo langfristig zu dessen Überwindung führen könne, tat er sich 1981 schwer mit der *Solidarność*. Kurz nach der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 nahm Bahr General Wojciech Jaruzelski mit den Worten in Schutz, dass es sich keineswegs um den „Putsch“ einer „Junta“ handle, sondern die Verhängung des Kriegsrechts „das äußerste Mittel im Rahmen seiner Allianz-Souveränität“ sei.¹⁴ Auf einer rhetorischen Ebene solidarisierte sich Bahr zwar mit der polnischen Freiheitsbewegung und sprach davon, dass „unsere Wünsche bei den Arbeitern“ seien. Diese hätten sich einen „historischen Platz in der Geschichte der Arbeiterbewegung“ erkämpft. Seine politische Präferenz aber war eindeutig: Die „Erhaltung des Weltfriedens durch Beherrschung der interkontinentalen Raketen“ sei „noch wichtiger als Polen“, und Politik müsse „mit und nicht gegen die Führungsmächte“ gemacht werden.¹⁵

¹¹ Interview Steinmeier (Anm. 7).

¹² Vgl. Ronald Suny, *The Revenge of the Past: Nationalism, Revolution, and the Collapse of the Soviet Union*, Stanford 1993.

¹³ Vgl. Adam Michnik, *Verteidigung der Freiheit. Reflexionen über 1989*, in: *Osteuropa* 2–3/2009, S. 9–18.

¹⁴ Egon Bahr, *Überleben mit und in den Bündnissen*, in: *Vorwärts*, 24. 12. 1981, S. 1.

¹⁵ Ebd.

⁰⁹ Vgl. Egon Bahr, *Wandel durch Annäherung*. Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing, 15. Juli 1963.

¹⁰ Vgl. Benedikt Schoenborn, *Reconciliation Road. Willy Brandt, Ostpolitik and the Quest for European Peace*, New York 2020.

OSTPOLITIK HEUTE

In Variationen war diese Formel in Bezug auf Russland auch noch zu hören, als die Radikalisierung der Innen- und Außenpolitik des Putin-Regimes kaum mehr zu übersehen war. Auch Angela Merkel, immerhin bekannt für ihre Aussage im Zuge der Annexion der Krim, dass Putin „in einer anderen Welt“ lebe und offenbar keinen „Kontakt zur Realität“ mehr habe, stellte sie letztlich nicht infrage.¹⁶ Ende 2014 wurde sie mit den Worten zitiert, dass das „Ziel“ eine „europäische Sicherheitsstruktur mit Russland und nicht gegen Russland“ sei. Zugleich betonte Merkel, dass der Erhalt der Souveränität der Ukraine ebenfalls Ziel ihrer Politik sei. Damit war die Sackgasse dieser Form der Ostpolitik offenkundig. Institutionalisiert wurde sie in den Vereinbarungen von Minsk, in denen die russische Lüge akzeptiert wurde, in der Ukraine keine Kriegspartei zu sein, sondern lediglich als Vermittler zwischen den „Separatisten“ und der Regierung in Kyjiw zu fungieren. Dass Minsk II umgesetzt werden müsse, war die hilflose Antwort der deutschen Politik darauf, dass Russland sich im Donbas mit den selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk ein Einfallstor in die Ukraine geschaffen hatte, durch welches Putin den Konflikt bei Bedarf eskalieren konnte. Genau das tat er dann auch, als er sie am 21. Februar 2022 als souveräne Staaten anerkannte, wenige Tage später die gesamte Ukraine angriff und versuchte, Kyjiw einzunehmen.

Der Angriff von 2022 war mithin die Fortsetzung des Krieges von 2014, und bereits zu diesem Zeitpunkt war die deutsche Strategie im Umgang mit Russland gescheitert. Der Historiker Jan C. Behrends brachte es im September 2014 auf den Punkt: „Der russische Einmarsch in die Ukraine hat die Ära der Ostpolitik beendet.“ Behrends verwies auf die bequeme Illusion, der sich Deutschland in der Mythenpflege der Ostpolitik hingegeben hatte: Der Öffentlichkeit bot sie „die Illusion von Sicherheit, Frieden und Stabilität. (...) Das Label ‚Friedenspolitik‘ überhöhte sie moralisch.“ Faktisch aber konnte diese Ostpolitik weder Einfluss auf die systematische Zerstörung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen in Russland seit

Putins Machtantritt nehmen noch seine außenpolitische Aggression gegen Georgien oder die Ukraine verhindern.¹⁷

Sehr wohl aber richtete die deutsche Russlandpolitik mit ihren Schlagworten des „Dialogs“ und der „Partnerschaft“ immensen Schaden im Verhältnis zu den ostmitteleuropäischen Partnern innerhalb der Europäischen Union und zur Ukraine an. Besonders in den baltischen Staaten und in Polen war die Irritation über die Beschwichtigungen aus Berlin gegenüber Moskau groß. Zum Symbol dafür wurde die Pipeline Nord Stream 2, an der trotz kontinuierlicher Warnungen aus der EU und der Ukraine bis zur russischen Totalinvasion festgehalten wurde. Dabei wurde unter anderem im russischen Staatsfernsehen offen darüber gesprochen, dass das Ziel von Nord Stream 2 eine Schwächung der Ukraine sei. Dass deutsche Spitzenpolitiker die eindeutige Radikalisierung Russlands nach innen und nach außen lange nicht zur Kenntnis nehmen wollten, löst noch heute Irritation aus.¹⁸

Dabei steht außer Frage, dass die deutsche Russlandpolitik der vergangenen Jahrzehnte von großen Teilen der Gesellschaft mitgetragen wurde. Selbst als der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Oktober 2015 dem russischen Diktator dafür dankte, dass er sich „trotz des Konflikts in Syrien“ Zeit für ihn nehme, gab es keinen großen Aufschrei.¹⁹ Freilich lässt sich die Frage nicht beantworten, ob Teile der Öffentlichkeit auch schon vor Februar 2022 für ein entschiedeneres Vorgehen gegen Russland zu gewinnen gewesen wären, wenn die verantwortlichen Politiker:innen die Bedrohung, die von Russland für Europa ausgeht, präzise formuliert hätten. Schließlich war es bis zur Totalinvasion Russlands in die Ukraine auch politischer Konsens, dass Deutschland keine Waffen an die Ukraine liefert. Als sich der damalige Parteivorsitzende der Grünen, Robert Habeck, im Mai 2021 für eine militärische Unterstützung der Ukraine mit „Defensivwaffen“ aussprach, zog er Kritik aus al-

¹⁶ „Merkel sieht Sicherheit in Europa nur mit Russland“, 18. 12. 2014, www.reuters.com/article/deutschland-russland-ukraine-idDEKBN0JW00620141218.

¹⁷ Jan C. Behrends, Das Ende der Ostpolitik. Zur Kritik eines deutschen Sonderweges, 1. 9. 2014, <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/das-ende-der-ostpolitik>.

¹⁸ Siehe zum Beispiel die Einschätzungen der früheren Moskau-Korrespondentin der ARD, Golineh Atai, in der Sendung „Markus Lanz“ vom 5. 5. 2022, www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-5-mai-2022-102.html.

¹⁹ Vgl. Julian Hans, Was Gabriel und Putin besprochen haben, 29. 10. 2015, www.sueddeutsche.de/1.2713657.

len politischen Lagern auf sich, nicht zuletzt aus seiner eigenen Partei.²⁰

Ob eine frühzeitige und entschiedene Aufrüstung der Ukraine durch die Europäische Union und die Vereinigten Staaten Putin von seinem Totalangriff auf die Ukraine hätten abhalten können, lässt sich schwer beantworten. Fest steht aber, dass die Russlandpolitik Deutschlands auf Fehlwahrnehmungen und Falschannahmen beruhte – und dass an ihnen selbst nach dem eklatanten Völkerrechtsbruch Russlands auf europäischem Boden 2014 festgehalten wurde. Die Abhängigkeit von russischen fossilen Energieträgern wuchs in den Jahren danach sogar noch und wurde nicht geringer. Und selbst als Putin russische Truppen an den Grenzen der Ukraine konzentrierte, er dem Land offen sein Existenzrecht absprach, seine Staatlichkeit als „historischen Fehler“ bezeichnete und die amerikanischen und britischen Geheimdienste vor einem unmittelbar bevorstehenden Einmarsch warnten, nahm kaum jemand die Bedrohung ernst.²¹ Dies schloss den amtierenden Bundeskanzler ein: Noch im Dezember 2021 weigerte er sich, vom „rein privatwirtschaftlichen Projekt“ Nord Stream 2 abzurücken.

HISTORISCHE BLINDSTELLEN

Die Russlandfixiertheit der deutschen Außenpolitik hatte auch zur Folge, dass die Ukraine als eigenständiges Subjekt lange Zeit kaum ernst genommen wurde. Vom deutschen Außenministerium wurde sie eher als Störfaktor der deutsch-russischen Beziehungen wahrgenommen: Im erwähnten Interview im Dezember 2014 beispielsweise sprach der damalige Außenminister Steinmeier nicht nur von der Notwendigkeit, an den Traditionen der Ostpolitik festzuhalten, sondern auch von seinem unbedingten Wunsch, zu guten Beziehungen zwischen Russland und Deutschland zurückzukehren. Die Ukraine taucht hier lediglich als Ort der „Ukraine-Krise“ auf – und letztlich auch als Auslöser von Russlands Krieg, den Steinmeier aber nicht beim Namen nannte. Bei den Protesten auf dem Maidan sei es zur „Eskalation“ gekommen, nun gehe es

darum, die „Spirale der Gewalt“ zu stoppen. Dabei nannte er den russischen Angriff keinen Angriff und den Krieg keinen Krieg, und zudem suggerierte er eine beidseitige Verantwortung für die „Ukraine-Krise“, die mit der Realität wenig zu tun hatte. Trotzdem nahm er für sich in Anspruch, eine „ehrliche Analyse der Realität“ zu leisten.²² Dass in den Folgejahren die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas noch weiter erhöht, 2015 der Verkauf deutscher Gasspeicher an das russische Staatsunternehmen Gazprom abgesegnet und parallel für eine Aufhebung der Sanktionen gegen Russland geworben wurde, vervollständigt dieses Bild.²³

Es ist gut möglich, dass auch eine andere deutsche Russlandpolitik, die sich stärker an Realitäten und nicht an Wunschbildern orientiert hätte, den Einmarsch Russlands in die gesamte Ukraine nicht hätte verhindern können. Die deutsche Blindheit hat aber höchstwahrscheinlich dazu beigetragen, Putins Bild vom schwachen Westen zu bestärken – und dürfte ihm die Entscheidung zur Totalinvasion zumindest leichter gemacht haben. Aber es geht eben nicht nur um Russland. Es geht um die Menschen in Polen, in den baltischen Staaten und vor allem in der Ukraine. Die Ukraine ist zum zweiten Mal Schauplatz eines genozidalen Krieges, das letzte Mal war das nationalsozialistische Deutschland der Angreifer. Die Moskauer-Fixierung deutscher Politik und das Ignorieren der Warnungen aus Ostmitteleuropa in den vergangenen Jahren haben die Menschen dort – gerade in Anbetracht der Gewaltgeschichte Deutschlands in Osteuropa und der starken Erinnerung an einen gemeinsamen deutsch-russischen Imperialismus – enttäuscht und große Zweifel an der Zuverlässigkeit Deutschlands gesät. Die zögerliche Politik der Bundesregierung im Hinblick auf schnelle Waffenlieferungen an die Ukraine und die unklare Kommunikation von Deutschlands Position gegenüber Russland haben auch nach der „Zeitenwende“ dazu beigetragen, den Ruf Deutschlands in Ostmitteleuropa zu schädigen. Vor allem aber wurden der Ukraine so Waffen vorenthalten, die sie zur Selbstverteidigung dringend benötigte. Es hätte Alternativen zu dieser Entwicklung gegeben.

²⁰ Vgl. Constanze von Bullion, Habeck offen für Waffenlieferungen an die Ukraine, 26.5.2021, www.sueddeutsche.de/1.5303788.

²¹ Vgl. Vladimir Putin, Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer, in: Osteuropa 7/2021, S. 51–66.

²² Interview Steinmeier (Anm. 7).

²³ Vgl. Daniel Wetzel, Gasspeicher-Verkauf an Gazprom ist „unbedenklich“, 26.3.2014, www.welt.de/126196980.

FRANZISKA DAVIES

ist promovierte Historikerin und Akademische Rätin auf Zeit am Lehrstuhl für die Geschichte Osteuropas und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München.

franziska.davies@lrz.uni-muenchen.de

ERFOLG UND GRENZEN DER SANKTIONSPOLITIK GEGEN RUSSLAND

Julia Grauwogel · Christian von Soest

Sanktionen sind ein zentraler Baustein der westlichen Reaktion auf Russlands eklatante Verstöße gegen das Völkerrecht. Schon 2014 haben die Europäische Union und die USA im Zuge der Krim-Annexion Sanktionen gegen das Putin-Regime beschlossen. Seit Russlands Anerkennung der Separatistengebiete Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten am 21. Februar 2022 und dem darauffolgenden Einmarsch in die Ukraine sind zahlreiche neue Sanktionen hinzugekommen. Diese heben sich deutlich von den Krim-Sanktionen ab: Bemerkenswert ist zum einen das Tempo, mit dem sich die EU-Mitgliedstaaten auf die Maßnahmen geeinigt haben. Innerhalb von nur fünf Tagen – zwischen dem 23. und dem 28. Februar 2022 – hat die EU die ersten drei ihrer bisher neun Sanktionspakete verabschiedet. Zum anderen sind die Maßnahmen deutlich umfassender als die eher symbolischen Vorgängersanktionen. Die massiven Beschränkungen in den Bereichen Finanzen, Transport, Handel und Energie sind zwar keine Zeitenwende in der Sanktionspolitik, beschleunigen aber das Revival umfassender Sanktionen, von denen sich die Weltgemeinschaft nach den gravierenden humanitären Folgen des Irak-Embargos der 1990er bis Anfang der 2000er Jahre zunächst verabschiedet hatte. Zudem werden die europäischen und amerikanischen Sanktionen von einer breiten internationalen Allianz unterstützt. Die traditionell bei EU-Sanktionen neutrale Schweiz hat sich dem Großteil der Maßnahmen ebenso angeschlossen wie beispielsweise Singapur, das als wichtiges Finanzzentrum die Sanktionen gegen russische Banken mitträgt.⁰¹

Doch trotz der schnellen, umfassenden und von einer breiten Koalition getragenen Sanktionen haben diese auch ein Jahr nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs – wenig überraschend – kein Einlenken Wladimir Putins bewirkt. Die EU verknüpft die Sanktionen mit der Forderung, dass „Russland seine militärischen Handlungen unverzüglich einstellt“ und „alle Streitkräfte und Mili-

tärausrüstung bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht.“⁰² Die Aussichten, mit Sanktionen einen sofortigen Rückzug der russischen Armee herbeizuführen, waren jedoch von Anfang an minimal. Allerdings zielen sie darauf ab, die russische Fähigkeit zur (technischen) Kriegsführung und zur Finanzierung der Invasion massiv zu schwächen.⁰³ Außerdem signalisieren die Sanktionen, dass der Völkerrechtsbruch durch Russland nicht folgenlos bleibt und mit erheblichen Kosten einhergeht.

Die dem Instrument der Sanktionen mit Verweis auf ein Ausbleiben einer russischen Verhaltensänderung mitunter attestierte Wirkungslosigkeit ist aber noch aus einem anderen Grund falsch. Russland ist als weltweit elftgrößte Volkswirtschaft, als wichtiger Exporteur von Öl und Gas und als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat keineswegs repräsentativ für das Gros der in der Vergangenheit sanktionierten Staaten: Mehr als die Hälfte aller EU- und UN-Sanktionen seit dem Ende des Kalten Krieges richteten sich gegen kleinere Länder auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten, die deutlich anfälliger sind für externen Druck.⁰⁴ Insgesamt sind auferlegte Sanktionen immerhin in etwa einem Drittel der Fälle erfolgreich.

REVIVAL UMFANGREICHER ZWANGSMAßNAHMEN

Die EU hat bereits neun Sanktionspakete in Kraft gesetzt, das bisher letzte im Dezember 2022 (*Abbildung 1*). Ein zehntes ist in Vorbereitung. Die von Europa verhängten Maßnahmen umfassen dabei ein breites Spektrum von Individualsanktionen bis hin zu sektoralen Wirtschaftsbeschränkungen. Darüber hinaus spielen Maßnahmen zur „Aufrechterhaltung und Anpassung“ (so der Name des sechsten Sanktionspakets) zunehmend eine größere Rolle. Damit will die EU mögliche Versuche unterbinden, die Sanktionen

zu umgehen. So wurden beispielsweise im April 2022 Geldflüsse in Kryptowährungen verboten, um Schlupflöcher bei den Finanzsanktionen zu schließen.

Die Russland-Sanktionen spiegeln den internationalen Trend zu „kostspieligeren“ Sanktionsmaßnahmen wider, die nicht nur die (politischen) Eliten eines Landes, sondern – trotz humanitärer Ausnahmen wie im Falle Irans oder Syriens – auch breite Teile der Bevölkerung treffen. Drei weitere Aspekte der Russland-Sanktionen stehen ebenfalls exemplarisch für die neuesten Entwicklungen dieses Instruments: *Erstens* verhängt der Westen zunehmend Finanzsanktionen. Mit dem Ausschluss von Banken aus dem Kommunikations- und Zahlungssystem SWIFT macht der Westen, mit den USA an der Spitze, globale finanzielle Verflechtungen zu einer „Waffe“, indem Geldinstitute der sanktionierten Staaten vom zentralen internationalen Bankentransfersystem abgeschnitten werden.⁰⁵ Bereits vor zehn Jahren wurde der Iran zum ersten Mal aus dem SWIFT-System ausgeschlossen, was aus Sicht vieler entscheidend dazu beitrug, dass Teheran drei Jahre später das Atomabkommen mit den USA, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Deutschland, Russland und China unterzeichnete. Der aktuelle Fall Russland zeigt aber auch, dass sanktionierte Staaten nicht wehrlos sind: So gab es bereits vor dem Krieg gegen die Ukraine erste Versuche des Kremls, sich zugunsten der chinesischen Währung Yuan von einem Teil der staatseigenen Devisenreserven in US-Dollar zu trennen, um sie möglichen Finanzsanktionen zu entziehen.⁰⁶

01 Vgl. Ministry of Foreign Affairs Singapore, Sanctions and Restrictions Against Russia in Response to its Invasion of Ukraine, 5.3.2022, www.mfa.gov.sg/Newsroom/Press-Statements-Transcripts-and-Photos/2022/03/20220305-sanctions.

02 Rat der EU, EU verabschiedet neues Maßnahmenpaket als Reaktion auf die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine, 28.2.2022, www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/02/28/eu-adopts-new-set-of-measures-to-respond-to-russia-s-military-aggression-against-ukraine.

03 Vgl. Bundesregierung, Im Überblick: Sanktionen gegen Russland, 7.10.2022, www.bundesregierung.de/breg-de/-2007964.

04 Vgl. Bonn International Center for Conflict Studies (BICC) et al. (Hrsg.), Friedensfähig in Kriegszeiten. Friedensgutachten 2022, Bielefeld 2022.

05 Vgl. Henry Farrell/Abraham L. Newman, Weaponized Interdependence: How Global Economic Networks Shape State Coercion, in: *International Security* 1/2019, S. 42–79.

06 Vgl. Russland verzichtet teilweise auf Reserven in Dollar, 4.6.2021, www.faz.net/-17372732.html.

Zweitens setzen die Europäer und die USA zunehmend auf themenspezifische Sanktionen – sogenannte horizontale Sanktionsregime –, um eine noch schnellere Reaktion auf unerwünschtes Verhalten zu ermöglichen. Mit der „globalen Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte“ hat die EU, angelehnt an den US-amerikanischen Global Magnitsky Act, im Jahr 2020 einen rechtlichen Rahmen für restriktive Maßnahmen in diesem Politikfeld geschaffen. Gleiches gilt für das Cybersanktionsregime aus dem Jahr 2019⁰⁷ und die restriktiven Maßnahmen beim Einsatz von Chemiewaffen von 2018.

Drittens ist die Popularität von gezielten Sanktionen gegen Individuen und Organisationen in Form von Reisebeschränkungen und Kontensperren ungebrochen. Die EU, das Vereinigte Königreich und die USA haben bisher jeweils mehr als tausend russische Staatsangehörige auf ihre Sanktionslisten gesetzt. Die Maßnahmen richten sich unter anderem gegen Abgeordnete der Duma, Angehörige des nationalen Sicherheitsrates, aber auch gegen zahlreiche Oligarchen und tragen so zur Individualisierung der Verantwortung bei der Verletzung zentraler völker- oder menschenrechtlicher Normen bei.⁰⁸ Zum Teil stockte die EU im Rahmen eines Sanktionspakets sogar mehrfach die Anzahl der gelisteten Personen auf (*Abbildung 2*).

Inhaltlich und zeitlich haben sich EU und USA bei ihren Russland-Sanktionen eng abgestimmt. Dies trug in einigen Bereichen, wie den Finanz- und Energiesanktionen, Früchte. Trotz unterschiedlicher Prozesse für die jeweiligen Sanktionsbeschlüsse ist die Liste der betroffenen russischen Banken weitgehend deckungsgleich. Auch bei der Preisobergrenze für Rohöl und Erdöl auf 60 US-Dollar pro Barrel demonstrierten Europäer und Amerikaner transatlantische Einigkeit. Eine einheitliche Sanktionspolitik gerät in vielen Bereichen aber auch an Grenzen. Wen die Individualsanktionen Europas, des Vereinigten Königreichs und der USA treffen, unterscheidet sich erheblich. Von den 20 reichsten Russen war am 30. März 2022 lediglich eine Person auf allen drei Sanktionslisten, weitere sieben wa-

07 Vgl. Julia Grauvogel/Christian von Soest, Cybersanktionen: Zunehmende Anwendung eines neuen Instruments, GIGA Focus Global 3/2021, www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/cybersanktionen-zunehmende-anwendung-eines-neuen-instruments.

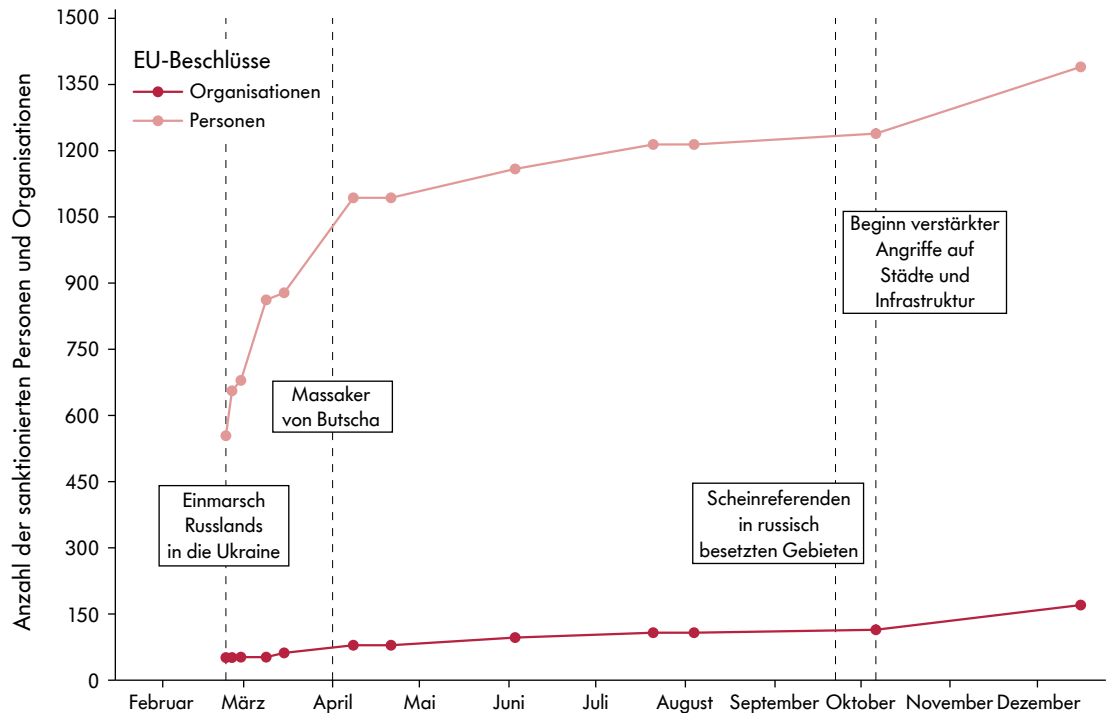
08 Vgl. Christian von Soest, Individual Sanctions: Toward a New Research Agenda, in: *CESifo Forum* 4/2019, S. 28–31.

Abbildung 1: Sanktionspakete der EU

Februar–März 2022	April–September 2022	Seit Oktober 2022
<p>Erstes Sanktionspaket (23. Februar)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einfrieren von Vermögenswerten und Reisebeschränkungen • Handelsbeschränkungen für Separatistengebiete Donezk und Luhansk • Beschränkungen zu den EU-Kapital- und Finanzmärkten und Dienstleistungen <p>Zweites Sanktionspaket (25. Februar)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Individualsanktionen u.a. gegen Putin und Lawrow • Sektorale Wirtschaftssanktionen in den Bereichen Energie und Transport; Exportbeschränkungen für Technologie für Raffinerien und Flugzeuge sowie für Dual-Use-Güter <p>Drittes Sanktionspaket (28. Februar, 2. März, 9. März)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weitere Individualsanktionen • Verbot von Transaktionen mit russischer Zentralbank und Einfrieren aller ihrer Vermögenswerte • Sperrung des EU-Lufttraums für russische Flugzeuge • SWIFT-Ausschluss für sieben russische Banken • Verbot der Sender Russia Today und Sputnik in der EU <p>Viertes Sanktionspaket (15. März)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbot von Transaktionen mit bestimmten staatseigenen Unternehmen • Verbot neuer Investitionen in Russlands Energiesektor • Handelsbeschränkungen für Eisen, Stahl, Luxusgüter • Weitere Finanzsanktionen: Verbot von Ratingdiensten • Weitere Exportbeschränkungen für Dual-Use-Güter 	<p>Fünftes Sanktionspaket (8. April, 21. April)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weitere Individualsanktionen • Importverbot von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen • Importverbot für Holz, Zement, Spirituosen etc. • Zugangsverbot für EU-Häfen und Sperrung der EU-Straßen für russische Kraftverkehrsunternehmen (aber humanitäre Ausnahmen) • Weitere Finanzsanktionen, um Schlupflöcher zu schließen: u.a. Verbot von Geldflüssen in Kryptowährungen <p>Sechstes Sanktionspaket (3. Juni)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der SWIFT-Sanktionen auf vier zusätzliche (belo)russische Banken • Verbot von drei weiteren staatseigenen russischen Medien in der EU <p>Siebtens Sanktionspaket zur „Aufrechterhaltung und Anpassung“ (21. Juli, 4. August)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Importverbot von Gold • Exportbeschränkungen für Dual-Use-Güter verschärft • Zugangsverbot für Häfen auf Schleusen ausgeweitet • Präzisierung bestehender Maßnahmen 	<p>Achtes Sanktionspaket (6. Oktober)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Importverbot von Zellstoff, Papier, Zigaretten, Kunststoff, Kosmetika, Edelmetallen und Edelmetallen • Exportbeschränkungen für Dual-Use-Güter verschärft • Exportverbot für zivile Feuerwaffen und Munition • Ausweitung der am 23. Februar beschlossenen Handelsbeschränkungen auf Saporischschja und Cherson <p>Neue Regelung (28. Oktober)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beschluss zur Aufnahme von Verstößen gegen restriktive Maßnahmen in Liste der „EU-Straftatbestände“ <p>Umsetzung achtens Sanktionspaket (3. Dezember)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Festsetzung der Preisobergrenze für Rohöl und Erdöl auf 60 US-Dollar pro Barrel <p>Neuntes Sanktionspaket (16. Dezember)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weitere Individualsanktionen • Ausweitung der Finanzsanktionen auf drei zusätzliche russische Banken • Neue Exportbeschränkungen für Dual-Use-Güter: u.a. Chemikalien, Elektronikbauteile, IT-Komponenten • Exportbeschränkungen für Drehenmotoren • Verbot neuer Investitionen in den russischen Bergbausektor • Verbot von vier weiteren russischen Medienkanälen in der EU

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 2: Gezielte EU-Sanktionen gegen Personen und Organisationen in Russland 2022



Stand: 4. Januar 2023

Quelle: Eigene Darstellung

ren auf immerhin zwei von drei „schwarzen Listen“ verzeichnet.⁰⁹

UNTERSCHIEDLICHE ZIELE

In ihrer Begründung der Sanktionen setzt die EU angesichts des unverändert rücksichtslos geführten Angriffskrieges auf kontinuierlichen Druck und reagiert gleichzeitig auf besonders verwerfliche Ereignisse.¹⁰ Das fünfte Sanktionspaket wurde unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Massaker in Butscha Anfang April 2022 verabschiedet. Das achte Sanktionspaket wiederum wurde unter Verweis auf die rechtswidrige Annexion der ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson durch Russland beschlossen.

⁰⁹ Vgl. Stephanie Baker et al., *Half of Russia's 20 Richest Billionaires Are Not Sanctioned*, 30.3.2022, www.bloomberg.com/graphics/2022-russian-billionaires-sanctioned-ukraine-war.

¹⁰ Vgl. Christian von Soest/Michael Wahman, *Not All Dictators Are Equal: Coups, Fraudulent Elections, and the Selective Targeting of Democratic Sanctions*, in: *Journal of Peace Research* 1/2015, S. 17–31.

Auch wenn eine solche Begründung nahelegt, dass mit den Sanktionen eine Verhaltensänderung des Putin-Regimes erzwungen werden soll (Englisch: *coerce*), war dies keine realistische Erwartung an die Maßnahmen. Vielmehr verfolgt die internationale Gemeinschaft mit ihren Sanktionen zwei weitere in der Forschung als zentral identifizierte Ziele:¹¹ Erstens sollen die Maßnahmen Russlands Fähigkeit einschränken (*constrain*), den Krieg zu finanzieren und auf dem technisch neuesten Stand zu führen. Zweitens signalisieren (*signal*) die Sanktionen, dass die eklatante Verletzung zentraler Normen durch Russland geahndet wird. Die Bereitschaft der europäischen Länder, dabei gravierende eigene wirtschaftliche Nachteile bei der Energieversorgung in Kauf zu nehmen, macht dieses Signal glaubwürdig.

Sanktionen dienen also als Strafe für einen Völkerrechtsbruch, die auch potenzielle NachahmerInnen abschrecken soll. Gleichzeitig sind

¹¹ Vgl. Francesco Giumelli, *Coercing, Constraining and Signaling: Explaining and Understanding International Sanctions After the End of the Cold War*, Colchester 2011.

insbesondere die für Russland ökonomisch besonders schmerzhaften Maßnahmen auch Verhandlungsmasse in Gesprächen zwischen zentralen politischen Akteuren des Krieges. Dafür müssen Sanktionierende jedoch eine mögliche schrittweise Aufhebung der Maßnahmen an konkrete Verhaltensänderungen Russlands knüpfen. Einer solchen Funktion des Instruments stehen Aussagen wie jene von US-Präsident Joe Biden während seiner Warschau-Reise Ende März 2022 entgegen, mit den Sanktionen Russland und Putin direkt schwächen zu wollen.¹²

WIRKUNG DER RUSSLAND-SANKTIONEN

Für eine Bewertung der Sanktionen gegen Russland muss zwischen wirtschaftlichen und politischen Wirkungen unterschieden und daran erinnert werden, dass Sanktionen nur einen Teil der westlichen Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine ausmachen. Nach über einem Jahr beschränken die Zwangsmaßnahmen den Handlungsspielraum des Putin-Regimes erheblich, wirken also vor allem über die *Constraining*-Logik. Sowohl die Regierung als auch russische Firmen oder Banken wie die Sberbank, das größte russische Geldinstitut, finden kaum noch Zugang zum internationalen Finanzmarkt. Sie können keine Anleihen mehr platzieren und sind neben der Abkopplung von SWIFT oft auch direkt sanktioniert – Personen und Unternehmen im Westen dürfen nicht einmal einen Bleistift an sie liefern. In einem beispiellosen Akt setzten westliche Staaten zudem gleich nach Beginn des Angriffskrieges Russlands Auslandsreserven im Wert von ungefähr 300 Milliarden US-Dollar fest. Die russische Zentralbank verhängte sofort strikte Kapitalmarktkontrollen und verhinderte damit den von einigen AnalystInnen vorhergesagten Zusammenbruch des Finanzsystems in Russland. Außerdem zahlten die europäischen Abnehmer seit Beginn des Angriffs weitere Milliarden für Öl- und Gaslieferungen – Geld, das auch den russischen Angriffskrieg finanzierte. Diese Quelle trocknet jedoch langsam aus: Im Juni

2022 hatte die EU beschlossen, schrittweise die Einfuhr von russischem Erdöl mit Tankschiffen und später auch durch Pipelines zu verbieten. Da das meiste Öl auf dem Seeweg in die EU gelangt, stoppten die europäischen Staaten damit bis Ende des Jahres 2022 bereits 90 Prozent ihrer Erdöleinfuhren aus Russland. Weder andere Abnehmer wie Indien und China noch der Schmuggel von Öl und Gas können in der nächsten Zeit diese Verluste vollständig ausgleichen. Zudem scheint der über die Versicherung von Tankladungen und Beschränkungen von Reedereien erzwungene internationale Preisdeckel für russisches Öl zunehmend zu wirken.

Darüber hinaus treffen Exportverbote für Hochtechnologie (Computerchips, Halbleiter und Software), Dual-Use-Güter, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke genutzt werden können, sowie für Ersatzteile für Flugzeuge die international eingebundene russische Wirtschaft unmittelbar. Die Bänder des Lada-Herstellers Avtovaz standen monatelang still, heute produzieren dessen Werke Autos ohne Airbags, Antiblockiersysteme und weitere Teile, die auf westliche Zulieferungen angewiesen sind. Der Chipmangel behindert offensichtlich auch die Produktion von Präzisionsmunition und den Bau moderner Panzer. Russland kann diese High-Tech-Bauteile nicht einfach selbst herstellen und Importe damit substituieren. Zwar sorgte der anfangs ungebremste Öl- und Gasexport in den Westen dafür, dass der Kreml das Schrumpfen der heimischen Wirtschaft im Jahr 2022 auf ungefähr drei Prozent abbremsen konnte – durch die Drosselung der durch Pipelines gelieferten Gasmenge schlug Russland zunächst sogar selbst zurück. Mittlerweile sind seine ökonomischen Zukunftsaussichten jedoch angesichts der zunehmend greifenden Technologie- und Energiesanktionen äußerst düster. Schon jetzt sind die Kosten der Sanktionen für Russland weit höher als für Deutschland und Europa, obwohl diese mit Energieknappheit und hoher Inflation umgehen müssen.

Nach der grundlegenden Sanktionslogik soll der durch Sanktionen ausgelöste wirtschaftliche Schmerz zu einem politischen Kurswechsel im Zielland führen. Dies ist in Russland bislang nicht der Fall. Präsident Putin und seine Regierung haben sich als kostenunempfindlich gezeigt und wiederholt die Leidensfähigkeit Russlands betont. Zudem haben die Sanktionen bislang of-

¹² Wörtlich erklärte Biden: „This man [Putin] cannot remain in power.“ Vgl. ABC News, Full Transcript of President Biden's Speech in Warsaw on Russia's Invasion of Ukraine, 26. 4. 2022, <https://abcnews.go.com/Politics/full-transcript-president-bidens-speech-warsaw-russias-invasion/story?id=83690301>.

fensichtlich keinen Keil zwischen Putin und den Elitezirkel um ihn herum getrieben. Die öffentliche Kritik der Oligarchen Oleg Tinkow und Oleg Deripaska am Krieg blieb die große Ausnahme; es kam auch nicht zu Ministerrücktritten, die auf eine Spaltung der Elite hindeuten. Aufgrund der staatlichen Repression blieben Massenproteste zudem aus. Die Zwangsmaßnahmen der Regierung haben jedoch auch keinen Popularitätsschub für die russische Führung gebracht. Ein solcher Wagenburg-Effekt (*rally 'round the flag effect*) tritt ein, wenn die sanktionierte Regierung den äußeren Druck als einen Angriff auf das ganze Land darstellen und erfolgreich an die Solidarität der eigenen Bevölkerung appellieren kann.¹³ Bereits die Forschung zu den nach der Krim-Besetzung 2014 auferlegten Sanktionen zeigt aber, dass Präsident Putins Zustimmungswerte damals wegen der Annexion selbst und nicht aufgrund der folgenden Zwangsmaßnahmen des Westens in die Höhe schossen.¹⁴

FEHLENDE ERFOLGSVORAUSSETZUNGEN

Allerdings sind wichtige von der Wissenschaft identifizierte Erfolgsbedingungen für Sanktionen im Falle Russlands nicht gegeben. Diese betreffen vor allem die mit den Sanktionen verbundenen Forderungen, die politische und wirtschaftliche Verfasstheit des sanktionierten Landes sowie seine Beziehung zu den Sanktionierenden.

Grundsätzlich gilt schon die Androhung von Sanktionen als besonders erfolgversprechend, weil sich das Gegenüber in diesem Stadium noch weitgehend ohne Gesichtsverlust zurückziehen kann. Über diese Sanktionsdrohungen hat sich Putin mit dem Angriff am 24. Februar 2022 im Handstreich hinweggesetzt. Zudem beeinflusst Druck von außen Demokratien in der Regel leichter als Diktaturen, da BürgerInnen demokratisch gewählte Regierungen bei Wahlen abstrafen können, wenn Sanktionen zu einem wirtschaftlichen Abschwung

führen. Freie und faire Wahlen, die zu einer solchen Reaktion führen könnten, gibt es in Russland aber schon lange nicht mehr. Begrenzte Forderungen – wie beispielsweise die nach einer unabhängigen Untersuchung eines Massakers – machen es einer sanktionierten Regierung darüber hinaus leichter, nachzugeben. Die Forderung nach umfassender Demokratisierung gefährdet hingegen unmittelbar den Machterhalt eines autoritären Regimes. Durch das vorgebliche Ziel einer „Entnazifizierung“ hat die russische Führung die Invasion in die Ukraine zusätzlich ideologisch enorm aufgeladen. Schließlich wissen wir empirisch, dass Sanktionen gegen befreundete Staaten, mit denen ein enger wirtschaftlicher Austausch und starke politische Einigkeit besteht, größere Aussichten auf Erfolg haben. Das Gleiche gilt, wenn der Druck von einer möglichst großen Staatenkoalition oder sogar von einer internationalen Organisation wie den Vereinten Nationen ausgeht. Die Legitimität dieser Maßnahmen ist dann grundsätzlich höher, während die Schlupflöcher kleiner sind. Zudem geben wirtschaftlich „schwache“ Zielstaaten eher nach.

Viele dieser Faktoren sind im Falle Russlands strukturell nicht gegeben: Nicht nur nimmt der größte Flächenstaat der Erde als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats und Atommacht eine enorme Machtposition ein, sondern er verfügt auch über eine hinreichend große Wirtschaftsleistung, die ihn vor kurzfristigem Sanktionsdruck schützt. Lediglich die derzeit breite Sanktionsallianz von mehr als 30 Staaten erhöht tatsächlich die Erfolgswahrscheinlichkeit der Sanktionen, zumal sich darüber hinaus eine vergleichsweise große Anzahl von Staaten gegen Russlands Angriff gestellt hat und auch Großmächte wie Indien und China Präsident Putin bislang nicht offen unterstützen.

Bei der Bewertung sollte allerdings nicht übersehen werden, dass die Wirkung der Sanktionen weit über die eigentlich verhängten Maßnahmen hinausgeht. Über tausend internationale Unternehmen haben sich mittlerweile vom russischen Markt zurückgezogen, verbliebene stehen in westlichen Staaten, vor allem den USA, am Pranger der Öffentlichkeit.¹⁵ Für die russi-

¹³ Vgl. Julia Grauvogel/Christian von Soest, Claims to Legitimacy Count. Why Sanctions Fail to Instigate Democratization in Authoritarian Regimes, in: *European Journal of Political Research* 4/2014, S. 635–653.

¹⁴ Vgl. Mikhail A. Alexseev/Henry E. Hale, Crimea Come What May. Do Economic Sanctions Backfire Politically?, in: *Journal of Peace Research* 2/2020, S. 344–359; Timothy Frye, Economic Sanctions and Public Opinion. Survey Experiments From Russia, in: *Comparative Political Studies* 7/2019, S. 967–994.

¹⁵ Vgl. Jeffrey Sonnenfeld, Over 1,000 Companies Have Curtailed Operations in Russia – But Some Remain, *Yale School of Management*, 14. 12. 2022, <https://som.yale.edu/story/2022/over-1000-companies-have-curtailed-operations-russia-some-remain>.

sche Mittelschicht sind der Rückzug von populären westlichen Unternehmen wie McDonalds oder Ikea und die Schwierigkeiten beim Bezahlen mit Kreditkarten direkt spürbar. In der Regel erzwingen die verhängten Sanktionen nicht direkt den Rückzug internationaler Unternehmen, sie verschlechtern aber die Geschäftsaussichten in Russland deutlich und beeinflussen damit Investitionsentscheidungen. Die umfassenden und langandauernden Sanktionen gegen Iran, Syrien, Afghanistan und Venezuela zeigen zudem, dass autoritäre Regierungen – trotz der Zwangsmaßnahmen – häufig fest im Sattel sitzen, während die Bevölkerung trotz weitverbreiteter humanitärer Ausnahmen bei den Sanktionen unter den wirtschaftlichen Beschränkungen zu leiden hat. Auch wenn es angesichts des fortgesetzten brutalen Vorgehens der russischen Armee in der Ukraine verfrüht erscheint, wird sich irgendwann auch im Falle Russlands die Frage nach den humanitären Schäden der äußerst umfassenden Sanktionspolitik stellen.

SANKTIONEN ALS VERHANDLUNGSMITTEL

Die Russland-Sanktionen machen die Möglichkeiten und Grenzen dieses Mittels der Außenpolitik deutlich, das irgendwo zwischen einfachen Worten des Beistands und der direkten Beteiligung an einem Krieg angesiedelt ist. Grundsätzlich sind Sanktionen allein ungeeignet, Kriege sofort zu stoppen – zumal, wenn sie gegen eine Großmacht mit erheblichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtressourcen

verhängt werden. Sanktionen wirken aber ohnehin nicht isoliert, sondern im Verbund mit weiteren wirtschaftlichen, humanitären und militärischen Hilfen für die Ukraine. In Russland hingegen drohen der durch die Sanktionen erzeugte wirtschaftliche Druck und die ausbleibenden militärischen Erfolge Präsident Putin die Legitimationsgrundlage zu entziehen.¹⁶ Langfristig ist durchaus denkbar, dass Sanktionen damit zur Erosion seiner personalistischen Herrschaft beitragen. Die direkten politischen Auswirkungen von Zwangsmaßnahmen auf ein autoritäres Regime wie Russland sollten aber nicht überschätzt werden.

In der zugespitzten öffentlichen Debatte in Deutschland geht gelegentlich unter, dass die Verhängung von Sanktionen keineswegs bedeuten muss, dass Kriegsparteien und westliche Staaten nicht mehr miteinander verhandeln. Im Gegenteil: Wirtschaftliche Beschränkungen und Verhandlungen laufen in der Regel parallel.¹⁷ Durch ihre wirtschaftlichen Kosten steigern Sanktionen unter Umständen sogar die Verhandlungsbereitschaft des Sanktionsadressaten und können damit als eine Voraussetzung für Verhandlungen gesehen werden.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs hat die EU ihr mittlerweile neuntes Sanktionspaket gegen Russland beschlossen. Weitere Zwangsmaßnahmen sind möglich, entscheidend wird aber sein, die Umsetzung und Kontrolle der auferlegten Beschränkungen zu verbessern. Hier gibt es noch viel zu tun. Mit ihrem zweiten „Sanktionsdurchsetzungsgesetz“¹⁸ und der Ernennung eines Sanktionsbeauftragten¹⁹ zeigen die Bundesregierung und die EU-Kommission, dass sie Schlupflöcher schließen und den Maßnahmen noch mehr Biss geben wollen.

JULIA GRAUVOGEL

ist Senior Research Fellow am German Institute for Global and Area Studies (GIGA) und Sprecherin des Forschungsteams „Interventionen und Sicherheit“. julia.grauvogel@giga-hamburg.de

CHRISTIAN VON SOEST

ist Leiter des Forschungsschwerpunkts „Frieden und Sicherheit“ am German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg. christian.vonsoest@giga-hamburg.de

16 Vgl. Christian von Soest/Julia Grauvogel, *Comparing Legitimation Strategies in Post-Soviet Countries*, in: Martin Brusi/Joachim Ahrens/Martin Schulze Wessel (Hrsg.), *Politics and Legitimacy in Post-Soviet Eurasia*, Basingstoke–New York 2015, S. 18–46.

17 Vgl. H.E. Goemans, *War and Punishment. The Causes of War Termination and the First World War*, Princeton 2000; Thomas J. Biersteker/Zuzana Hudáková, *UN Sanctions and Peace Negotiations. Possibilities for Complementarity*, Oslo Forum Papers 4/2015.

18 Vgl. Bundesministerium der Finanzen, *Zweites Gesetz zur effektiveren Durchsetzung von Sanktionen (Sanktionsdurchsetzungsgesetz II)*, 27. 12. 2022, www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_IV/20_Legislaturperiode/2022-12-27-Sanktionsdurchsetzungsg-ll/0-Gesetz.html.

19 Vgl. Sam Fleming, *EU to Name Sanctions Envoy to Enforce Curbs on Russia*, 12. 12. 2022, www.ft.com/content/5c423057-61ee-4e64-ae7c-45e4daacfdcl.

WIEDERAUFBAU DER UKRAINE

Dimensionen, Status quo und innerukrainische Voraussetzungen

André Härtel

Die Debatte um den Wiederaufbau der Ukraine begann schon wenige Wochen nach dem russischen Angriff vom 24. Februar 2022. Bereits im Juli bekannte sich die Europäische Union zum Wiederaufbau des Landes in enger Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Staat und der Zivilgesellschaft. Seitdem hat die Wiederaufbaudebatte – anders als in der Ukraine selbst – international an Dynamik verloren. Der anhaltende Krieg und die Frage der Waffenlieferungen überlagern die Thematik, zudem fehlt es gerade innerhalb der EU an politischer Führung und entsprechenden Ressourcen. Dabei wären aufgrund der Erfahrungen mit früheren Wiederaufbaukontexten und der Multidimensionalität derartiger Kampagnen ein früher Start und umfangreiche Investitionen in eine strategische Planung nötig. Schon jetzt müsste in die erforderlichen Kapazitäten investiert werden, die einen Beginn des Wiederaufbaus erst ermöglichen. Auch werden in der Ukraine schon heute die politischen und rechtlichen Grundlagen für den Wiederaufbau und damit folgenreiche Tatsachen geschaffen. Die internationalen Partner sollten ihre Anstrengungen daher umgehend intensivieren und auf eine enge Verknüpfung der Kampagne mit dem seit 2014 in der Ukraine begonnenen Reformprojekt sowie einem eventuellen EU-Beitrittsprozess achten.

DIMENSIONEN DER WIEDERAUFBAUDEBATTE

Die neben dem laufenden Krieg vielleicht größte Herausforderung sind die vielen Dimensionen, die sich hinter dem Konzept Wiederaufbau verbergen. Hierzu zählen unter anderem die Themen Sicherheit, Modernisierung, Zeithorizont, innerukrainische und internationale Voraussetzungen sowie die (immateriellen) Kriegsfolgen.

Erstens sind sich im Grunde alle Beobachter einig, dass Wiederaufbau und Sicherheit zwei Sei-

ten derselben Medaille sind. Ersterer wird nur gelingen, wenn die Ukraine ein akzeptables Minimum an sicherheitspolitischer Stabilität aufweist und somit langfristige Investitionen in das Land sinnvoll sind. Dabei geht es sowohl um die kurzfristige Ertüchtigung der ukrainischen Luftabwehr zur Beruhigung der Gebiete jenseits der Front als auch um langfristige Sicherheitsarrangements. Diese sind – wie auch das unlängst von der „Working Group On International Security Guarantees for Ukraine“ veröffentlichte Dokument zu „Sicherheitsgarantien“⁰¹ oder ein zukünftiger Nato-Beitritt – momentan noch kaum Gegenstand internationaler Debatten.

Zweitens wurde bereits bei der ersten Wiederaufbaukonferenz in Lugano, bei der im Juli 2022 mehr als 40 Staaten zusammen mit internationalen Organisationen über Hilfe beim Wiederaufbau berieten, festgehalten, dass es sich im Fall der Ukraine nicht um einen klassischen Wiederaufbau handeln kann. Denn dies würde bedeuten, ein oft dysfunktionales und stark von postsozialistischen Hinterlassenschaften geprägtes Gemeinwesen wiederherzustellen. Vielmehr müsse der historische Moment genutzt werden, um eine „neue Ukraine“ entstehen zu lassen.⁰² Diese solle sich an der Entwicklung der konsolidierten Demokratien und Marktwirtschaften des Westens orientieren und die neue Frontlage des Landes berücksichtigen. Eine sehr ambitionierte Position ist hier diejenige, dass die Ukraine als „Green Ukraine“ beziehungsweise umwelt- und energiepolitisches Vorzeigeprojekt wiederaufgebaut werden soll.

Eine der umstrittenen Fragen ist *drittens*, wann mit dem Wiederaufbau der Ukraine begonnen werden sollte. In der Ukraine sind sich staatliche und nicht-staatliche Akteure darüber einig, dass dies unmittelbar und bereits während des laufenden Krieges passieren sollte und auch

kann. Viele Projekte jenseits der Front belegen das. Die Befürchtung ist hier groß, dass ein Verschieben von entsprechenden Maßnahmen auf die Zeit nach dem Krieg den Menschen die Hoffnung nehmen und Geflüchtete von einer Rückkehr abhalten könnte. Die internationalen Partner sind skeptischer und wollen sich zunächst auf die militärische Unterstützung sowie auf Sofortmaßnahmen konzentrieren, die die Ukraine durch den zweiten Kriegswinter bringen.

Bezüglich der innerukrainischen Voraussetzungen gilt *viertens*, dass die Ukraine bereits heute nicht mehr das Land ist, das sie bis zum 24. Februar 2022 war. Neben den Zerstörungen der Infrastruktur haben der Krieg und das herrschende Kriegsrecht die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten deutlich verändert. Im politischen System ist ein starker Trend zur weiteren Stärkung der Exekutive und damit auch zur Marginalisierung anderer Verfassungsinstitutionen offensichtlich. Weite Teile der zentralstaatlichen und lokalen Administration sind durch Flucht ausgedünnt und durch die Bewältigung des Kriegsalltags überlastet. Die Zivilgesellschaft ist vor allem damit beschäftigt, den Abwehrkampf zu unterstützen. Die Wirtschaftsleistung ist um mindestens ein Drittel zurückgegangen, das Land von externer Budgethilfe abhängig.

Fünftens hat sich die internationale Gemeinschaft einerseits klar zum Wiederaufbau der Ukraine bekannt, andererseits ist unklar, ob sie die enormen Mittel und den anhaltenden politischen Willen für dieses außerordentlich große Projekt aufbringen kann. Anders als in der jüngeren Vergangenheit sind Wille und Möglichkeiten, hohe Milliardenbeträge für jahrzehntelange Wiederaufbaukampagnen aufzubringen, begrenzt. Zu hoch sind die Kosten der Hilfsprogramme, die westliche Staaten schon angesichts der energiepolitischen Folgen des russischen Angriffskrieges schultern müssen. Entsprechend mangelt es an Führungsbereitschaft gerade innerhalb Europas und an externen strategischen Impulsen für den Wiederaufbau.

Zu einem umfassenden Verständnis von Wiederaufbau nach einem Krieg gehört *sechstens* auch die Überwindung der immateriellen Kriegsfolgen. Hierzu zählen die Therapie der Traumatisierungen von Kämpfern und übriger Gesellschaft, die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen (*transitional justice*) und die Demilitarisierung der politischen Kultur. Langfristig sind es diese „weichen“ Faktoren, die den infrastrukturellen Wiederaufbau erst nachhaltig machen. Momentan spielt diese Dimension, abgesehen von den Rufen nach einem Sondertribunal für russische Kriegsverbrecher, eine stark untergeordnete Rolle.

POST-LUGANO-VAKUUM: WO STEHEN DIE WIEDERAUFBAUBEMÜHUNGEN?

Die ukrainische Präsidentschaft hat im Frühjahr 2022 ein Dokument vorgelegt, das den ukrainischen Wiederaufbauplan skizziert.⁰³ Demzufolge sollen Wiederaufbau und Modernisierung in drei Phasen, beginnend unmittelbar mit einer als „Kriegsökonomie“ bezeichneten Phase, innerhalb von zehn Jahren umgesetzt werden. Von der Modernisierung des Verteidigungssektors bis hin zu einer effektiven Sozialpolitik wurden hier bereits konkrete Projektvorhaben eingebracht. Für die Umsetzung des Plans soll ein dem Präsidenten unterstehender Nationaler Wiederaufbaurat verantwortlich sein. Die Ukraine gab in Lugano an, für den gesamten Wiederaufbau bis zu 750 Milliarden Euro zu benötigen. Auch die ukrainische Zivilgesellschaft, repräsentiert durch über einhundert ukrainische NGOs, hat mit dem „Lugano Manifesto“⁰⁴ eine langfristige Vision für den Wiederaufbau entworfen und damit gleichzeitig ein wichtiges Signal an die eigene Regierung gesendet. Demnach soll die Ukraine als „europäischer Staat“, „repräsentative Demokratie“ und „offene Marktwirtschaft“ gestärkt und weiterentwickelt, „monopolistische“ Tendenzen in Politik und Wirtschaft aber entschieden bekämpft werden. Die zivilgesellschaftlichen Akteure wollen eine aktive Rolle bei der Umsetzung des Wiederaufbaus spielen und nicht nur als „Watchdog“ dienen.

01 Vgl. The Kyiv Security Compact. International Security Guarantees for Ukraine: Recommendations, 13. 9. 2022, www.president.gov.ua/storage/j-files-storage/01/15/89/41fd0ec2d72259a561313370cee1be6e_1663050954.pdf.

02 Vgl. Benno Zogg, Lugano Conference: A First Step Towards Ukraine's Recovery, 21. 7. 2022, www.shrmonitor.org/lugano.

03 Siehe die englischsprachige Präsentation des Plans unter www.urc2022.com/urc2022-recovery-plan.

04 Siehe die „Lugano-Deklaration“ bzw. das „Civil Society Manifesto“ 2022 unter <https://manifesto.org.ua/eng>.

Die EU wollte laut Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen „Nukleus“ der Wiederaufbaubemühungen sein. Nach der Konferenz in Lugano und der dortigen Ankündigung, eine Plattform aus politischen Vertretern, hohen Beamten und Experten schaffen zu wollen, war aus Brüssel aber nur wenig Substantielles zu vernehmen. Keiner der Mitgliedstaaten hat bisher Führungsinitiative erkennen lassen, und offenbar fehlt es auch an Geld. Das im August 2022 erschiene „Rapid Damage and Needs Assessment“⁰⁵ von Weltbank und EU-Kommission bezifferte die notwendigen Mittel auf rund 350 Milliarden Euro, davon 100 Milliarden Euro kurzfristig. Ende 2022 schätzte die Weltbank die Kosten aber schon auf über 500 Milliarden Euro.⁰⁶ Angesichts der russischen Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur verdrängten bei Konferenzen in Berlin, London und Paris Sofortmaßnahmen die langfristige Wiederaufbauplanung.⁰⁷ Lediglich in der Debatte über die strukturelle Umsetzung der Zusammenarbeit mit der Ukraine zeichnete sich im Dezember 2022 Bewegung ab. So scheinen – entgegen der frühen EU-Ambitionen – die G7-Staaten mit einer „Multi-Agency Donor Coordination Platform“ die koordinative Führung übernehmen zu wollen.⁰⁸

Die Bundesregierung hatte mit einer Expertenkonferenz im Oktober 2022 den Faden von Lugano aufgenommen. Die Konferenz sollte eine belastbare Strategie der EU für diese „Kraftanstrengung für Generationen“ entwerfen und eine Geberkonferenz vorbereiten.⁰⁹ Die konkreten Vorarbeiten für eine deutsche Rolle beim Wiederaufbau sind dabei auch in den betreffenden Ministerien angelaufen. Im federführenden Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung wurde unlängst eine Projektgruppe Ukraine gegründet, auch im Bundeswirtschaftsministerium, im Bundesbauministerium und bei der Staatsministerin für Kultur und Medien diskutiert man mögliche Beiträge. Ähnlich wie in der EU-Kommission stehen für die Bundesregierung derzeit aber noch der laufende Krieg und die unmittelbare Nothilfe für Geflüchtete im Vordergrund. Strategisch müsse sich der Wiederaufbau aus Sicht der Bundesregierung auf die zukünftige Sicherheit der Ukraine und deren Europäisierung konzentrieren, den Schwerpunkt bei der Finanzierung sieht sie auch bei privatwirtschaftlichem Investment. Erste gedankliche Vorarbeiten leistete auch die deutsche Wirtschaft, die sich einen „grünen, innovativen und EU-orientierten“ Wiederaufbau wünscht.¹⁰

Die ukrainische Regierung und die Zivilgesellschaft haben eine klare, wenn auch nicht deckungsgleiche Vorstellung vom Wiederaufbau. Bemerkenswert ist, mit welcher Dynamik und intellektuellen Tiefe Ukrainer in- und außerhalb des Landes trotz des Kriegsalltags an diesen Themen arbeiten. Gleiches kann von der internationalen Gemeinschaft nicht gesagt werden. Insbesondere auf Ebene der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten mangelt es nach Lugano an Dynamik. Es fehlen eine Konkretisierung des weiteren Vorgehens, verbindliche finanzielle Zusagen und Personalentscheidungen.

ZENTRALISIERUNG UND ERSCHÖPFUNG: POLITIK UND GESELLSCHAFT DER UKRAINE IM KRIEG

In den westlichen Wiederaufbaudebatten dominieren die Fragen danach, wie die enormen Mittel für eine solche Kampagne aufzubringen sind, wie diese verwaltet werden sollen und wer die politische Führung übernimmt. Eine marginale Rolle spielen bisher die innerukrainischen Voraussetzungen des Wiederaufbaus. Nach den bemerkenswerten militärischen Erfolgen des ersten Kriegsjahres herrscht ein stark gestiegenes Ver-

05 Vgl. Weltbank/Regierung der Ukraine/Europäische Kommission, Ukraine Rapid Damage and Needs Assessment, August 2022, <https://reliefweb.int/attachments/ef17d900-2057-4094-9c37-3f4ff0b0b93b/EN%20full.pdf>.

06 Vgl. Ukraine: „Die Entwicklung von 15 Jahren ist ausgelöscht“, Interview mit Anna Bjerde, Vizepräsidentin der Weltbank, 3. 12. 2022, www.diepresse.com/6223189.

07 Vgl. Stefan Brändle, Geberkonferenz im Ukraine-Krieg: Was in Paris beschlossen wurde – und was nicht, 13. 12. 2022, www.fr.de/-91973865.html.

08 Vgl. Delegation der EU in der Ukraine, G7 Leaders' Statement, 14. 12. 2022, www.eeas.europa.eu/delegations/ukraine/g7-leaders%E2%80%99-statement-0_en.

09 Vgl. Bundesregierung, Namensbeitrag Scholz und von der Leyen: Ein Marshallplan für die Ukraine, 24. 10. 2022, www.bundesregierung.de/-2137442.

10 Vgl. Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Rebuild Ukraine: Proposals of the German Business Community for the Reconstruction and Modernization of the Ukrainian Economy, 20. 9. 2022, www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/page_files/2022-10-12%20PM%20Ukraine_Dossier%20Recovery%20Ukraine.pdf.

trauen in die ukrainische Führung, in die einst für ihre Schwäche belächelten Institutionen und vor allem in die Zivilgesellschaft, der eine besondere Rolle beim Wiederaufbau zukommen soll. Allerdings hat der Krieg diese Akteure und ihr Zusammenspiel stark beeinflusst, weshalb hier im Hinblick auf einen erfolgreichen Wiederaufbau eine tiefere Analyse angebracht ist.

Auf institutioneller Ebene hat der Krieg eine Tendenz zur Stärkung der Exekutive gegenüber den anderen Verfassungsinstitutionen begünstigt, die bereits vor der Invasion zu beobachten war. Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte sich so schon bis Ende 2021 die Kritik progressiv-liberaler Kräfte zugezogen, er würde einer Art „populistischem Autoritarismus“ anhängen.¹¹ Dafür sprach seine Nutzung der bereits großen Machtfülle des Präsidentenamtes und der absoluten Parlamentsmehrheit seiner Partei Sluga Narodu zum Ausbau von Präsidialamt und Sicherheitsrat zu faktisch der Gewaltenteilung entzogenen Machtzentren. Hinzu kam der Ausbau der Medienmacht des Präsidenten, zuletzt durch das „Anti-Oligarchengesetz“.¹² Während diese Schritte vor dem Krieg eher zur Konfrontation mit den anderen Gewalten und zu niedrigen Umfragewerten für Selenskyj führten, halfen ihm der Kriegskontext und das Kriegsrecht bei der Umsetzung dieser Ziele. Selenskyj ist heute ein unumstrittener Oberbefehlshaber mit sehr hoher Popularität, er dominiert nach der Zusammenschaltung der großen TV-Sender kurz nach Kriegsbeginn im „Telemarathon“ den öffentlichen Raum und muss sich derzeit weder bedeutender politischer Opposition noch unbequemer institutioneller Einschränkungen erwehren.

Für den Wiederaufbau ist diese Machtstellung des Präsidenten, die auch nach einem möglichen Friedensschluss lange Schatten werfen wird, nicht unproblematisch. Es ist bereits ersichtlich, dass die Präsidialadministration ihre eigene Version eines Wiederaufbaus entworfen hat, der es an Inklusivität und an Rückbezug auf das 2014 vereinbarte Reformprogramm mangelt. So

11 Vgl. z.B. Oleksyj Haran, In der Ukraine erwächst die Gefahr des politischen Autoritarismus (Übers. d. Verf.), 7.10.2021, <https://dif.org.ua/en/article/v-ukraini-vinikla-zagroza-populist-skogo-avtoritarizmu-oleksiy-garan>.

12 Vgl. Kira Rudik, Ukraine's Anti-Oligarch Law: President Zelensky's Populist Power Grab?, 15.11.2021, www.atlantic-council.org/blogs/ukrainealert/ukraines-anti-oligarch-law-president-zelenskys-populist-power-grab.

wurde der hastig entworfene Nationale Wiederaufbauplan im Grunde unter nur symbolischer Mitarbeit der Zivilgesellschaft verfasst und weist daher vor allem eine starke Neigung zu politisch nützlichen Großprojekten auf.¹³ Das Parlament, das sich vor Februar 2022 trotz der Mehrheitsverhältnisse eine gewisse Unabhängigkeit bewahrt hatte, wird seit Kriegsbeginn immer mehr vom Präsidialamt dominiert. Die meisten Gesetze – auch im Bereich der von der EU geforderten Reformen – werden ohne politische Debatte im Rekordtempo verabschiedet.¹⁴ Als Kontrollinstrument, das gerade für einen gerechten und effektiven Wiederaufbau dringend notwendig wäre, droht die Verchovna Rada auszufallen. In eine ähnliche Richtung gehen die administrativen Reformen, die der Präsident trotz des Krieges im Bereich des Regierungsapparates anstrengt. Beobachter kritisieren das populistische Beharren des Staatsoberhauptes auf einer massiven Verschlingung des Apparats, die bereits im vergangenen Jahr zu einer funktional kaum nachvollziehbaren Fusion mehrerer Ministerien führte.¹⁵ Hier stellt sich die Frage, mit welchen Ressourcen sich die staatlichen Institutionen an der verwaltungstechnischen Großaufgabe des Wiederaufbaus beteiligen sollen.

Die Beziehung zwischen Zentrum und Regionen spielt im politischen System der Ukraine eine zentrale Rolle und hat sich in den Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit immer mehr zur Sollbruchstelle eines funktionierenden Staatsaufbaus entwickelt. Daher ist sie auch für den Wiederaufbau von zentraler Bedeutung. Seit 2014 hat das Land eine Dezentralisierungsreform eingeleitet, die Subsidiarität und finanzielle Autonomie auf Gemeindeebene entscheidend gestärkt hat. Der Erfolg der Dezentralisierung gilt als eine der Grundlagen des erfolgreichen Abwehrkampfes der Ukrainer gegen die russische Invasi-

13 Vgl. bspw. Irina Egorchenko/Elisaveta Tschepetelnikova, Wiederaufbauplan für die Ukraine: Was damit im Bereich Höhere Bildung und Wissenschaft nicht stimmt (Übers. d. Verf.), 10.7.2022, <https://zn.ua/EDUCATION/plan-vosstanovlenija-ukrainy-chto-v-nem-ne-tak-s-vysshim-obrazovaniem-i-naukoj.html>.

14 Vgl. Sergej Benedisjuk, Turboregime für Europa. Wie die Rada plant, den Gesetzgebungsprozess anzupassen – und ob die EU das braucht (Übers. d. Verf.), 4.1.2023, www.eurointegration.com.ua/rus/articles/2023/01/4/7153530.

15 Vgl. Die Regierung plant, den Staatsapparat um das Dreifache zu verkleinern. Experten nennen die Risiken (Übers. d. Verf.), 15.6.2022, <https://zn.ua/POLITICS/vlasti-sobirajutsja-sokratit-hosapparat-v-tri-raza-eksperty-nazvali-riski.html>.

on und für die anhaltende Stabilität des Landes.¹⁶ Die neue Machtbalance wurde allerdings von einem Großteil der politischen Eliten des Zentralstaates noch nicht verinnerlicht. Gerade Präsident Selenskyj und seinen engsten Vertrauten wird ein konfrontatives Verhalten gegenüber lokalen Eliten wie den mächtigen Bürgermeistern der Großstädte nachgesagt. Diese werfen dem Zentrum vor, die Beziehungen zu den Regionen und Kommunen stark zu politisieren und den Dezentralisierungsprozess auszubremsen. Der Konflikt hat sich während des Krieges durch zunehmende Ressourcenknappheit und den Durchgriff des Präsidenten über Militärverwaltungen auf die lokale Ebene noch verstärkt.¹⁷ Für ein Gelingen des Wiederaufbaus braucht es sowohl starke lokale Eigenverantwortung als auch ein funktionierendes Zusammenspiel zentraler und regionaler wie lokaler Körperschaften und Eliten.

Die westliche Vorstellung eines inklusiven Wiederaufbaus hebt stets auf die zentrale Rolle der ukrainischen Zivilgesellschaft ab. In der Tat hat sich die Zivilgesellschaft des Landes insbesondere nach der „Revolution der Würde“ von 2014 eine Stellung innerhalb des politischen Systems erarbeitet, die im postsowjetischen Raum und darüber hinaus einzigartig ist. Nach 2014 wurden spezialisierte NGOs teilweise in den politischen Institutionenlauf eingebunden. Der Krieg hat die Zivilgesellschaft allerdings stark beeinträchtigt. Einerseits gab es eine Verschiebung weg von professionalisierten NGOs hin zu Freiwilligen,¹⁸ andererseits ist die überwiegende Mehrzahl der zivilgesellschaftlich Aktiven heute in den Kriegsalltag, die Unterstützung der Armee und die Bewältigung der humanitären Kriegsfolgen eingebunden. Überlastung und organisatorische Defizite sprechen derzeit eher gegen die der Zivilgesellschaft pauschal zugedachte Rolle beim Wiederaufbau. In jedem Fall müsste bereits jetzt

erheblicher Aufwand betrieben werden, um die notwendigen Aufnahmekapazitäten für die enormen Mittel zu schaffen, die für den Wiederaufbau notwendig werden. Freiwillige müssten darin geschult werden, Organisationen zu gründen, Anträge zu stellen und größere Projekte zu implementieren. Letztlich ist von entscheidender Bedeutung, die Zusammenarbeit zwischen zentralstaatlichen, regionalen sowie lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft zu verbessern. Bei aller berechtigten Kritik an den defizitären staatlichen Institutionen ist es eine Illusion, dass ein nachhaltiger Wiederaufbau durch eine einseitige Konzentration auf nicht-staatliche Akteure gelingen kann. Die internationale Gemeinschaft sollte deshalb auf ein schnelles Vorantreiben der ukrainischen Verwaltungsreform drängen, die Rekrutierung und Ausbildung professioneller Bürokraten durch spezifische Projekte fördern und Kapazitäten für inklusive Dialoge schaffen.

ZUKUNFTSTRATEGIE: DAS DREIECK WIEDERAUFBAU, REFORMEN, EU-BEITRITTSPROZESS

Aus Sicht des neutralen Beobachters war die Vergabe des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine am 23. Juni 2022 eine erstaunliche Entwicklung – vor allem, weil die Umsetzung des Assoziierungsabkommens von 2014 bis zum Kriegsbeginn 2022 ins Stocken geraten war. So ging es Präsident Selenskyj, ähnlich wie seinem Vorgänger Petro Poroschenko, vor allem um den mittelfristigen Machterhalt. Die entscheidende Reform des Justizwesens beispielsweise wurde nur bis zu dem Punkt von der Regierung unterstützt und vorangetrieben, ab dem die Interessen der Abgeordneten der präsidentiellen Mehrheitsfraktion beziehungsweise der Angehörigen des Präsidialamtes bedroht waren.¹⁹ Mit der Generalstaatsanwaltschaft und dem mächtigen Inlandsgeheimdienst steuerte der Präsident der Autonomie der von der internationalen Gemeinschaft stark unterstützten neuen Antikorruptionsinstitutionen geschickt entgegen. Der Krieg verstärkte diesen Trend und

16 Vgl. bspw. Oleksandra Keudel/Oksana Huss, *National Security in Local Hands? How Local Authorities Contribute to Ukraine's Resistance*, Ponars Eurasia Policy Memo 825/2023, www.ponarseurasia.org/wp-content/uploads/2023/01/Pepm825_Keudel-Huss_Jan2023.pdf.

17 Vgl. *Man versucht, die Bürgermeister in eine Machtvertikale zu integrieren. Dabei sind wir einfach eine andere Machtebene* (Übers. d. Verf.), 26. 11. 2022, <https://zn.ua/UKRAINE/merov-pytajutsja-vstroit-v-vertikal-a-my-prosto-druhoj-u-roven-vlasti-filatov.html>.

18 Vgl. *Marko Bajanov, Freiwillige: Wir brauchen alle Gerechtigkeit* (Übers. d. Verf.), 22. 11. 2022, https://zn.ua/social_security/volontery-vsem-nam-nuzhna-spravedlivost.html.

19 Vgl. z. B. Brian Bonner, *Riaboshapka: Zelensky Has Lost His Way*, 30. 4. 2020, www.kyivpost.com/ukraine-politics/riaboshapka-zelensky-has-lost-his-way.html; Isabelle Khurshudyan/Praveena Somasundaram, *Zelensky Removes Security Head, Top Prosecutor in High-Level Shake-Up*, 18. 7. 2022, www.washingtonpost.com/world/2022/07/17/ukraine-bakanov-venediktova.

fürte zu einer schleichenden, größtenteils jedoch unbeabsichtigten Entfernung von den 2014 für sämtliche Politikfelder vereinbarten Reformen.

Die EU stand dieser Entwicklung vor dem Krieg mehr oder weniger machtlos gegenüber. Da eine Mitgliedschaft nicht zur Debatte stand und sich in der Ukraine der Eindruck verfestigte, dass mehr als ein Assoziierungsabkommen mittelfristig nicht realistisch sei, war die Konditionalitätspolitik der Union ausgehöhlt. Diese Entwicklung ist durch den Krieg noch verstärkt worden, da der erfolgreiche Abwehrkampf das Selbstbewusstsein der Ukrainer gegenüber der Außenwelt noch verstärkt hat und man Brüssel in der moralischen Bringschuld sieht. Der voraussichtlich Hunderte Milliarden Euro teure Wiederaufbau der Ukraine muss in diesem Spannungsfeld zwischen der limitierten Reformbereitschaft ukrainischer Eliten und fehlender Konditionalität externer Akteure analysiert werden. Im Zweifel tragen die enormen Mitteltransfers dazu bei, eine von den derzeitigen Kreisen um Präsident Selenskyj entworfene exklusive Version der Entwicklung der Ukraine zu verwirklichen und über lange Zeit festzuschreiben.

Für die EU ist ein baldiger Beginn des Beitrittsprozesses aus diesen Gründen fast schon alternativlos. Er ist wohl die einzige Möglichkeit, die Verwendung der jetzt schon investierten Ressourcen in Form von Waffen und Budgethilfen in einem festgesetzten rechtlichen Rahmen zu kontrollieren. Dies trifft umso mehr auf die Wiederaufbaumittel zu – hier hatten Vertreter der ukrainischen Zivilgesellschaft schon vor der Entscheidung über den Kandidatenstatus betont, dass die Mittel in der Ukraine nicht zweckentfremdet werden.²⁰ Die Risiken bleiben erheblich. Auch ein Beitrittsverfahren bliebe wohl stark von geopolitischen und moralischen Fragen und damit hohem öffentlichen Druck überschattet, der entsprechende negative Spielraum ukrainischer Regierungen hoch. Um sich aus dieser Zwangslage zu befreien, bleibt der EU im Grunde nur die Option einer Neugestaltung des Beitrittsverfahrens.

²⁰ Vgl. Push Forward Reforms in Ukraine and Maintain Faith in Europe. Joint Letter by Ukrainian NGOs, 2. 6. 2022, www.eurointegration.com.ua/eng/articles/2022/06/2/7140485.

²¹ Vgl. Gustav Gressel/Nico Popescu, The Best Defence: Why the EU Should Forge Security Compacts with Its Eastern Neighbours, European Council on Foreign Relations, ECFR Policy Brief, 3. 11. 2020, <https://ecfr.eu/publication/the-best-defence>.

So ließe sich darüber nachdenken, den Weg zur formalen Mitgliedschaft abzukürzen, für viele der zu erwartenden Beitrittsvorteile – wie etwa den Zugriff auf Strukturfonds – aber längere Übergangsfristen einzuführen. Ein alternativer Ansatz wäre, zweigleisig zu fahren und der Ukraine jenseits des üblichen EU-Beitrittsverfahrens langfristige Unterstützung im sicherheitspolitischen Bereich zuzusichern (über sogenannte Security Compacts²¹ bis hin zu Sicherheitsgarantien von EU-Mitgliedern). So könnte die Union den Beitrittsprozess wie in der Vergangenheit glaubhaft als Anpassungsprozess gestalten – ohne sich der Kritik auszusetzen, man erkenne die historische Tragweite der Unterstützung Kyjiws nicht. Die EU gewönne somit auch mehr strategischen Zugriff auf den Wiederaufbau und könnte die ukrainische Regierung wieder stärker auf das Reformprogramm von 2014 verpflichten.

SCHLUSS

Nach mehr als einem Jahr Krieg stellen sich die Kriegsparteien und ihre Verbündeten zunehmend auf eine langfristige, mehrjährige Konfrontation ein. Auch aus diesem Grund genießt das Thema Wiederaufbau der Ukraine derzeit keine Priorität. Die westlichen Partner der Ukraine, darunter auch die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten, denken derzeit stärker in Sofortmaßnahmen, um das unmittelbare Überleben des ukrainischen Staates zu sichern. Der Wiederaufbau des Landes, als „Jahrhundert-Projekt“ beschworen, sollte trotzdem auf der Agenda der internationalen Gemeinschaft bleiben. Die Ukrainer brauchen die Vision einer besseren Zukunft, um den Kampf gegen die russische Invasion durchstehen zu können. Die westlichen Partner des Landes sollten daran interessiert sein, dass die Nachkriegsukraine nicht durch dauerhafte Instabilität oder autoritäre Tendenzen zum politischen Bumerang für das europäische Projekt wird. Deshalb sollten vor allem die europäischen Partner der Ukraine schon jetzt in Strategie und Kapazitäten einer Wiederaufbaukampagne investieren und diese eng mit dem 2014 begonnenen Reformprojekt und einem zügig zu beginnenden EU-Beitrittsverfahren verknüpfen.

ANDRÉ HÄRTEL

ist Leiter des Brüsseler Büros der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

andre.haertel@swp-berlin.org

Unterwegs und überall.

APuZ als E-Book oder PDF herunterladen
und in über 500 Ausgaben lesen, suchen, markieren ...

[bpb.de/
shop/apuz](http://bpb.de/shop/apuz)



REDEN ÜBER DEN KRIEG

Einige Anmerkungen zu Kontinuitäten im Sprechen über Krisen, Kriege und Aufrüstung

Martin Wengeler

Viel ist seit dem Überfall Russlands auf sein Nachbarland Ukraine von der Militarisierung oder Verhörung der Sprache gesprochen worden.⁰¹ Ich habe Zweifel, ob es diese im seriösen öffentlich-politischen Sprachgebrauch gibt,⁰² und denke, dass zumindest klarer benannt werden sollte, was damit genau gemeint ist⁰³ – und dass es seriöser Forschung bedürfte, um eine solche entweder nachzuweisen oder begründet zurückzuweisen.

Ich konzentriere mich daher hier auf drei Aspekte von Kontinuitäten einer aktuellen „Sprache des Krieges“: auf den Topos der Zeitenwende, auf neue alte Schlagwörter und auf mobilisierende Kriegsbotschaften. Damit möchte ich die öffentlich empfundene und konstruierte Einzigartigkeit und Neuheit der aktuellen Kriegs-Rhetorik ein wenig relativieren.

DER TOPOS DER ZEITENWENDE

Der Linguist David Römer hat in einer diskurslinguistischen Studie zu Wirtschaftskrisen-diskursen ein Argumentationsmuster der Zeitenwende identifiziert und wie folgt definiert:

Der Topos der Zeitenwende behauptet, eine Ära sei zu Ende gegangen und man befinde sich an der Schwelle zu einer neuen Zeit. Er geht von der Annahme aus, dass nichts mehr so ist, wie es vorher war. Die allgemein-abstrakte Folgerung aus dem Topos der Zeitenwende lautet, es könne nicht mehr so weitergehen wie bisher, Prozesse des Umdenkens seien notwendig, es müsse umgestaltet werden.⁰⁴

Es ist frappierend, wie genau Römer mit dieser Definition einer in fast 50 Jahre alten Texten zu Wirtschaftskrisen gefundenen Argumentation das trifft, was Bundeskanzler Olaf Scholz

mit der Verwendung seines „Wortes des Jahres“⁰⁵ am 27. Februar 2022 im Bundestag ausdrücken wollte:

Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents. (...) Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.⁰⁶

„Zeitenwende“ steht seither wie kein anderes Wort für die Idee, dass mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine in Europa und in Deutschland nichts mehr so sei wie zuvor, dass alles bisher Gültige in der Außen- und Sicherheitspolitik im Verhältnis zu Russland sich als falsch, als nicht mehr haltbar erwiesen habe und dass sich nun bezüglich politischer und vor allem militärischer Handlungen alles ändern müsse, was insbesondere Sanktionen gegen und den Abbruch der Handelsbeziehungen zu Russland sowie eine beispiellose Erhöhung von Militärausgaben bedeutet.

Das Zitat Römers zeigt, dass es in Diskursen, die noch nicht lange her sind, diesen Eindruck schon des Öfteren gegeben hat: Ab einem oft überraschend eingetretenen Ereignis, jedenfalls ab einem von vielen nicht vorhergesehenen Zeitpunkt habe sich innerhalb kürzester Zeit etwas so grundlegend geändert, dass danach „nichts mehr [ist], wie es war“.⁰⁷ Entsprechend müsse sich alles oder vieles im politischen Handeln und im gesellschaftlichen Denken nun ändern. Römer hat der wirtschafts- und sozialpolitische Diskurs des Herbstes 1973 zur Definition dieses Topos bewegt, in dem die „Ölkrise“ von vielen politisch Handelnden als eine solche Zeitenwende betrachtet wurde, aufgrund derer sich nun alles ändern müsse. Aber auch in den von ihm untersuchten Wirtschaftskrisendiskursen

von 1982, zu dem auch die Proklamation einer notwendigen und zu praktizierenden „geistig-moralischen Wende“ seitens der neuen Regierung Helmut Kohls gehörte, und von 2003, in dem eine Zeitenwende als Bruch mit den bis dahin praktizierten sozialstaatlichen Sicherungen für notwendig und nun einzuleiten deklariert wurde,⁰⁸ findet sich der Argumentationstopos in ähnlicher Weise. Wie die Terroranschläge vom 11. September 2001 brachte auch die Covid-19-Pandemie solche Stellungnahmen hervor.⁰⁹ Untersuchenswert wäre auch, ob und wie die „Wende“ von 1989/90 von welchen Zeitgenoss:innen ähnlich wahrgenommen und kommentiert wurde und welche weiteren (diskursiven) Ereignisse es gibt, die mit solcher Zeitenwende-Rhetorik einhergingen.¹⁰

NEUE ALTE SCHLAGWÖRTER: „POLITIK DER STÄRKE“

*Der Westen muss nach den Annexionen Putins auf eine Politik der Stärke setzen und die Ukraine mit schweren Waffen unterstützen.*¹¹

*Für die Politik der Stärke*¹²

*Die Abschreckung muss funktionieren, und da müssen wir jetzt mehr tun bei der Bundeswehr.*¹³

01 Ein Beispiel unter der Überschrift „Wie der Krieg die Sprache militarisiert“ findet sich hier: www.n-tv.de/panorama/article23307887.html.

02 Etwas anderes ist es, wenn die z. B. in einer Reportage erwähnte „private“ Sprache kämpfender Gruppen gemeint ist: „Es hat sich im Krieg, unter Soldaten, eine Art eigene Sprache entwickelt. Eine rohe, brutale Sprache. [Es folgen Beispiele]“, Frankfurter Rundschau, 9. 1. 2023, S. 9.

03 So ist beim Reden über den Krieg sicher eine „Militarisierung“ in dem Sinne zu beobachten, dass vermehrt über militärstrategische Einzelheiten des Kampfgeschehens berichtet und diskutiert wird, was aber eher in einer verharmlosenden, die Gräueltaten des Krieges ausblendenden Kriegs-„Fachsprache“ als in einer verrohten Sprache geschieht.

04 David Römer, Wirtschaftskrisen. Eine linguistische Diskursgeschichte, Berlin–Boston 2017, S. 243.

05 Vgl. Gesellschaft für deutsche Sprache, Pressemitteilung vom 9. 12. 2022, <https://gfdS.de/wort-des-jahres-2022>.

06 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll (BT-PlPr.) 20/19, 27. 2. 2022, S. 1350.

07 Hier wörtlich aus der Rückschau auf den 11. September 2001 in der Bild-Zeitung vom 11. 9. 2021, S. 12.

08 Vgl. Römer (Anm. 4), S. 468f.

09 Zum Beispiel „Coronavirus bringt eine Zeitenwende für die Welt“, 12. 4. 2020, www.krone.at/2135233.

*Der General [Ingo Gerhartz, Inspekteur der Luftwaffe] mahnte die Nato-Staaten, im Ernstfall auch Atomwaffen einzusetzen: „Für eine glaubhafte Abschreckung brauchen wir sowohl die Mittel als auch den politischen Willen, die nukleare Abschreckung nötigenfalls umzusetzen.“*¹⁴

*Der Kalte Krieg war nie vorüber*¹⁵

*Droht ein neuer Kalter Krieg? Befinden wir uns bereits darin? Oder könnte es gar infolge des Ukraine-Kriegs wieder zu einem großen Krieg kommen (...)?*¹⁶

Diese ausgewählten Zitate aus Online- und Printmedien sollen auf ein weiteres sprachliches Phänomen aufmerksam machen. In den aktuellen öffentlichen Debatten über den Krieg in der Ukraine werden Schlagwörter wie „Politik der Stärke“, „Abschreckung“ oder „Kalter Krieg“ wiederverwendet, die in der Regel mit der Ost-West-Konfrontation zwischen 1949 und 1989 in Verbindung gebracht werden. Sie sind in der Epoche, die im Rückblick mit einem dieser Schlagwörter als „Kalter Krieg“ bezeichnet wird, tatsächlich wichtig gewesen. Sie können aktuell als Indikatoren einer neuen, mit jener bis 1989/90 herrschenden Konfrontation vergleichbaren außen- und sicherheitspolitischen Konstellation gelten. Sie sind aber – im Sinne des Begriffshistorikers Reinhart Koselleck – auch als „Faktoren“ der aktuellen geschichtlichen Ent-

10 Vgl. auch Reinhart Kosellecks Diagnosen zum Krisen-Begriff, der seit der Französischen Revolution u. a. für eine „Übergangszeit“ verwendet werde, „nach der, wenn nicht alles, so doch grundsätzlich sehr vieles sehr anders sein werde“. Reinhart Koselleck, Krise, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 617–650, hier S. 627.

11 Martin Kessler, Landräuber Wladimir Putin, 1. 10. 2022, <https://rp-online.de/politik/-77642307>.

12 Freie Presse, 27. 6. 2022 (Überschrift). Vgl. auch Olaf Scholz in seiner Bundestagsrede vom 27. 2. 2022: „(...) Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen. Das setzt eigene Stärke voraus.“ BT-PlPr. (Anm. 6), S. 1350.

13 Bundeswehrgeneral a. D. Wolfgang Richter am 6. 3. 2022, www.br.de/nachrichten/wissen/Sz7WR4R.

14 Bild-Zeitung, 18. 6. 2022, S. 2.

15 Die Welt, 27. 1. 2022 (Überschrift), www.welt.de/politik/ausland/article236526653.

16 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Der Kalte Krieg 1945 bis 1991. Neuer Kalter Krieg?, <https://ost-europa.lpb-bw.de/kalter-krieg>.

wicklung zu sehen:¹⁷ Mit diesen Bezeichnungen wird – wie mit allen sprachlichen Zeichen – eine bestimmte Perspektive auf das, was der Fall ist, oder auf das, was zu tun ist, geschaffen. Und politische Forderungen werden mit mehr oder weniger deutlicher Reminiszenz an eine vergangene geglaubte Zeit „auf den Begriff“ gebracht. Im Einzelnen sind die angeführten, jetzt wieder aktuellen „Schlagwörter“¹⁸ aber differenzierter und vielfältiger benutzt worden, als sie zumeist erinnert werden. Und die in diesen Zitaten dokumentierte aktuelle Verwendung als deontisch positive Fahnenwörter¹⁹ („Abschreckung“ und „Politik der Stärke“ *sollte* der Westen/die Nato praktizieren, um sich vor dem neuen alten Feind zu schützen) oder als Stigmawort („Kalter Krieg“ ist etwas, das besser nicht sein sollte, mit dem Gefahren und Ängste verbunden sind) ist nicht so selbstverständlich, wie es in den Belegen scheint. Sie steht aber jeweils in einer von mehreren konkurrierenden Verwendungstraditionen. Aus Platzgründen gehe ich hier nur auf eines dieser Schlagwörter ein.

Während in der historischen Rückschau „Politik der Stärke“ in der Regel als relativ wertungsfreie historische Vokabel für die Politik Konrad Adenauers gegenüber der Sowjetunion beziehungsweise dem Ostblock verwendet wird (und eher seltener auch für die Nato-Rüstungspolitik der 1980er Jahre), wird es in seiner Entstehungszeit von verschiedenen Akteur:innen mit unterschiedlicher Wertung verwendet.

*„Politik der Stärke“: nun ja, man wirft sie uns vor. Das ist ein Schlagwort, das in manchen Zirkeln nicht schlecht wirkt. Aber es ist doch einfach die Wahrheit! Haben wir nicht in den letzten Jahren gelernt, daß es einzig die Stärke ist, die den Sowjetrussen imponiert und die sie dazu bringt, Zugeständnisse zu machen?!*²⁰

17 Vgl. Reinhart Koselleck, Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: ders. (Hrsg.), *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*, Stuttgart 1979, S. 19–36, hier S. 29f.

18 Vgl. zur linguistischen Definition und Differenzierung Martin Wengeler, *Wortschatz I: Schlagwörter, politische Leitvokabeln und der Streit um Worte*, in: Kersten Sven Roth/Martin Wengeler/Alexander Ziem (Hrsg.), *Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft*, Berlin–Boston 2017, S. 22–46.

19 Fahnenwörter sind symbolisch aufgeladene Wörter, hinter denen sich Gruppen von Menschen versammeln und die für diese Gruppen identitätsstiftend sind.

20 BT-Plpr. vom 15.12.1954, S. 3152.

Dieses Zitat des CDU-Politikers Kurt Georg Kiesinger aus dem Jahr 1954 zeigt prototypisch die – den beiden aktuellen Zitaten entsprechende – positive Verwendungsweise der Wortverbindung aufseiten der Regierungsparteien der 1950er Jahre. Schon zu dieser Zeit wird sie – anders als man erwarten könnte, da „Entspannungspolitik“ als historische Vokabel heute zumeist auf Willy Brandts Ostpolitik referiert – als Antonym, also als Gegensatz zur „Politik der Entspannung“ genutzt. Auch wenn es Nuancen bezüglich dessen gibt, worauf genau referiert wird, ist bei dieser Verwendung doch bemerkenswert, wie offensiv die Wortverbindung, die von dieser Seite zum Teil auch als Vorwurfsvokabel an die Adresse der „Sowjetrussen“ gerichtet wird, als Fahnenwort Verwendung findet, da sie gleichzeitig beim politischen Gegner eine (siehe das Kiesinger-Zitat) eindeutig abwertende Funktion hatte.²¹ Dieser Vorwurfscharakter, den die Wortverbindung im innenpolitischen Diskurs vor allem auch im Gebrauch der SPD-Opposition gegen die Regierungspolitik hat, ist zumindest so stark, dass Unionspolitiker und die konservative Presse mit Sprachthematizierungen versuchen, dem Ausdruck „harmlosere“ Bedeutungsgehalte zu geben. Denn in der Verwendung als Vorwurf bedeutet „Politik der Stärke“ „Überlegenheit anstreben durch militärische Aufrüstung, um die Sowjetunion unter Druck setzen zu können, auf westliche Forderungen einzugehen“. Dem wird entgegengehalten:

*Politik der Stärke wurde zum Schlagwort, stiftete Verwirrung und wurde mißbraucht. (...) Der Westen meinte mit Politik der Stärke auch keine aggressive Gewaltanwendung, sondern nur die Bereitschaft zu einer Gewaltabwehr, falls der Osten angreifen oder seine Expansionspolitik weiterreiben sollte.*²²

Der Vorwurf des „Missbrauchs“ geht einerseits gegen den außenpolitischen Gegenspieler, die Sowjetunion und ihre Statthalter in der DDR, die die westliche Politik mit dem Stigmawort „Politik der Stärke“ bekämpften, andererseits aber auch

21 Vgl. Martin Wengeler, „Gleichgewicht“ im „Kalten Krieg“. Leitvokabeln der Außenpolitik, in: Karin Böke/Frank Liedtke/Martin Wengeler, *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära*, Berlin–New York 1996, S. 279–323, hier S. 296ff.

22 Passauer Neue Presse vom 29.3.1956.

gegen die SPD-Opposition. Denn die setzte mit dem Wort zum einen stillschweigend voraus, dass die so bezeichnete Politik Wiedervereinigung, Abrüstung und Entspannung verhindere. Zum anderen behauptete sie dies auch ausdrücklich, so etwa der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer 1956 im Bundestag: „Die Politik der Stärke als Politik der Wiedervereinigung ist gescheitert.“²³ Wie schon gegenüber den Wiederbewaffnungsplänen seit 1954 nutzt die SPD das Stigmawort auch, um gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen in den Jahren 1957/58 zu argumentieren.

Für die frühe Bundesrepublik ist diese heterogene Verwendung von „Politik der Stärke“ mentalitätsgeschichtlich aufschlussreich: Man kann über den Wortgebrauch und den Streit um ihn etwas darüber lernen, wie zu dieser Zeit hinsichtlich des Verhältnisses zum Ostblock und zur Sowjetunion gedacht und gefühlt wurde. Auch „Kalter Krieg“, „Koexistenz“, „Abrüstung“, „Wettrüsten“, „Abschreckung“ und „Gleichgewicht“ sind diesbezüglich relevant.²⁴ Nicht nur deshalb ist es interessant zu sehen, welche dieser 1950er-Jahres Schlagwörter nun wieder im Kriegs- und Aufrüstungs-Diskurs reanimiert werden. „Politik der Stärke“ und „Abschreckung“ sind – ausweislich der Zitate – offenbar momentan wieder Fahnenwörter, um Aufrüstungs- und Verteidigungsbereitschaft zu mobilisieren. Es handelt sich um eine Verwendung dieser Schlagwörter, wie es sie in den 1950er Jahren schon einmal gab und die insofern auch ein Indiz dafür ist, dass diese Hochzeit des Kalten Krieges zwischen dem Westen und (Sowjet-)Russland wiederauflebt.

MOBILISIERENDE KRIEGSBOTSCHAFTEN

Die Geschichte der politischen Rede ist voll von Kriegsreden und arm an Friedensreden. [In der Tradition der mobilisierenden Kriegsrede seit Thukydides wird] die militärische Auseinandersetzung (...) als unausweichlich u./o. aufgezwungen gekennzeichnet. Der Gegner habe eine Situation herbeigeführt, angesichts derer – sofern man höchste Werte u./o. Interessen nicht verraten wolle – nichts anderes übrig bleibe, als militä-

*risch vorzugehen mit dem Ziel, siegreich zu sein. Dazu bedürfe es außergewöhnlicher Anstrengungen und Opfer, die zu vollbringen man (...) die eigene Gruppe (Nation, Religionsgemeinschaft, Verbündete o. ä.) auffordert.*²⁵

Liest man die Übersetzung der Ansprache Wladimir Putins zum Überfall auf die Ukraine,²⁶ so lassen sich diese traditionellen Versatzstücke von Kriegsreden (bis auf das letzte) unschwer finden, es kommen auch noch neue Elemente hinzu – bis hin zur Drohung mit einem Atomkrieg. Interessanter aber als diese erwartbare Wiederbelebung althergebrachter Bestandteile von Kriegsreden in der Rede des Aggressors erscheinen mir für den deutschen Kriegsdiskurs die mobilisierenden Reden im Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022, kurz nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Denn sie lassen sich einreihen in die spezifisch deutsche Tradition von Kriegs- und Aufrüstungsreden im 20. Jahrhundert.²⁷ In zehn Reden von Kaiser Wilhelm im Jahr 1900 zur Niederschlagung des sogenannten Boxeraufstandes in China bis hin zu Bundeskanzler Gerhard Schröders Rechtfertigung der Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistan-Einsatz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 habe ich unter anderem mit dem Begriff des „Argumentationstopos“ acht für solche Reden typischen Elemente herausgearbeitet. Damit soll nicht, wie die Historikerin Anne Morelli dies mit ihren zehn „Prinzipien der Kriegspropaganda“²⁸ gemacht hat, behauptet werden, dass, gleichgültig, um welchen Krieg es geht und wer ihn aus welchen Gründen genau rechtfertigt, es immer um die gleiche „Kriegspropaganda“ gehe. Sondern es sollen strukturelle und inhaltliche Kontinuitäten der Textsorte *justification speech* beziehungsweise „Kriegsbotschaft“ festgestellt, aber auch inhaltliche Unterschiede herausge-

²⁵ Josef Klein, Politische Rede, in: Gert Ueding (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Rhetorik*, Bd. 6, Tübingen 2003, Sp. 1465–1521, hier Sp. 1515f.

²⁶ Zu finden z. B. hier: www.deutschlandfunk.de/putin-rede-ukraine-100.html.

²⁷ Vgl. Martin Wengeler, Von den kaiserlichen „Hunnen“ bis zu Schröders „uneingeschränkter Solidarität“. Argumentative und lexikalische Veränderungen und Kontinuitäten in deutschen „Kriegsbotschaften“ seit 1900, in: Dietrich Busse/Thomas Niehr/Martin Wengeler (Hrsg.), *Brisante Semantik*, Tübingen 2005, S. 197–223.

²⁸ Anne Morelli, *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*, Springer 2004.

²³ BT-PIPr. vom 29.6.1956, S. 8517.

²⁴ Vgl. Wengeler (Anm. 21), S. 300–322.

arbeitet werden. Für Kriegsbotschaften amerikanischer Präsidenten liegen ähnliche Untersuchungen vor.²⁹ In den deutschen Kriegs- und Aufrüstungsreden gibt es die folgenden Grundelemente:

- *erstens* die Narratio, in der der Redner erzählt, wie es zu der aktuellen Situation gekommen ist, in der „leider“ ein militärischer Einsatz, ein Krieg oder eine Aufrüstungsmaßnahme erforderlich sind;
- *zweitens* die Selbstdarstellung beziehungsweise Selbstinszenierung des Redners als verantwortungsvoller und friedliebender Mensch, der alles versucht hat, um die militärische Maßnahme zu vermeiden, der aber nun gezwungen ist, diese anzuordnen, um seiner Aufgabe gerecht zu werden;
- *drittens* die Rechtfertigung und Legitimation der begonnenen oder zu beginnenden Maßnahme durch die Darstellung der Handlungen des Gegners (Notwendigkeits-Topos) und der Gefahren, die drohen, wenn nun nicht militärisch reagiert wird (Dringlichkeits-Topos). Zu beiden gehört die Ausmalung eines Feindbildes;
- *viertens* die Darstellung der Ziele, die nur durch einen Krieg/einen militärischen Einsatz oder eine Aufrüstungsmaßnahme zu erreichen sind. Gerade in der jüngeren Vergangenheit kann dies bis zu Varianten des „Heile Welt“-Topos (Stichwort „neue Weltordnung“, „dauerhafter Frieden“) gehen;
- *fünftens* die Berufung auf die Geschichte, die lehrt, dass die unpopuläre Maßnahme nötig sei und/oder dass man Erfolg haben wird (Geschichts-Topos), sowie die Anrufung eines höheren Wesens als Berufung auf die Religion;
- *sechstens* die Berufung auf Instanzen wie grundlegende (zu verteidigende) Werte, kodifizierte Normen (Prinzipien-Topos) und/

oder Verpflichtungen gegenüber Partnern, Verträgen und anderem mehr (Autoritäts-Topos);

- *siebtens* der Ausdruck der Siegesgewissheit, in der Regel eingebaut in einen Schlussappell und verbunden mit der Erklärung der Solidarität des Kriegsherrn/des Redners mit seinen Soldaten/seinem Volk, zum Teil auch verbunden mit Drohungen an den Gegner;
- *achtens* schließlich der Solidaritätsappell nach innen, bei Diktatoren wie Adolf Hitler etwa verbunden mit Drohungen an die, die sich verweigern, ansonsten oft verknüpft mit der Darstellung der Ernsthaftigkeit der Lage und der zu erwartenden Opfer.³⁰

Im Deutschen Bundestag wurde am 27. Februar 2022 die schon gefallene Entscheidung verkündet und gerechtfertigt, künftig nicht nur das sogenannte Zwei-Prozent-Ziel der Nato erreichen zu wollen, sondern kurzfristig durch ein Sondervermögen 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr zur Verfügung zu stellen, die Ukraine mit Waffen zu unterstützen und Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Anhand der Reden von Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock zeige ich exemplarisch, wie einige der genannten Elemente auch bei der Rechtfertigung der aktuellen Maßnahmen wiederauftauchen.

Das, was vor dem Bundestag gerechtfertigt werden muss, unterscheidet sich selbstverständlich von den (Angriffs-)Kriegsreden der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von den Aufrüstungs- und Kriegsbeteiligungsreden der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aber weniger. Es geht wie 1958 und 1983 um Aufrüstung, es geht wie 1991 bei der finanziellen Unterstützung des Golfkriegs, 1999 bei der Beteiligung am Kosovokrieg der Nato und 2001 am Afghanistan-Einsatz um die Rechtfertigung von (in diesem Fall indirekten) Kriegsbeteiligungen.

Es mag der Kürze der Reden geschuldet sein, dass die Narratio, wie es zur aktuellen Situation gekommen ist (Punkt 1 der oben genannten Grundelemente), in den Reden vom 27. Februar 2022 ausfällt. Denn es hätte durchaus einiges zu erzählen gegeben, wie man sich bemüht habe,

²⁹ Vgl. z. B. Robert L. Ivie, *Presidential Motives for War*, in: *Quarterly Journal of Speech* 60/1974, S. 337–345; ders., *Images of Savagery in American Justifications for War*, in: *Communication Monographs* 47/1980, S. 279–294.

³⁰ Vgl. Wengeler (Anm. 27), S. 216f.

Russland von einer Invasion abzuhalten. Der zweite Punkt wird kurz, aber deutlich realisiert:

Wir haben es bis zur letzten Minute mit Diplomatie versucht. Der Kreml hat uns hingehalten, belogen und sich all dem verweigert, wofür wir bisher als Europäerinnen und Europäer eingestanden haben. Putin wollte diesen Krieg – „whatever it takes“. (Baerbock)³¹

Wir nehmen die Herausforderung an, vor die die Zeit uns gestellt hat – nüchtern und entschlossen. (Scholz)³²

Im Mittelpunkt der beiden Kriegsbotschaften im Bundestag stehen dagegen der Notwendigkeits- und der Dringlichkeits-Topos (Punkt 3). Wie beim Golfkrieg 1991, beim Kosovokrieg 1999 und beim Afghanistan-Einsatz 2001 werden die Kriegshandlungen des Gegners drastisch benannt und die Dringlichkeit der Unterstützung der Angegriffenen deutlich gemacht, um noch Schlimmeres zu verhindern:

Die Bilder aus der Ukraine sind kaum zu ertragen. Tausende fliehen. Wahrscheinlich hat jeder hier in Saal eine Nachricht bekommen von Freunden, Bekannten, von Kolleginnen und Kollegen, mit denen man – so wie ich letzte Woche – noch gemeinsam in Kiew Mittag gegessen hat und die jetzt sagen: Bitte, rettet uns! – Eltern mit kleinen Kindern verbringen in U-Bahn-Schächten ihre Nächte, um Schutz vor Bomben und Raketen zu suchen. Das könnten wir in diesen U-Bahn-Schächten sein, das könnten unsere Kinder sein. (Baerbock)³³

Die Darstellung des Feindbildes Putin/Russland beschränkt sich bei Annalena Baerbock auf die mehrmalige Benennung des „Systems Putin“ und der von diesem System ausgehenden „rücksichtslosen Aggression“. Auch bei Olaf Scholz klingt es eher diplomatisch-moderat:

*Putin will ein russisches Imperium errichten. Er will die Verhältnisse in Europa nach seinen Vorstellungen grundlegend neu ordnen, und dabei schreckt er nicht zurück vor militärischer Gewalt.*³⁴

³¹ BT-PIPr. (Anm. 6), S. 1359.

³² Ebd., S. 1350.

³³ Ebd., S. 1358.

³⁴ Ebd., S. 1352.

Breiten Raum in Baerbocks Rede nehmen die Berufungen auf Prinzipien und Autoritäten ein (Punkt 6). Wie in allen bisher untersuchten US-amerikanischen und deutschen Kriegsbotschaften geht es auch Baerbock um höchste Prinzipien: „Frieden in Europa“, „unsere Freiheit“, „das internationale Völkerrecht“, „die Werte einer regelbasierten internationalen Ordnung“ und das „menschliche friedliche Miteinander“, „unsere Grundrechte“. Sie beruft sich für die angekündigte Unterstützung der angegriffenen Ukraine und die Aufrüstung der Bundeswehr aber vor allem implizit auf diese Prinzipien, insofern sie den russischen Angriff als Angriff auf diese charakterisiert. Später sagt sie nur sehr allgemein, es gehe um diese Prinzipien. Daneben wird von ihr der Autoritäts-Topos vor allem in Form der Berufung auf das Völkerrecht beziehungsweise die „Charta der Vereinten Nationen“ genutzt. Die Berufung auf Bündnissolidarität in der Nato, aufgrund derer gehandelt werden müsse, stand gerade in Gerhard Schröders Unterstützung des von den USA angeführten Krieges in Afghanistan 2001 im Mittelpunkt. Bei Baerbock ist sie eher randständig, in Scholz' Rede spielt sie an mehreren Stellen eine größere Rolle:

*Ohne Wenn und Aber stehen wir zu unserer Beistandspflicht in der Nato. (...) gemeinsam mit unseren Alliierten jeden Quadratmeter des Bündnisgebietes zu verteidigen. (...) Dabei stehen wir nicht allein, sondern zusammen mit unseren Freunden und Partnern in Europa und weltweit. Unsere größte Stärke sind unsere Bündnisse und Allianzen.*³⁵

Und während Berufungen auf die Geschichte, wie zum Beispiel auf die gescheiterte Appeasement-Politik der 1930er Jahre, und auf Gott (Punkt 5) in den kurzen Bundestagsreden nicht vorkommen, werden die Kriegsziele (Punkt 4) sehr deutlich bestimmt, von Scholz klarer als von Baerbock. Die Ziele „Frieden in Europa“ und „Sicherung der nationalen Selbstbestimmung“ werden von ihr nur en passant gestreift und sind eher zu erschließen. Scholz verpackt das zuvor schon genannte Ziel „Frieden in Europa“ („Wir werden nicht ruhen, bis der Frieden in Europa gesichert ist“) im Schlussappell noch einmal in seinen Dank an „alle, die in diesen Zei-

³⁵ Ebd., S. 1352ff.

ten mit uns einstehen für ein freies und offenes, gerechtes und friedliches Europa. Wir werden es verteidigen.“³⁶

Die beiden letzten der genannten Elemente von Kriegsbotschaften, der Ausdruck von Siegesgewissheit und der Solidaritätsappell nach innen (Punkte 7 und 8), kommen in den Reden ebenfalls vor, wenn auch eher am Rande. Anders als in früheren Kriegsbotschaften werden sie nicht in einem flammenden Schlussappell untergebracht. Baerbock drückt die Siegesgewissheit lediglich indirekt in einer an Putin gerichteten Prophezeiung aus: „Mittel- und langfristig wird dieser Krieg Ihr Land ruinieren.“³⁷ Ganz ähnlich Scholz: „Aber der Krieg wird sich auch als Katastrophe für Russland erweisen.“ Und: „Freiheit, Toleranz und Menschenrechte werden sich auch in Russland durchsetzen.“³⁸

Der Solidaritätsappell nach innen meint in Kriegsbotschaften die Notwendigkeit, „die Reihen im Inneren [zu] schließen, an das Mitmachen, Zustimmung oder die Solidarität der eigenen Bevölkerung [zu] appellieren sowie diese auf den Ernst der Lage und die zu erwartenden Opfer ein[zustimmen].“³⁹ Das geschieht am 27. Februar 2022 nur sehr moderat mit der Auflistung der „Herausforderungen“, die nun mit Sanktionen gegen Russland, mit Unterstützungsleistungen der und für die Bundeswehr sowie mit Maßnahmen zur sicheren Energieversorgung zu bewältigen seien. Statt – wie in früheren Kriegsreden – die Bevölkerung explizit auf zu erbringende „Opfer“ einzustimmen, werden diese mit der Erwähnung steigender Energiepreise und in dem Versprechen, „die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen in dieser Lage nicht allein“ zu lassen,⁴⁰ als selbstverständlich vorausgesetzt. Nur mit dem Verweis darauf, dass das, was nun anstehe, viel Geld koste, werden sie explizit angesprochen:

Wir müssen deutlich mehr in die Sicherheit unseres Landes investieren, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen. (...) Das ist eine große nationale Kraftanstrengung.

(...) Aber machen wir uns nichts vor: Bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal – das kostet viel Geld. (Scholz)⁴¹

SCHLUSS

Der eher technisch-bürokratische Charakter gerade von Scholz' Rede, in der er viele Einzelmaßnahmen auflistet oder seinen Dank an Kabinettskolleg:innen ausdrückt, stellt in der Reihe der Kriegsbotschaften des 20. und des frühen 21. Jahrhunderts eine Besonderheit dar. Nichtsdestotrotz reihen sich die Zeitenwende-Reden von Scholz und Baerbock in die Tradition deutscher Kriegsbotschaften beziehungsweise Kriegs- und Aufrüstungsreden ein, indem sie einige von deren topisch-argumentativen Elementen nutzen. Das kann im Sinne der Rhetorik, die eben für verschiedene Redeanlässe eine jeweilige Auswahl struktureller und inhaltlicher Mittel bereithält, auch nicht anders sein. Es lohnt sich dennoch, daran zu erinnern, dass es sich auch bei diesen im Zeichen der Zeitenwende als gänzlich neu und besonders erscheinenden Mitteln um bewährte Muster handelt, die bei solchen Gelegenheiten abgerufen werden.

In diesem Sinne sollten mit den drei aufgegriffenen Gesichtspunkten einer „Sprache des Krieges“ – den Traditionen der Zeitenwende-Rhetorik, der Verwendung neuer alter Schlagwörter und den Grundelementen der Rhetorik von Kriegsbotschaften – nicht die Besonderheit und die neuen Herausforderungen, die sich mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine für die westlichen Gesellschaften ergeben, infrage gestellt werden. Es sollte aber doch bewusst gemacht werden, dass vieles zumindest auf der sprachlich-rhetorischen Ebene in gleicher und ähnlicher Form schon dagewesen ist. Insofern kann das Aufzeigen (sprach)geschichtlicher Traditionslinien das aktuelle zeitgenössische Bewusstsein, es mit gänzlich einzigartigen und neuen „Dingen“ zu tun zu haben, ein wenig relativieren.

³⁶ Ebd., S. 1355.

³⁷ Ebd., S. 1360.

³⁸ Ebd., S. 1351.

³⁹ Wengeler (Anm. 27), S. 228.

⁴⁰ BT-PIPr. (Anm. 6), S. 1354.

⁴¹ Ebd., S. 1352.

MARTIN WENGLER

ist Professor für Germanistische Linguistik an der Universität Trier.

wengeler@uni-trier.de

Alle haben sie gelesen!

Die **Informationen zur politischen Bildung** begleiten seit mehreren Generationen Lehrende und Lernende, Wissende und Wissbegierige.

Ein echter Klassiker, der immer wieder neue Leser*innen findet.



Mehr erfahren unter
www.bpb.de/izpb



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. Februar 2023

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Jacob Hirsch (Volontär)
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
12-13/2023, 20. März 2023

VEREINIGTES KÖNIGREICH



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz